Zum „Friedensplan" der DKP Seite 6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 10 vom 12. März 1982 16. Jahrgang 1 DM

IGM-Führung akzeptiert 4,2 Prozent

Kampfloser Verzicht auf Reallohnsicherung

KREFELD. — Mit der Übernahme des Schlichtungsergebnisses im nordrhein-westfälischen Tarifkonflikt (4,2 Prozent, 120 Mark Pauschale für den Februar. Laufzeit zwölf Monate) für die gesamte Metallindustrie hat die IGM-Führung grünes Licht für einen neuerlichen massiven Abbau der Reallöhne gegeben. Damit wurde das Ziel der Reallohnsicherung kampflos aufgegeben. Mit diesem Tarifabschluß konnten die Unternehmer die von ihnen angestrebte Wende in der Lohnpolitik um ein weiteres Stück festschreiben.

Mit diesen 4,2 Prozent müssen die Arbeiter ihren Gürtel wieder um ein Loch enger schnallen. Die gegenwärtige offizielle Teuerungsrate liegt um gut 2 Prozent höher. Hinzu kommen Lohnsteuerprogression und steigende Sozialabgaben. Unterm Strich dürfte dieser Tarifabschluß also einen Reallohnabbau um rund 4 Prozent bedeuten. Dabei sind die Auswirkungen der staatlichen Rotstiftpolitik auf den Lebensstandard der Arbeiterschaft noch gar nicht einkalkuliert.

Bezeichnend sind die Bewertungen des Abschlusses durch maßgebliche Repräsentanten der Unternehmerschaft. So bescheinigte Graf Lambsdorff der IG Metall „Einsicht und Vernunft". Der Präsident des Giro- und Sparkassenverbandes, Geiger, vergab für den Abschluß „die Note gut". Das Wirtschaftsblatt der Unternehmer „Handelsblatt" schrieb befriedigt, dies sei „ein vernünftiger Kompromiß".

Ziemlich unverhüllt sprach die „Frankfurter Rundschau" aus, wie dieser Abschluß einzuordnen ist: „*Aber bei einer Bewertung der ökonomischen Substanz dieses Abschlusses kann niemand daran vorbeisehen, daß sich die Gewerkschaft erneut auf einen Prozentschritt abwärts eingelassen haben. Vor Jahresfrist erkämpften sie noch runde 5 Prozent mehr, diesmal müssen sich die Arbeitnehmer beim runden 4-Prozent-Abschluß mit immerhin 20 Prozent weniger zufrieden geben.*"

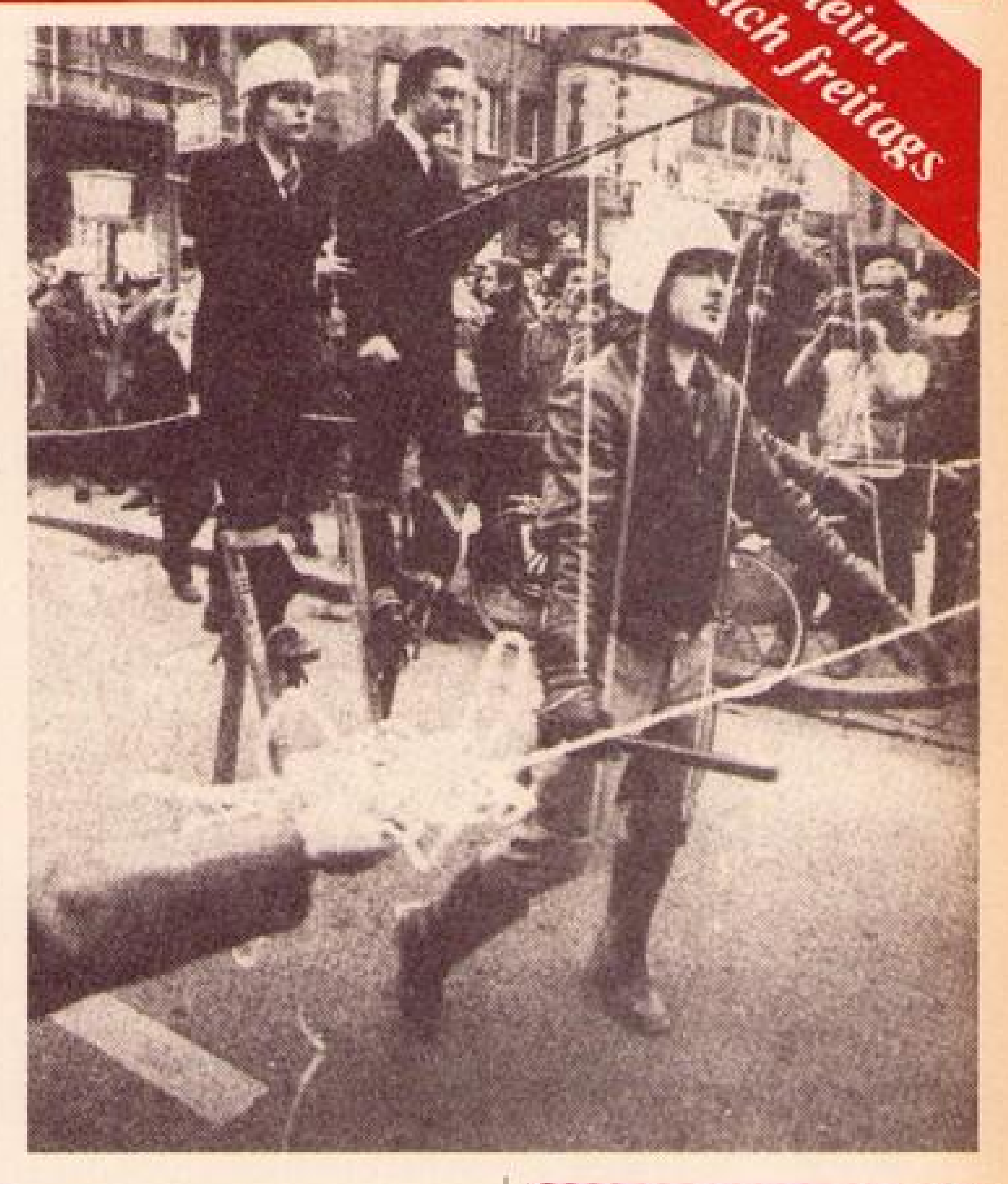
Die Unternehmer können wahrhaftig zufrieden sein. Sie konnten in der Metallindustrie, einem der für sie wohl gefährlichsten Parkett, ihr Ziel kampflos erreichen: Einen Abschluß, der noch um einiges deutlicher unter der Teuerungsrate liegt, als dies bereits bei den 4,9 Prozent in der letzten Lohnrunde der Fall war. Damit konnten sie die „Trendwende" in der Lohnpolitik weiter verankern, deren Perspektive darin liegt, in den kommenden Jahren von dem noch durch die Zugeständnisse aus den Zeiten des wirtschaftlichen Booms geprägten heutigen Lohnnievau herunterzukommen.

Das „Handelsblatt" deutet an, daß es dabei einen ganz besonderen Erfolg für die Unternehmer bedeutet, dieses Ergebnis ohne Arbeitskampf unter Dach und Fach gebracht zu haben: „*Dieser Kompromiß aber ist erreicht worden ohne gesellschaftspolitischen Flurschaden. Und das ist sein Vorzug.*"

Jetzt fühlen sich die Unternehmer natürlich um so sicherer und fordern bereits ganz frech und offen, daß in den anderen Branchen, wie Stahl, Chemie oder Bauindustrie sogar noch erhebliche Abstriche vom „Krefelder Modell" gemacht werden müßten. Das ist jedoch nur die logische Folge der Politik der kampflosen Kapitulation, wie sie von der IGM-Führung hier betrieben wurde. Um so mehr müssen die kämpferischen Gewerkschafter jetzt aktiv werden, um den Widerstand gegen Reallohnabbau erneut anzuleiern.

5.-März-Gedächtnislauf

Aus Anlaß des ersten Jahrestages der Massenverhaftungen im Nürnberger Jugendzentrum KOMM gab es in Nürnberg eine aufsehenerregende Demonstration, an der sich etwa 1200 Menschen beteiligten. Der Zug wurde angeführt von den 141 Verhafteten, die einzeln mit Armbinden durchnummeriert und an eine lange Leine gefesselt waren. An die 1000 Polizisten hatte der Staat aufgeboten, aber es blieb alles friedlich. Während des Zuges durch die Altstadt wurden die Scheiben der Geschäfte mit Gummi-„Steinen" beworfen. An der Spitze des Zuges marschierten zwei „hohe Herren" auf Stelzen, die einen Polizisten als Marionette vor sich her führten.



Pfeiffer als Kandidat für DGB-Vorsitz bestätigt

Zerwürfnis in der DGB-Führung?

DÜSSELDORF. — Alois Pfeiffer, in den Neue-Heimat-Skandal verwickeltes Mitglied des DGB-Bundesvorstands, wurde als Kandidat für den auf dem DGB-Bundeskongreß im Mai dieses Jahres zu wählenden Nachfolger H.O. Vetters bestätigt. Entsprechende Beschlüsse wurden in der letzten Woche vom Bundesvorstand und vom Bundesausschuß des DGB gefaßt. Allerdings ist es dabei zu schweren Konflikten innerhalb der DGB-Führung gekommen.

Vetter, der außer Pfeiffer und dem IGM-Chef Loderer selbst zu jenen Spitzenfunktionären des DGB gehört, die durch Abschreibungsgeschäfte im sozialen Wohnungsbau in Westberlin tief im Morast des Neue-Heimat-Skandals stecken, hatte zunächst in der Öffentlichkeit behauptet, die Beschlüsse über Pfeiffers Nachfolge seien „einmütig" zustandegekommen. Diese Version wurde inzwischen — laut „Frankfurter Rundschau" — „unter führenden Vorstandsmitgliedern der Gewerkschaften, die Mitglieder des Bundesvorstands und des -ausschusses sind, (...) als ‚geschönt' oder ‚schlicht falsch' bezeichnet".

Sowohl im Vorfeld der Sitzungen besagter Spitzengremien als auch insbesondere auf der Sitzung des DGB-Bundesausschusses (des höchsten Gremiums zwischen den Bundeskongressen des DGB) habe es massive Versuche prominenter DGB-Führer gegeben, Pfeiffer zu einem Rücktritt von seiner Kandidatur zu bewegen bzw. die Nominierung Pfeiffers zu verhindern. Zu diesen DGB-Führern habe nicht zuletzt ÖTV-Chef Heinz Kluncker gehört.

Laut „Frankfurter Rundschau" hat ein führendes Vorstandsmitglied des DGB ihr (der FR) gegenüber zudem erklärt, durch die Beschlüsse der vergangenen Woche sei die Kandidaturfrage noch nicht erledigt. Notfalls müsse sie auf dem Bundeskongreß selbst aufgerollt werden. (Siehe auch auf S. 4.)

Aktionen gegen Schmidt

Der SPD-Bundesparteitag am 17. April in München wird von verschiedenen öffentlichen Aktionen begleitet sein, mit denen Friedenskämpfer ihre Ablehnung der von Schmidt und der Bundesregierung verfolgten Rüstungspolitik demonstrieren werden. Im Mittelpunkt steht der Widerstand gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen. Während der Juso-Vorstand zwar zu einer Demonstration aufrief, eine grundsätzliche und konsequente Kritik der SPD-Politik aber unterbinden wollte, werden die Aktionen des Tages eingeleitet durch eine alternative Kundgebung um 12 Uhr, bei der u.a. Gert Bastian, Petra Kelly und Alexander Schubart sprechen werden. Auch zahlreiche Jusos werden daran teilnehmen. Der Aufruf zu den alternativen Aktionen wird auch von der KPD unterstützt. Nach der Kundgebung und einem Kulturprogramm werden die Teilnehmer bei der für 16.30 Uhr angesetzten Großdemonstration mitmachen.

(Siehe auch auf Seite 6.)

Kommunalwahl in Schleswig-Holstein

Schwere Verluste für die SPD

KIEL. — Stimmverluste von 6 Prozent mußte die SPD bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am vergangenen Sonntag hinnehmen. Die CDU erreichte zwar 50,1 Prozent, konnte ihr Ergebnis von der letzten Wahl jedoch nur um 0,9 Prozent verbessern. Dagegen erreichten „grüne" Gruppierungen auf Anhieb 4 Prozent.

Bemerkenswert war die im Vergleich mit der letzten Kommunalwahl um 4 Prozent niedrigere Wahlbeteiligung. Der SPD-Landesvorsitzende Jansen wies völlig zu Recht darauf hin, daß ein erheblicher Teil der Stammwähler seiner Partei zu Hause geblieben sei. Der Grund dafür ist jedoch nicht darin zu suchen, daß die SPD ein „zu verschwommenes Bild" biete, wie Jansen behauptete. Im Gegenteil. Die SPD hat gerade diesen von ihr abgewandten Wählern ein nur zu deutliches Bild geboten: das einer Regierungspartei nämlich, die in allen Bereichen den Interessen der Werktätigen zuwider handelt.

Unter diesen Bedingungen setzte sich auch in Schleswig-Holstein der bei den letzten Wahlen zu beobachtende Trend fort: Von der SPD enttäuschte proletarische Stammwähler blieben zu Hause. Ein anderer Teil des früheren SPD-Potentials orientierte sich an den „Grünen".

Ein alarmierendes Ergebnis hat die Wahl in Kiel gehabt: Dort konnte die reaktionäre „Liste für Ausländerbegrenzung" 3,8 Prozent, in einigen Stadtvierteln sogar über 8 Prozent der Stimmen erreichen.

Neue Massaker in El Salvador

Amnesty legt Bericht über Terror des Regimes vor

SAN SALVADOR. — In El Salvador sind weitere furchtbare Massaker des herrschenden Militärregimes an der Zivilbevölkerung aufgedeckt worden. In der halbzerstörten Ortschaft San Benito konnten sich ausländische Journalisten von den Verbrechen der faschistischen Militärs überzeugen.

Bewohner des Ortes berichten, daß beispielsweise eine gesamte neunköpfige Familie, die vor den anrückenden Soldaten nicht geflohen war, bestialisch ermordet wurde. In der benachbarten Ortschaft El Campanario wurden 14 Menschenschädel und Skeletteile entdeckt. Hier waren am 25. Januar 30 Bewohner aus einer Kirche, in die sie sich geflüchtet hatten, herausgezerrt worden. Auch in dem Dorf Puente Pita, das in der Nähe liegt, richteten die Militärs ein Blutbad an, dem 35 Menschen zum Opfer fielen. Kämpfe mit Guerrilleros hatte es in der ganzen Region nicht gegeben — die Ermordeten waren ausnahmslos Zivilisten.

Ein jetzt von amnesty international vorgelegter Bericht über die Verbrechen des vom US-Imperialismus an der Macht gehaltenen Militärregimes kommt zu dem Ergebnis, daß allein im vergangenen Jahr rund 12000 Zivilisten von Soldaten und paramilitärischen Terrorbanden umgebracht wurden. (Siehe auch Artikel auf Seite 10).

Demonstration für den Befreiungskampf des Volkes von El Salvador
13. März, 10.30 Uhr Frankfurt, Universität



Opfer des Mordterrors in El Salvador.

Kommentar der Woche

Ohne Zweifel stellt das aus Krefeld in alle Tarifbezirke übertragene Ergebnis von 4,2 Prozent Lohnerhöhung in der Metallindustrie den zweiten Teil der, von den Unternehmern schon im letzten Jahr so entschieden geforderten, „lohnpolitischen Wende" dar.

Und natürlich werden die Unternehmer anderer Branchen jetzt ihre Rechnung: Metallabschluß minus x machen und dementsprechend die Lohnrunde 1982 über die Bühne bingen wollen.

4,2 Prozent, das liegt um runde 2 Prozent unter der amtlichen Teuerungsrate, das ist ein weiterer wichtiger Schritt für die Unternehmer im Sinne eines echten Lohnstopps. Der ja — alles Gute kommt aus Amerika — gerade in den letzten Tagen so massiv ins Gespräch gebracht wurde.

Lohnpolitische Wende — zweiter Teil

Denn es wird ja so weiter gehen. Lohnsenkung in der Lohnrunde 1981 — aber längst nicht genug, betonten die Unternehmer sofort. Lohnsenkung auch 1982 — und es wird nicht lange dauern, bis sie wieder sagen werden: Es reicht noch nicht.

Die großen Worte seitens verschiedener Bezirksleiter der IG Metall, man werde abermals die Taktik der neuen Beweglichkeit einsetzen und was da noch alles zu hören war — vergessen, ganz schnell über die Bühne ziehen, Zack aus, vorbei.

Lohnsenkung, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit — dieses Karussell dreht sich ununterbrochen, tagtäglich und immer schneller. Und natürlich breiten sich in so einer Situation Resignation, Passivität und Angst aus. Zumal, wenn man sich sowieso den Entscheidungen von hochsitzenden Vorständen ausgeliefert sieht, wenn man eh keinen Einfluß hat auf das, was passiert. Zumal wenn zur selben Zeit noch die Praktiken einer Reihe von Gewerkschaftsführern ans Tageslicht gebracht werden.

Große Kampfaktionen lagen vielleicht nicht in der Luft. Aber, daß es bei einem beträchtlichen Teil der Arbeiter die Bereitschaft gab, aktiv Widerstand gegen Lohnraub zu leisten, das konnte man dennoch an der — wenn auch diesmal sehr kurzen und regional beschränkten — Warnstreikbewegung sehen.

Aber es geschah nichts um dies auszuweiten, zu stärken — von seiten der Führung jedenfalls. Und die Kräfte derer, die etwas dagegen machen wollten, waren zu gering.

Als Ergebnis steht nun das fest, was die „Wissenschaftlichen Institute" und der „Sachverständigenrat" schon seit einem halben Jahr verlangt hatten. Man kann also zufrieden sein im Lager der Unternehmer und der Bonner Politiker und könnte eigentlich die Gewerkschaftsführung lautstark loben. Was natürlich nicht geschieht: Einmal um den Kurs der lohnpolitischen Wende weiter fortsetzen zu können und zum anderen, weil es ja für manchen schon peinlich wäre, so gelobt zu werden.

Und was jetzt tun? Niederlage festgestellt, abgehakt, Ende? Und im nächsten Jahr, nach einem weiteren Jahr Sozialabbau und noch mehr Arbeitslosen dann endgültig „amerikanische Lohnzustände"?

Das aber ist die einzige Alternative zu jener Perspektive, die da heißt: Jetzt erst recht anpacken. Jetzt erst recht für eine Gewerkschaftspolitik kämpfen, die der Sozialpartnerschaft ein Ende macht. Dieser „Partnerschaft" worin der eine den Gewinn, der andere den Verlust trägt. Im Kampf gegen Lohnsenkung und Entlassungen muß sich auch innerhalb der Gewerkschaften klären, wer Widerstand leisten will und wer nicht, wer mobilisieren und organisieren will, auch wenn's schwer sein mag, und wer nicht.

Denn eine Opposition, die sich auf Worte der Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung beschränkt, die wird keinen Beitrag dazu leisten können, die endgültige und absolute lohnpolitische Wende abzuwehren. Sie aber bedeutet für die Arbeiter den Weg in Armut und Elend.

Dringender denn je steht jetzt auf der Tagesordnung der Notwendigkeiten die allseitige Stärkung einer organisierten revolutionären Gewerkschaftsopposition, die allein die Möglichkeit dafür bietet, in Zukunft echten Widerstand leisten zu können. Stärken wir die RGO im DGB!

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Tagung des Bundessicherheitsrates

Bonn will Kriegswaffenexport ausweiten

Parlament soll auch künftig nicht informiert werden

BONN. — Am vergangenen Mittwoch tagte in geheimer Sitzung der Bundessicherheitsrat, dem der Kanzler, die Bundesminister für Wirtschaft und Justiz sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr angehören. Wichtigster Tagesordnungspunkt waren dabei Beratungen über eine Änderung der geltenden Bestimmungen für die Ausfuhr von Kriegswaffen.

In der Woche vor der Sitzung hatte es gerade in dieser Frage Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen der beiden Regierungsparteien gegeben. Sie betrafen im wesentlichen die Formen, die künftig eine Genehmigung von Waffenexporten regeln sollen.

Vor einem Jahr hatte es vor allem in der SPD beträchtliche Empörung gegeben, als bekannt wurde, daß die Bundesregierung hinter dem Rücken des Parlaments die Lieferung von U-Booten an das faschistische Regime in Chile genehmigt hatte. Zur gleichen Zeit drang auch das Vorhaben Saudi-Arabiens an die Öffentlichkeit, aus der BRD umfängliche Waffenlieferungen zu beziehen, unter anderem Panzer vom Typ Leopard 2.

Um die Wogen der Empörung zu glätten, legte die Bundesregierung beide Waffengeschäfte erst einmal auf Eis und regte die Bildung von Arbeitskreisen in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP an, die sich einer künftigen Regelung der Waffenexporte annehmen sollten. Ein Jahr lang beschäftigten sich diese Arbeitskreise nun mit dem Problem. Aber als sie nun ihre Ergebnisse vorlegten, wurde deutlich, daß ihr gesamtes Unternehmen nur eine Farce war, daß die Bundesregierung nicht im Traum daran dachte, sich auf die Forderungen der Fraktionen einzulassen.

Die Arbeitskreise verlangten die Einrichtung eines „Bundestagsgremiums", das bei der Vergabe der Genehmigungen für Waffenexporte von der Bundesregierung konsultiert werden sollte. Dabei hatten die Damen und Herren Parlamentarier noch nicht einmal an irgendwelche Entscheidungsbefugnisse für dieses Gremium gedacht. Es sollte kein Veto-Recht, sondern eben nur das Recht auf Information haben. Aber selbst das war der Bundesregierung schon zu viel. Schmidt wischte die Forderungen der Fraktionen einfach vom Tisch.

Die absolute Geheimhaltung der Waffengeschäfte soll im Interesse der Rüstungskonzerne auch weiterhin gewahrt bleiben. Die bloße Information auch nur von Teilen des Bundestags über diese Geschäfte ist auch künftig nicht vorgesehen. Ein weiteres Beispiel für die faktische Statistenrolle des Bonner Parlaments.

Auf der erwähnten Sitzung des Bundessicherheitsrates sollten eigentlich neue Regelungen für den Waffenexport verabschiedet werden. Eine Beschlußfassung ist nun zwar verschoben worden, aber in ihren Grundzügen sind die von der Bundesregierung angestrebten neuen Regelungen dennoch durchgesickert.

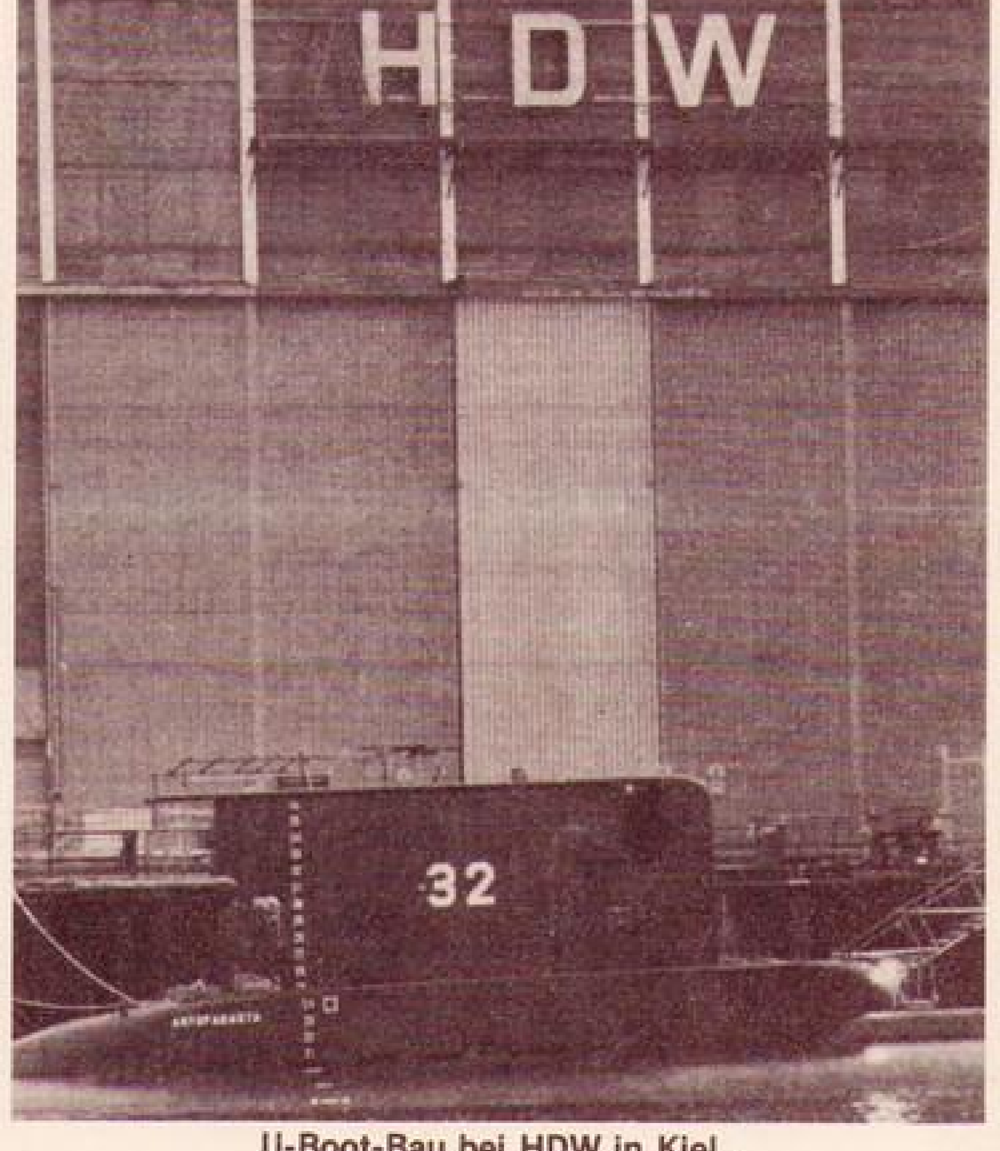
Es geht dabei vor allem um eine Revision der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen" aus dem Jahre 1971. Diese „Grundsätze" sahen eindeutig vor: „Keine Kriegswaffen in Spannungsgebiete." Nun hat sich die Bundesregierung bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen auch schon im vergangenen Jahrzehnt nicht an diesen Grundsatz gehalten: Es sind wiederholt Kriegswaffen mit offizieller Bonner Genehmigung auch in Spannungsgebiete geliefert worden. Und genau das soll jetzt ganz offen legalisiert werden, um alle Hemmnisse für einen uneingeschränkten Waffenexport zu beseitigen.

Die neuen Regelungen sehen nämlich vor, daß auch in Spannungsgebiete geliefert werden kann, wenn besondere „außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik oder der NATO" dafür sprechen. Eine eindeutige Generalklausel, mit der jede Beschränkung bei der Ausfuhr von Kriegswaffen umgangen werden kann.

Die westdeutschen Rüstungskonzerne können also goldenen Zeiten entgegensehen. Der neue Kurs der Bundesregierung wird ihnen nicht nur Traumprofite bescheren, sondern er wird auch ihre Macht innerhalb des westdeutschen Kapitals weiter stärken. Daß die Koalitionsfraktionen diesem gefährlichen Kurs Widerstand entgegensetzen werden, ist nicht zu erwarten. Denn die von ihren Arbeitskreisen zum Rüstungsexport erarbeiteten Papiere sehen ähnliche Generalklauseln vor, wie sie jetzt von der Bundesregierung angestrebt werden.

Nachdem FDP-Papier soll ein Kriegswaffenexport in Länder außerhalb der NATO (auch in Spannungsgebiete) dann erfolgen dürfen, wenn „übergeordnete außen- und sicherheitspolitische — unter Berücksichtigung bündnispolitischer — Gründe eindeutig dafür sprechen." Bei der SPD ist von „vitalen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik" die Rede. Im SPD-Papier findet sich auch der folgende Satz: „Der Sonderschiffbau hat für eine Reihe von Werften eine wirtschaftlich erhebliche, gegenwärtig zum Teil existentielle Bedeutung bekommen." Mit dem „Sonderschiffbau", der hier verteidigt wird, ist nichts anderes gemeint als die Produktion von Kriegsschiffen.

So stellen also die Bonner Parteien insgesamt die Weichen für eine drastische Ausweitung der Rüstungsproduktion, für den Export westdeutscher Kriegswaffen in jeden Winkel der Welt. Dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken, ist eine wichtige Aufgabe im Friedenskampf, der sich daran orientieren muß, langfristig ein striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr — wie es auch der Friedensplan der KPD fordert — durchzusetzen.



U-Boot-Bau bei HDW in Kiel.

Bundestag berät „Beschäftigungsprogramm"

Hemmungslose Demagogie der CDU

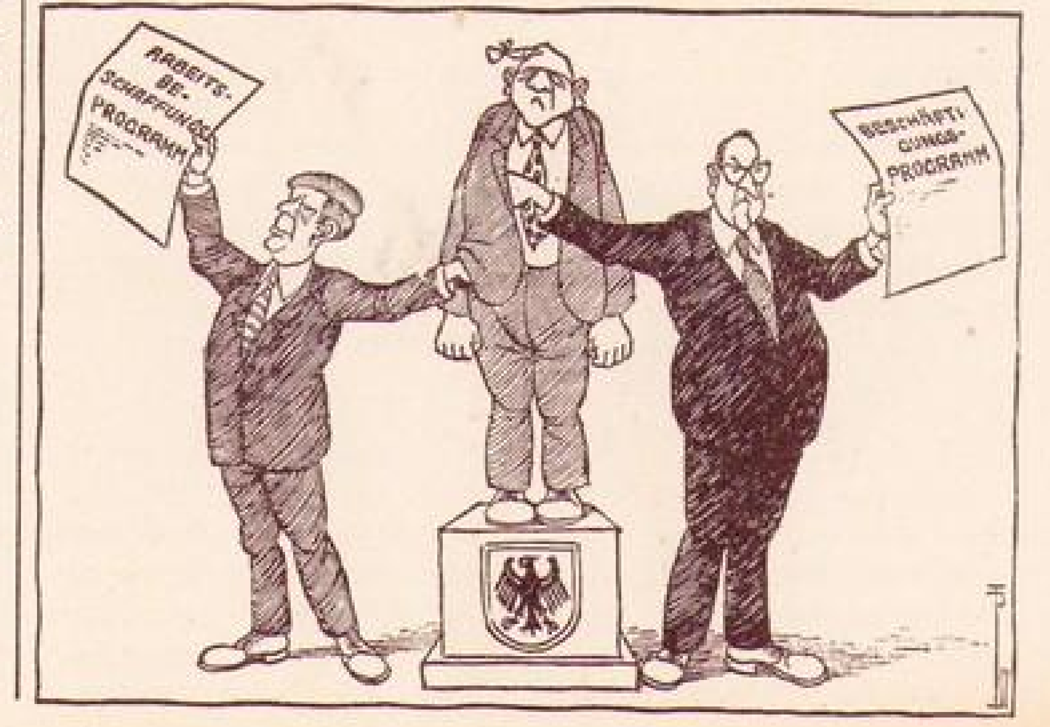
BONN. — In erster Lesung ist am vergangenen Donnerstag der Gesetzentwurf über das sogenannte Beschäftigungsprogramm beraten worden, das im wesentlichen Subventionsgeschenke für die Unternehmer enthält und das die Werktätigen unter anderem durch die darin vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer erheblich belasten wird.

Die SPD-Fraktion schickte in der Debatte ihren wirtschaftspolitischen Sprecher Wolfgang Roth ans Rednerpult. Der frühere Juso-Chef begann seinen Beitrag mit einer Ehrenerklärung für den Steuerbetrüger Lambsdorff, gegen den jetzt auch wegen des Verdachts auf Bestechung ermittelt wird. Nach dieser famosen Einstimmung kam Roth zur Sache: Mehrmals bemühte er das „Prinzip der Solidarität", dem sich die Sozialdemokratie verpflichtet fühle, um die neuen arbeiterfeindlichen Pläne der Bundesregierung zu begründen.

Solidarität nach der Logik Roths müssen jetzt die Werktätigen beweisen, indem sie sich widerspruchslos weitere Lasten wie etwa die Mehrwertsteuererhöhung aufbürden lassen. Denn zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müßten eben „alle beitragen". Dabei enthält weder das „Beschäftigungsprogramm" irgendwelche wirklichen Maßnahmen zur Begrenzung der Massenarbeitslosigkeit, noch werden tatsächlich „alle" zur Kasse gebeten. Was immer die Bundesregierung in den letzten Monaten an wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen beschlossen hat, traf stets ausschließlich die Werktätigen, und da vor allem die sozial schwächsten Schichten.

Die Sprecher der CDU bekräftigen in der Bundestagsdebatte erneut die Absicht ihrer Partei, eine Mehrwertsteuererhöhung im Bundesrat abzulehnen. Und vor allem CDU-Generalsekretär Geißler nutzte die Gelegenheit zu einem Ausfall beispielloser Demagogie. Er attackierte in ungewöhnlich scharfer Form die jüngsten antisozialen Maßnahmen der Schmidt-Regierung, der er insgesamt vorwarf, sie habe wie keine Regierung vor ihr die arbeitenden Menschen belastet. Geißler machte sich zum Sprecher der Arbeiter, der Rentner, der Arbeitslosen usw., verschwieg aber natürlich, daß seine Partei schon seit langem einen noch tieferen „Einschnitt" in das soziale Netz fordert.

So erlaubt es die reaktionäre Wirtschaftspolitik der SPD ausgerechnet den Strauß-Leuten, sich rechtzeitig vor wichtigen Landtagswahlen als Verfechter von Interessen der Werktätigen zu profilieren. Dem FDP-Boß Genscher fiel zu Geißlers demagogischen Äußerungen nichts anderes ein, als ausgerechnet dem CDU-Generalsekretär ein „unerträgliches Klassenkampfdenken" vorzuwerfen.



Ehrenberg paukt verschärften Stingl-Entwurf durch

Verschärfte Abqualifizierung

NÜRNBERG. — Schon vor der endgültigen Entscheidung am 16. März im Verwaltungsrat haben die verschiedenen Ausschüsse dieses Gremiums einen Entwurf von Arbeitsminister Ehrenberg, der im wesentlichen dem Stingl-Plan entspricht, gegen die Stimmen des DGB gebilligt. An einigen Punkten ist Ehrenbergs Entwurf noch krasser als der Stingl-Plan es war.

Geeinigt haben sich die Unternehmer und die Bundesregierung über die Abqualifizierung der Arbeitslosen: Nach vier Monaten kann ein Arbeitsloser gezwungen werden, eine Arbeit anzunehmen, die unter seiner Ausbildungsstufe steht. Hat er zuvor mindestens sechs Jahre in einem seiner Ausbildung entsprechenden Beruf gearbeitet, verlängert sich seine „Schonfrist" auf sechs Monate. Innerhalb dieser vier Monate aber muß er beispielsweise nach Ehrenbergs Willen einen Lohnverlust von bis zu 20 Prozent hinnehmen — selbst Stingl wollte hier „nur" 15 Prozent zumuten.

Nach diesen vier Monaten geht alles nach Schema, nach Ausbildung, nach unten.

Die Abqualifizierung der Arbeitslosen, ihr gezwungenes Angebot an Arbeitskraft jeder geforderten Stufe, ihre völlige Auslieferung an die Willkür von Unternehmer und Arbeitsamt — das ist das Ergebnis dieser Maßnahmen. Maßnahmen, die in aller Offenheit von der Regierung gemeinsam mit den Unternehmerverbänden gegen die Gewerkschaften durchgesetzt wurden, mit der in der Verwaltung des Arbeitsamts vorhandenen 2/3 Mehrheit der beiden erstgenannten.

Natürlich waren die Proteste der DGB-Führung mehr als lau. Und ihr Gegenvorschlag, statt fünf eben zehn Qualifikationsstufen einzuführen, hatte lediglich den Charakter einer Abmilderung. Aber dennoch ist es bezeichnend, daß noch selten der DGB von den Regierungsvertretern der SPD so offen bloßgestellt und alleine gelassen wurde wie bei dieser Entscheidung in Nürnberg.

Jubel über diese Entscheidung gab es übrigens außer bei den Unternehmerverbänden auch noch bei der CSU des Herrn Strauß. Jetzt würde endlich gegen die „Ausbeuter des sozialen Netzes" vorgegangen. Und in der Tat verfolgt die SPD hier wie schon so oft seit den letzten Bundestagswahlen eine Politik, die anfänglich von Strauß gefordert worden war.

Und die Ausbeuter der Sozialpolitik sind natürlich nicht die Unternehmer, die sich seit Jahren Lohnkosten vom Arbeitsamt bezahlen lassen — als eines von vielen möglichen Beispielen — sondern eben die Arbeitslosen.

Natürlich wurde dieses arbeiterfeindliche Vorgehen so begründet, als ob es im Sinne der Arbeiter sei, die ja schließlich die Beiträge bezahlen müßten.

Also Ehrenberg und Strauß als Beschützer des Arbeitergeldbeutels? — Glaubt das eigentlich jemand? Nun, in dieser plumpen Form sicher nicht, aber schließlich hat ja eine nun schon jahrelange Propaganda einen solchen Boden für die Glaubwürdigkeit solcher Dinge geschaffen.

Nur eine massive und entschiedene gewerkschaftliche Informations- und Organisationsarbeit hätte hier wichtigen Widerstand leisten können. Aber auch dies geschah — wie so vieles andere — nicht. So ist es kein Wunder, wenn gerade unter Arbeitslosen die Unzufriedenheit mit dem DGB bereits sehr groß ist.







Warnstreik bei BWM ***Am Dienstag, 2. März, stand im BMW-Motorradwerk in Berlin-Spandau für zweieinhalb Stunden die Produktion still. Etwa um 9.00 Uhr marschierten rund 600 Kollegen der Frühschicht unter den Klängen der Internationale vom Werk aus zum Spandauer Markt, wo eine Kundgebung der IG Metall stattfand. Immer wieder tönten Sprechchöre: „Drei Prozent? Nee! Streik bei BMW!" oder: „Auch in der Krise lassen wir uns nicht spalten, Deutsche und Ausländer müssen zusammenhalten!" Auf der Kundgebung sagte IGM-Vertrauenskörperleiter Rainer Knirsch unter Beifall: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen. Nicht auf unsere Kosten, sondern auf Kosten ihrer Profite! Denn, daß sie zu unserem Nutzen investieren, ist ein frommer Wunsch! Sie investieren, um unsere Arbeitsplätze wegzurationalisieren! Für Rationalisierungen haben sie Millionen, aber uns wollen sie mit 3 Prozent entlohnen!" Die kämpferische Aktion der BMW-Kollegen erregte auch über Westberlin hinaus Aufsehen.***

Reallohnsicherung nicht mehr aktuell?

„Während z.B. in den Stahlbetrieben noch Flugblätter verteilt werden, auf denen die IG Metall die an sich schon mickrige 7,5-Prozent-Forderung begründet, stellt sich der IGM-Bezirksleiter von Köln, Karl-Heinz Bräuer, hin und tönt in kämpferischer Pose, die IGM strebe einen Abschluß deutlich über 4 Prozent an und er hoffe, daß durch die Schlichtung in diesem Sinn die Verhandlungen wieder flott gemacht würden. Welch ein Hohn!

Während in Baden-Württemberg die Metaller Warnstreiks organisieren für die Durchsetzung der 7,5 Prozent, werden hier in NRW schon die 4 Prozent gehandelt.

Egal, ob es nun nach dem Willen der Unternehmer zum Schluß 3,9 Prozent werden, oder nach dem Willen der IGM-Führer 4,1 Prozent — Lohnabbau ist dies in jedem Fall und der Wille der Gewerkschaftsmitglieder wird mit Füßen getreten.

Schlichtung ist und bleibt Betrug!

Überhaupt ist es schon offenkundig, wozu die Schlichtungsverhandlungen dienen sollen. Sie sollen den Bonzen helfen, elegant von der Forderung nach 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt runter zu kommen nach dem Motto: Der Schlichter sagt 4,5 Prozent, die Unternehmer lehnen diesen Spruch entrüstet ab und schon können sich die Gewerkschaftsführer hinstellen und die Sturheit der Unternehmer anprangern, um sich dann im gleichen Atemzug für einen Abschluß in Höhe des Schlichtungsspruches stark zu machen, womit dann der Erwartungshorizont der Basis von 7,5 Prozent auf 4,5 Prozent gesenkt werden soll (...).

Widerstand tut not

Kolleginnen und Kollegen!

Diesen Betrug dürfen wir nicht hinnehmen, egal ob wir jetzt in der Metall- oder Stahlbranche, im öffentlichen Dienst oder anderswo arbeiten. Es geht um unseren Lebensstandard. Protestiert deshalb mit Unterschriften, Resolutionen etc. gegen diesen Verrat. Verpflichtet eure betrieblichen Tarifkommissionsmitglieder zur Ablehnung dieser Abschlüsse. Organisiert im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmern Protestaktionen. Stattet gemeinsam mit den Kollegen anderer Betriebe den entsprechenden Sitzungen der Tarifkommission euren Besuch ab und macht dort deutlich, daß ihr den Lohnabbau nicht hinnehmen werdet. Nur durch den massenhaften Druck der Basis kann dieses Komplott von Kapital — Regierung und den rechten Gewerkschaftsführern durchkreuzt werden.

Stahlindustrie

Provokation der Unternehmer zurückweisen!

MÜLHEIM/RUHR. — Mit einer unverschämten Provokation eröffneten die Kapitalisten die Tarifverhandlungen in der Stahlindustrie: Sie machten den „Vorschlag", den Tarifabschluß bei Stahl in der Prozentzahl an den Abschlüssen der anderen Branchen zu orientieren, vorausgesetzt, daß sich die IG Metall auf eine sechsmonatige Lohnpause einläßt.

Offensichtlich glauben die Unternehmer, durch die Entlassungsfeldzüge in der Stahlindustrie ein derartiges Klima von Angst und Schrecken unter den Belegschaften geschaffen zu haben, daß sie sich jede Provokation erlauben könnten. Die Stahlwerker sollten sie deshalb auf handfeste Weise eines Besseren belehren, indem sie solche Unverschämtheiten mit entsprechenden Aktionen beantworten. Es wäre eigentlich Sache der IG Metall, dafür die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Gerade die Stahlwerker, die durch Umsetzungen, Rationalisierung und Kurzarbeit in der Vergangenheit besonders hart betroffen wurden, nicht zuletzt auch von finanziellen Einbußen, brauchen einen Ausgleich für die Preissteigerungen dringend, und sie müssen sich gegen jeden weiteren Lohnabbau wehren. Eine Lohnpause in irgendeiner Form, oder aber eine verlängerte Laufzeit des Tarifvertrages, darf von der IG Metall nicht einmal als Verhandlungsthema akzeptiert werden.

Öffentlicher Dienst

Schluß mit den Sonderopfern!

STUTTGART. — ÖTV-Vorsitzender Kluncker hat ein weiteres Mal bekräftigt, daß eine Verrechnung der von der Bundesregierung geforderten einprozentigen Einkommenskürzung auf den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst nicht in Frage komme. Indessen hetzte die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU), die öffentlichen Unternehmer müßten hart vorgehen und einen Streik nicht scheuen, um das Sonderopfer doch noch durchzusetzen.

Die Wirtschaftsministerin bezeichnete den vorläufigen Verzicht der Bundesregierung auf die Einkommenskürzung als „Kapitulation vor der Politik der Gewerkschaften". Die Chance, daß von den Kürzungen im öffentlichen Dienst eine Signalwirkung ausgeht, sei vertan worden. Jetzt müsse die Regierung Härte zeigen und den Mut haben, auch einen Streik durchzustehen, um diese Schlappe wieder auszuwetzen.

Tatsache ist, daß durch ständig unter dem Durchschnitt liegende Tarifabschlüsse in den letzten fünf Jahren den Arbeitern und anderen einfachen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst faktisch bereits ein Sonderopfer aufgezwungen worden ist. Damit muß jetzt Schluß sein! ÖTV-Chef Kluncker muß beim Wort genommen werden!

Druckindustrie

Mahlein ruft zum Kampf auf

ESSLINGEN. — Auf einer Funktionärskonferenz in Esslingen hat der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, die Kollegen zu einem „Höchstmaß an kämpferischer Solidarität" aufgerufen.

Mahlein sagte auf der Konferenz, er sei überzeugt, durch die zu erwartende starre Haltung der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen werde er zwangsläufig zu Aktionen der Kollegen in der Druckindustrie und der Papierverarbeitung kommen.

Die IG Druck fordert eine 7,5prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung. Auf gewerkschaftlichen Mitglieder- und Delegiertenkonferenzen waren vielfach Forderungen von 10 Prozent und mehr beschlossen worden.

Die Sprecher der Druckerei- und Verlagskapitalisten haben die 7,5-Prozent-Forderung, die noch nicht einmal ausreicht, um bei voller Durchsetzung die Teuerung voll abzudecken, als völlig überzogen verteufelt. Diese Forderung lasse „jedes Augenmaß für das wirtschaftlich Vertretbare vermissen", hetzten die Unternehmer.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt** 1, Kontaktadresse: Bernd Götz, Sternstr. 15, Tel.: 0611 / 5971864

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Die Maßregelung des Hoechst-Betriebsrates H.W. Krauß

„Mein Brot du ißt, mein Lied du singst"

Am 29. Dezember 1981 wurde der 38jährige Betriebsrat Hans Werner Krauß nach 19 Jahren Betriebszugehörigkeit bei den Farbwerken Hoechst in Frankfurt fristlos entlassen. Der Grund: Kollege Krauß, der Mitglied der SPD ist, hatte auf einer Versammlung seiner Partei seine Meinung über die Umweltverseuchung durch seinen „Arbeitgeber" gesagt. Die Betriebsratsmehrheit stimmte dem Entlassungsantrag zu.

Der Kollege Krauß hatte bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1981 auf der oppositionellen Liste „Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" kandidiert. Diese Liste entstand, weil die etablierte Betriebsratsmehrheit mit dem berüchtigten Bonzen und IG-Chemie-Hauptvorstandsmitglied Rolf Brand an der Spitze eine derart extrem unternehmerhörige Politik betrieb, daß auch die IG Chemie in den Frankfurter Hoechst-Werken schweren Schaden nahm.

So ist seit dem Amtsantritt von Brand der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den 31000 Beschäftigten starken Belegschaft von rund 40 Prozent auf etwa 25 Prozent gesunken.

Die „durchschaubaren Betriebsräte" bekamen auf Anhieb 16 Prozent der Stimmen und konnten sieben der insgesamt 43 Betriebsratssitze übernehmen.

Anlaß für die fristlose Entlassung des Kollegen Krauß war eine Äußerung, die er auf einer Versammlung seines SPD-Ortsvereins gemacht hatte. Und zwar hatte Krauß im Zusammenhang mit dem Thema Startbahn West geäußert, er sei Beschäftigter eines Unternehmens, das schon jahrelang in der Lage sei, „mit dem Arbeitsplatzargument die Landesregierung unter Druck zu setzen — einige nennen das erpressen —, um eine lebensbedrohende Verseuchung der Umwelt durchzusetzen".

Der auf diese Weise von Krauß erhobene Vorwurf gegen die Praktiken der Hoechst-Konzernherren ist weder neu noch übertrieben. Im Gegenteil. Die skandalöse Vergiftung des Mains durch Hoechst hat nicht nur schon wiederholt zu massenhaftem Fischsterben, sondern auch zu Schlagzeilen im gesamten bundesdeutschen Pressewald geführt. Außer dem vollkommen zutreffenden Vorwurf der Erpressung sind dabei zudem noch einschlägige Anzeichen für Filz und Korruption aufs Tapet gekommen. Man kann nur sagen, daß Kollege Krauß sich in seinen Formulierungen noch sehr vorsichtig und zurückhaltend war.

Nichtsdestoweniger fühlten die Hoechst-Bosse sich durch die sachlich mehr als gerechtfertigten Feststellungen des Betriebsratsmitgliedes nicht nur verunglimpft, sondern sahen darin auch einen schweren Verstoß gegen die sogenannte „Treuepflicht", die aus Unternehmersicht für die Arbeiter ihrem jeweiligen Kapitalisten gegenüber gelten soll. Somit war Kraußens Äußerung den Hoechst-Bossen Anlaß genug für eine „Kündigung aus wichtigem Grund", sprich fristlose Entlassung.

Hierzu ist anzumerken, daß aufgrund des besonderen Kündigungsschutzes, den das Betriebsverfassungsgesetz Betriebsratsmitgliedern zubilligt, letztere schlechtin nur auf diesem besonderen Wege überhaupt gekündigt werden können. Das bedeutet zugleich, daß der Betriebsrat mehrheitlich seine Zustimmung zu der Kündigung geben muß, andernfalls ist sie gar nicht möglich.

Genau dies geschah! Der IG-Chemie-Bonze und Betriebsratsfürst Rolf Brand und seine Clique stimmten der fristlosen Entlassung des Kollegen Krauß zu. Sie sanktionierten damit eine brutale politische Maßregelung in einem der größten Industriebetriebe der Bundesrepublik.

Zynisch begründete Brand und Konsorten ihre Entscheidung in einer schriftlichen Mitteilung an die Belegschaft mit dem Hinweis, sie hätten der Entlassung nicht nur wegen der bewußten Äußerung des Kollegen Krauß, sondern auch wegen seines *„Gesamtverhaltens"* zugestimmt. Krauß belaste — so hieß es in dem entsprechenden Mitteilungsblatt der Betriebsratsspitze — *„nicht nur die vom Gesetzgeber geforderte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat in unzumutbarer Weise, sondern gefährdet auch nachhaltig den Betriebsfrieden."*

Sowohl die Hoechst-Bosse als auch Brand und Co. machen dem Kollegen Krauß unter anderem zusätzlich zum Vorwurf, er habe sich nicht zu der Behauptung geäußert, daß er es gewesen sei, der im Februar 1980 im Hessischen Fernsehen mit dem Rücken zur Kamera und mit künstlich verstellter Stimme ausgesagt habe, Hoechst verschmutze den Main.

Ein derart zynischer Vorwurf mag von seiten eines Konzernvorstandes nicht ungewöhnlich sein. Schließlich müssen die Kapitalisten die Wahrheit über ihr skrupelloses und volksfeindliches Profitstreben ja unterdrücken. Wo kämen sie denn sonst hin?! Daß aber sogenannte Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter ganz offen denselben arbeiterfeindlichen Zynismus an den Tag legen, ist selbst im Lande der weichen Mitbestimmungssessel nicht alltäglich.

Trotz der „Säuberungskampagne", die die IG-Chemie-Bonzen seit der Niederlage der oppositionellen Kräfte auf dem Gewerkschaftstag von 1980 gegen fortschrittliche bzw. gegen nichtkonforme Funktionäre und Mitglieder durchziehen, rief das skandalöse Verhalten des Herrn Brand auch innerhalb der IG Chemie massiven Protest hervor. So haben ca. 100 Vertrauensleute der IG Chemie bei BASF in Ludwigshafen einen offenen Brief gegen die Maßregelung des Kollegen Krauß unterschrieben. Unter den Unterzeichnern befinden sich auch 38 Betriebsräte von BASF einschließlich des Vorsitzenden und seines Stellvertreters. Auch ein Hauptvorstandskollege des Rolf Brand bei der IG-Chemie-Führung namens Herbert Krug zählt zu den Unterzeichnern. Dabei ist Krug keineswegs der Opposition in der IG Chemie zuzurechnen.

Empörung löste der Fall auch an der Basis der SPD aus. Die Ortsvereine Sossenheim und Höchst stellten sich voll hinter Krauß und bezeichneten die Entlassung als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und als Versuch, die grundgesetzlich geschützte innerparteiliche Meinungsbildung „zugunsten von Kapitalinteressen zu beeinflussen." Der Brand-Clique warfen die beiden Ortsvereine „Bruch der innerparteilichen Solidarität" vor.

Die Delegierten des Frankfurter Unterbezirksparteitages forderten ebenfalls die Rücknahme der Entlassung. Durch heftige Abwiegelungsmanöver gelang es den rechten Parteifunktionären jedoch, einen Vorstoß von Delegierten abzuwürgen, die der Brand-Clique eine offene Rüge durch den Unterbezirksparteitag erteilen lassen wollten.

Der Bock als Gärtner

Da kehren die Bosse der Farbwerke Hoechst ihren Herr-im-Hause-Standpunkt völlig ungeschminkt hervor. Ein Kollege mit 19jähriger Betriebszugehörigkeit, Mitglied des Betriebsrates, aktiver Gewerkschafter wird fristlos entlassen, weil er außerhalb des Betriebes und der Arbeitszeit die Art und Weise beim Namen genannt hat, wie die Hoechst-Kapitalisten ihre Profitinteressen durchsetzen. Und die Betriebsratsmehrheit, die es in der Hand hat, diesen brutalen und skandalösen Akt einer politischen Maßregelung zu verhindern, indem sie ihre Zustimmung verweigert, tut das Gegenteil!

Jeder ehrliche Gewerkschafter, jeder klassenbewußte Kollege ist empört und zugleich beschämt über ein derartig schändliches Verhalten sogenannter Arbeitnehmervertreter. Der Fall Hans Werner Krauß ist auch gewerkschaftspolitisch ein besonderer Skandal. Der Hauptverantwortliche für diesen ekelerregenden Arbeiterverrat ist schließlich nicht irgendwer, sondern ein hoher Gewerkschaftsfunktionär.

Rolf Brand ist nicht nur Betriebsratsvorsitzender bei Hoechst in Frankfurt, sondern auch Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, Papier, Keramik. Er ist außerdem Vorsitzender der IG-Chemie-Vertrauensleute bei Hoechst und Vorsitzender der Frankfurter Verwaltungsstelle der IG Chemie.

Dieser saubere „Gewerkschafter" hat es durch seine verderbliche Politik fertig gebracht, den Anteil der IG-Chemie-Mitglieder bei Hoechst mit der Zeit von 40 auf 25 Prozent der Belegschaft zu drücken.

Schon 1976 hat er übrigens dafür gesorgt, daß aufrechte Gewerkschafter bei Hoechst, die seiner intimen „Partnerschaft" mit den Fabrikherren nicht kritiklos zusehen und folgen wollten, wegen „Fraktionsbildung" aus der IG Chemie ausgeschlossen wurden.

Wenn dieser Arbeiterverräter so weitermachen darf, dann wird er es noch fertig bringen, die Gewerkschaft in einem der größten Betriebe der Bundesrepublik vollends in eine Art betriebseigene „Arbeitsfront" der Hoechst-Kapitalisten zu verwandeln.

Solche Leute haben in einer Gewerkschaft nichts zu suchen. Und schon gar nicht in führenden Funktionen. Solche Leute machen die Gewerkschaft kaputt.

Solidarität mit Hans Werner Krauß!

Zu denjenigen, die sich voll und ganz hinter den Kollegen Krauß stellen, gehören auch die Genossen der KPD bei Hoechst. In der KPD-Betriebszeitung „Durchblick auf Hoechst", Ausgabe vom Januar '82, schrieben sie zu der skandalösen Maßregelung:

„Montag, der 21. Dezember 1981 ist ein großer Tag in der Geschichte der Betriebsratsmehrheit um Rolf Brand und der Geschäftsleitung der Hoechst AG. Hans Werner Krauß, einer der Betriebsräte, die den persönlichen Mut besitzen, die Wahrheit zu sagen, die nicht bei jedem Windchen aus den Chefetagen umfallen, ein Betriebsrat, der sich einsetzt für die Anliegen der Kollegen, also alles in allem ein Betriebsrat wie ihn die Belegschaft sich wünscht, darf mit Zustimmung des Betriebsrats fristlos gekündigt werden!

Ein Antrag der Geschäftsleitung auf außerordentliche Kündigung wird von der Betriebsratsmehrheit mit sieben Gegenstimmen angenommen (...).

Wir wünschen dem Kollegen Hans Werner Krauß viel Erfolg bei seinem Kampf um Wiedereinstellung und den 'Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' weiterhin den persönlichen Mut, ihre Arbeit fortzusetzen im Interesse der Kollegen, gegen alle Machenschaften."

Persilschein für Pfeiffer, Loderer und Vetter?

„Es stinkt zum Himmel"

DÜSSELDORF. — Im Vorfeld der Sitzungen des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des DGB zur Frage der Kandidatur Pfeiffers als neuem DGB-Bundesvorsitzendem auf dem 12. ordentlichen Bundeskongreß des DGB hatten Ernst Haar, Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft und Günter Döding, Chef der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, öffentlich gegen Pfeiffer Stellung bezogen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß hinter den Kulissen schwere Konflikte in der DGB-Spitze über diese Frage ausgebrochen sind.

Haar hatte auf einer Pressekonferenz im Vorfeld der Sitzungen des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses des DGB in der letzten Woche erklärt, er halte eine Reinigung der Gewerkschaftsbewegung von solchen Spitzenfunktionären, die in den Skandal um die Neue Heimat verstrickt sind, für unumgänglich. Wenn einige aus den eigenen Reihen mit einem Monatseinkommen von über 20000 Mark wortbrüchig geworden seien — so der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft wörtlich —, dann *„stinkt das zum Himmel"*.

Döding hatte bereits früher Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Allerdings ist auch bekannt, daß Döding als „Wunschkandidat" von Unternehmerkreisen und als Rivale Pfeiffers für die Nominierung zum Nachfolgekandidaten für den DGB-Vorsitz auf dem Bundeskongreß im Mai kommmenden Jahres gehandelt wurde. Pfeiffer schien dann das Rennen endgültig gemacht zu haben, bis er durch seine Verwicklung in den Neue-Heimat-Skandal tief ins Zwielicht geraten ist.

Im Anschluß an die Sitzungen der beiden DGB-Spitzengremien verbreitete DGB-Chef Vetter in der Presse, die Bestätigung Pfeiffers als sein Nachfolgekandidat sei „einmütig" erfolgt. Es habe keine einzige Gegenstimme gegeben.

Dies wollten jedoch bestimmte DGB-Führer so nicht im Raume stehen lassen. Sie wandten sich an die „Frankfurter Rundschau" und erklärten, Vetters Behauptung sei „schlicht falsch".

Nach dem nunmehr (am letzten Samstag) in der FR veröffentlichten Bericht hat ÖTV-Chef Kluncker in einem „vertraulichen" Gespräch unter vier Augen Pfeiffer „eindringlich gebeten", auf den DGB-Vorsitz zu verzichten. Auf dem Bundeskongreß im Mai müsse inhaltlich und personell ein „Neuanfang" gesetzt werden. Pfeiffer habe sich Bedenkzeit erbeten. Auf der Bundesvorstandssitzung jedoch habe Pfeiffer erklärt, nach Gesprächen mit Vetter und dem Vorsitzenden der IG Bau Steine Erden, Rudolf Sperner, habe er sich dazu entschieden, an seiner Kandidatur festzuhalten.

Diese Erklärung Pfeiffers auf der Bundesvorstandssitzung soll dann zum Nachgeben seiner Gegner geführt haben. Am nächsten Tag auf der Sitzung des Bundesausschusses, des höchsten DGB-Gremiums zwischen den Bundeskongressen, sei die Frage jedoch dann erneut aufgerollt worden. Dabei seien vor allem der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Merten, das HBV-Vorstandsmitglied Viehof (Viehof ist führendes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse), der rheinland-pfälzische HBV-Landesleiter Fürbeth und das IGM-Vorstandsmitglied Preiss gegen eine Kandidatur Pfeiffers aufgetreten.

Merten habe vor dem Ausstellen von „gegenseitigen Persilscheinen" gewarnt und die DGB-Spitze „angefleht", vor und auf dem Kongreß für alle sichtbar Klarheit zu schaffen. Nach diesem Beitrag habe es starken Beifall gegeben.

Fürbeth habe sechs konkrete Fragen zu Pfeiffers Beteiligungen im sozialen Wohnungsbau Westberlins vorgelegt, aus denen sich der Verdacht ergibt, daß Vetter, Loderer und Pfeiffer ihre Beteiligungen in Berliner Abschreibungsgesellschaften nicht aus eigener Tasche sondern aus Schenkungen der Neuen Heimat finanziert hätten.

Vetter soll auf diese Fragen lediglich gereizt erwidert haben, die Berliner Behörden hätten keine strafrechtlichen Tatbestände festgestellt. Pfeiffer soll auf alle Fragen, Vorwürfe und Appelle mit keinem einzigen Wort geantwortet haben.

In Vorstandskreisen der ÖTV und der HBV werde nunmehr — so die FR — der Standpunkt geäußert, der DGB könne sich an seiner Spitze keinen Vorsitzenden leisten, der möglicherweise „erpreßbar" sei.

Im Vorfeld des DGB-Bundeskongresses

Bis jetzt war immerhin bekannt, daß Loderer, Pfeiffer und Vetter sich wie ganz gewöhnliche Kapitalisten zynisch an sozialen Mißständen, an den Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Wohnungselends gesundgestoßen haben. Unbekümmert ob der Tatsache, daß der DGB Abschreibungsgeschäfte grundsätzlich verurteilt und bekämpft, haben sie selbst mit ebensolchen Geschäften abgegeben.

Vom Standpunkt der grundlegenden Interessen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wäre dies wahrlich Grund genug, die genannten „Kollegen" höchst unrühmlich und schnellstens aus ihren Funktionen zu verabschieden und sie überdies wegen extrem gewerkschaftsschädigenden Verhaltens auszuschließen.

Inzwischen aber gibt es sogar Anzeichen dafür, daß Vetter, Loderer und Pfeiffer noch mehr Dreck am Stekken haben. Es ist bereits das alarmierende Wort vom „erpreßbaren" Vorsitzenden gefallen, der an der DGB-Spitze nicht tragbar sei.

Angesichts dieser neuerlichen, gewerkschaftspolitischen hochexplosiven Eskalation des Neue-Heimat-Skandals ist es nahezu unerhört und kaum zu fassen, daß Pfeiffer trotz allem sogar noch zum Kandidaten für die Nachfolge Vetters nominiert werden konnte.

Der sofortige Rücktritt Vetters, Loderers und Peiffers von allen ihren gewerkschaftlichen Funktionen müßte doch eine Konsequenz sein, die sich angesichts des jetzigen Stands der Dinge von selbst versteht! Ist ein möglicherweise erpreßbarer Vorsitzender an der Spitze der IG Metall denn noch tragbar? Was sich hier abspielt, stinkt tatsächlich zum Himmel!

Und vor allem: Von dieser personellen Frage abgesehen müßte es doch nach all dem, was geschehen ist, ebenfalls die größte Selbstverständlichkeit sein, daß in der jetzigen Situation einem Bundeskongreß des DGB eine intensive Diskussion unter den breitesten Mitgliedermassen über den Neue-Heimat-Skandal, aber vor allem über seine gewerkschaftspolitischen Lehren und Konsequenzen vorausgehen muß!

Dementsprechende Forderungen müssen jetzt auf allen Ebenen gestellt werden!

HDW-Bosse wollen 1 400 Kollegen rauswerfen

Entlassungsfeldzug mit schwarzen Listen

HAMBURG/KIEL. — 1 400 Kollegen sollen bei Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) bis spätestens März nächsten Jahres entlassen werden. Bei dem Entlassungsfeldzug wollen die Werftbosse mit schwarzen Listen zu Werke gehen, um gesundheitlich angeschlagene und angeblich „leistungsschwache" Kollegen herauszugreifen. Zusätzlich soll mindestens ein halbes Jahr lang Kurzarbeit für rund 1 250 Mann auf HDW/Hamburg mit einem Arbeitsausfall bis zu 50 Prozent durchgezogen werden.

Aufgedeckt wurden die neuen Angriffe der HDW-Kapitalisten auf die Belegschaft in einem Flugblatt des Betriebsrates bei HDW/Hamburg, das am 26. Februar im Werk verteilt wurde. Am gleichen Tag war auch eine Aufsichtsratssitzung bei HDW angesetzt.

Auf der Aufsichtsratssitzung wurde jedoch über diese brutalen Absichten der Werftherren nicht gesprochen. Die von der IGM gestellten Aufsichtsräte handelten nach dem Motto: „Ich heiße Hase, wohne im Walde und weiß von nichts".

Einige Tage später allerdings bestätigte der oberste HDW-Boß, Vorstandsvorsitzender Henke, auf einer Pressekonferenz die vom Betriebsrat (der mehrheitlich gestellt wird von der oppositionellen Gruppe „Aktive Metaller", die von der IGM-Führung innerhalb der Gewerkschaft mit Gewerkschaftsausschlüssen und Funktionsverboten kaltgestellt wurde), aufgedeckten Pläne weitgehend.

Auf dieser Pressekonferenz leistete sich Henke außerdem eine freche Provokation gegenüber der Belegschaft: Er verwies den Betriebsratsvorsitzenden von HDW/Hamburg, Holger Mahler, und seinen Stellvertreter, Dieter Napiwotzki, des Saales. Begründung: Sie hätten die vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört.

616 der angekündigten Entlassungen ergeben sich noch aus der Durchführung des sogenannten Interessenausgleichs von 1979, einem Rationalisierungskonzept, das damals vom Betriebsrat und den IGM-Bonzen mit den HDW-Bossen ausgehandelt worden war. Die zusätzlichen 800 Entlassungen teilen sich zu 60 Prozent auf Kiel und zu 40 Prozent auf Hamburg auf. Diese 800 Entlassungen sollen auf Grund einer „Betriebsanalyse" der Unternehmensberatungsfirma SCS (Scientific Control System) vorgenommen werden.

Werftchef Henke hatte zynisch erklärt: *„Wir gucken uns die Leute genau an. Wir achten auf Leistung, An- und Abwesenheit".* Ungefähr die Hälfte der 800 neu hinzugekommenen Entlassungen sollen auf diese Weise auf der Grundlage von schwarzen Listen vorgenommen werden: Solche Kollegen sollen als erste dran glauben müssen, die aufgefallen seien *„durch überhöhte und nicht plausible Krankenstände und Leistungsmängel"*, drohen die Werftbosse.

Diese Kollegen sollen zudem dann keinerlei Ansprüche aus dem Sozialplan geltend machen können. Dies ist eine brutale Drohung gegenüber der ganzen Belegschaft. So soll Angst und Schrecken verbreitet, soll gleichzeitig die Arbeitshetze verstärkt und die Leistung der verbliebenen Beschäftigten hochgetrieben werden.

Die Entlassungen dienen ausschließlich Rationalisierungszwecken. Das Auftragsvolumen bei HDW ist in letzter Zeit wieder angestiegen und liegt jetzt bei fast drei Milliarden Mark. Im Werk Hamburg sollen die Verluste verringert und im Kieler Werk die Gewinne gesteigert werden. Obwohl HDW ein staatliches Unternehmen ist und obwohl bei HDW bei einem der Anteilseigner, dem bundeseigenen Stahlkonzern Peine-Salzgitter, Rücklagen in Höhe von 180 Millionen Mark hat, wird nicht die geringste Rücksicht auf die Interessen der Belegschaft oder auf die Arbeitsmarktlage genommen.

Im nächsten „Roten Morgen" werden wir genauer auf die Hintergründe der hier behandelten Angriffe auf die Belegschaft eingehen sowie auf die Haltung und Forderungen der auf der Werft präsenten verschiedenen Kräfte, wie der Gewerkschaftsführung, der „Aktiven Metaller", der KPD und der RGO-Betriebsgruppen.

Betriebszeitung der KPD bei HDW/Kiel, „Das Bollwerk"

„Keine Entlassungen auf HDW!"

In seiner Ausgabe Nr. 3/82 geht unsere Betriebszeitung bei HDW/Kiel, „Das Bollwerk", unter der Überschrift „Die Katze ist aus dem Sack: 1 400 fliegen raus" auf die Ankündigungen der Werftherren ein. Den letzten Abschnitt dieses Beitrags geben wir im Wortlaut wieder:

Was ist jetzt zu tun?

- Wir brauchen **sofort** eine Betriebsversammlung, auf der der Vorstand den Kollegen Rede und Antwort steht. Wir wollen unsere Informationen nicht aus der Presse!
- Wir müssen in den Abteilungen diskutieren und Klarheit schaffen über die Zukunft und den Erhalt unserer Arbeitsplätze.
- Der Vertrauensleutekörper der IG Metall muß die Belegschaft mobilisieren und geeignete Kampfmittel gegen die drohenden Entlassungen beschließen!
- Der Betriebsrat muß sofort tagen und Abwehrmaßnahmen anpacken. Keiner Entlassung darf zugestimmt werden. Kollegen, die von Entlassungen bedroht sind, müssen die Gelegenheit erhalten, eine geeignete Umschulung auf Werftkosten zu machen, um im Betrieb weiterbeschäftigt werden zu können.
- Ortsverwaltung der IGM und die SPD-Regierung im Rathaus müssen eine öffentliche Protestdemonstration organisieren gegen die Arbeitsplatzvernichtung; denn von den Massenentlassungen bei HDW ist ganz Kiel betroffen: Heute HDW — gestern Tilly — morgen die anderen — so wird das laufen. Das dürfen wir nicht hinnehmen!

Keine Entlassungen auf HDW!
Kampf dem Rationalisierungsterror!
SCS runter von der Werft!

Aktionen gegen Jugendarbeitslosigkeit dringend nötig!

„Lehrstellen her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!"



„Lehrstellen her, Arbeitsplätze her — sonst gegen wir keine Ruhe mehr!" Das war das Motto einer Fachtagung gegen Jugendarbeitslosigkeit, die am 25. und 26. Februar im Hamburger Gewerkschaftshaus durchgeführt wurde. Veranstalter war die DGB-Jugend Hamburg und der Verein zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Hauptschulabschluß e.V.

Die Tagung wurde von etwa 250 Teilnehmern besucht: Jungen Arbeitslosen, Mitgliedern von Arbeitsloseninitiativen, Betriebsräten, Jugendvertretern, Sozialpädagogen usw. Es war einer der bisher noch äußerst seltenen Anläufe, endlich eine organisierte gemeinsame Aktivität von Arbeitslosen und Gewerkschaft in Gang zu setzen.

Eine Reihe von Arbeitskreisen beschäftigte sich während der zwei Tage mit Themen wie z.B.: „Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher", „Situation arbeitsloser Mädchen und Frauen", „Ursachen der Arbeitslosigkeit" und nicht zuletzt: „Wie weiter im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit?"

Was das Letztere betrifft, so sprach die Jugendsekretärin des DGB Nordmark, Irene Börjes, sicherlich einen ganz entscheidenden Punkt an, als sie sagte: „Wenn wir nicht mit geballter Kraft vorgehen, wird es immer schlimmer. Wir müssen jetzt zu Aktionen kommen".

Dieser Appell wurde noch auf der Tagung selbst in die Tat umgesetzt. So setzte sich am zweiten Tag spontan eine Demonstration durch die Hamburger Innenstadt in Bewegung.

Unter anderem führte die Demonstration auch in die Redaktion der „Hamburger Morgenpost", um den Protest darüber auszudrücken, daß die Berichterstattung in den Zeitungen über Jugendarbeitslosigkeit verfälschend und unzureichend ist. Der Chefredakteur der „Morgenpost" willigte immerhin ein, daß in der Zeitung eine mit jungen Gewerkschaftern erarbeitete Serie über Jugendarbeitslosigkeit veröffentlicht wird.



Proteste gegen Arbeitsplatzvernichtung

Heute vergeht kaum mehr ein Tag, an dem die Zeitungen nicht über größere oder kleinere Massenentlassungen, Stillegungen und Konkurse berichten. Es vergeht jedoch gleichzeitig auch kaum ein Tag mehr, an dem nicht Protestaktionen der Belegschaften und solidarischer Bürger gemeldet werden. Einige Beispiele aus den letzten Wochen werden durch die nebenan abgebildeten Fotos dokumentiert.

Bild oben: Am 3. März demonstrierten in Heilbronn rund 600 Menschen gegen die geplante Teilstillegung und die Entlassung von 265 Arbeitern und Angestellten bei Ackermann/Sontheim, einem Textilbetrieb mit insgesamt 365 Beschäftigten. Von der Teilstillegung wird befürchtet, daß sie nur der Anfang vom Ende der ganzen Zwirnerei Ackermann in Heilbronn-Sontheim ist. „Ackermann/Sontheim muß bleiben!" lautete die Hauptparole. Eine andere Parole hieß: „2 Millionen Arbeitslose sind genug!" Genossen der KPD verteilten die erste Nummer der „Gegenstimme", Informationsblatt der KPD für die Heilbronner Bevölkerung. Auf der Titelseite bringt das Blatt einen Beitrag über die Haltung des Gemeinderates zur Ackermann-Stillegung.

Mittleres Bild: 800 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am 25. Februar in Hamburg gegen die Stillegung des zum Pelikan-Konzern gehörenden Hamburger Zweigwerkes „Lumoprint", das informationstechnische Geräte (z. B. elektronisch gesteuerte Kopierer) herstellt. Durch die Stillegung dieses Werkes wollen die Pelikan-Bosse ihren Konzern sanieren, d. h. in wieder auf den Weg zu hohen Profiten bringen. Als Folge des Vergleichsverfahrens im Pelikan-Mutterkonzern hat die Lumoprint-Belegschaft Anfang März die fällige Lohnzahlung nicht erhalten.

Bild unten: Als der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Josef Stingl am 2. März das neue Arbeitsamtsgebäude in Reutlingen einweihen wollte, wurde er von ca. 150 Gewerkschaftern mit Protestparolen empfangen. Unter anderem forderten die Kollegen: „Gebt uns Arbeit statt Raketen" und „35-Stunden-Woche bei vollem Lohn".

DKP: „Grundsätze einer alternativen Sicherheitspolitik"

Kein Friedensplan

Die DKP hat vor einiger Zeit ein Dokument mit dem Titel „Grundsätze einer alternativen Sicherheitspolitik" vorgelegt. Von der Verwirklichung dieser Grundsätze verspricht sie sich und den Menschen unseres Landes die Sicherung des Friedens.

Dieser DKP-„Friedensplan" ist keine Alternative. Er ist im wesentlichen ein Appell für die Fortführung der „Entspannungspolitik", der „Neuen Ostpolitik" der SPD in ihrer ursprünglichen Form. Er ist das Dokument einer Politik im Interesse der sowjetischen Sozialimperialisten und der Teile des westdeutschen Finanzkapitals, die einen Großteil ihrer Profite durch den Handel und den Kapitalexport in die Sowjetunion und andere Länder des Ostblocks erzielen.

Eine ausführliche Erläuterung der hier abgedruckten Grundsätze erschien als Sonderbeilage der UZ. Darin werden nicht nur die acht Punkte näher ausgeführt, sondern es wird auch eine Einschätzung der gesellschaftlichen Kräfte gegeben, die nach Meinung der DKP für bzw. gegen weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung wirken.

Die „herrschenden Kreise" in unserem Land werden dabei folgendermaßen beurteilt: „Unter den herrschenden Kreisen der Bundesrepublik gibt es Kräfte, die jeden Blick für die Lehren der Geschichte und die Realitäten unserer Epoche verloren haben, deren Aggressivität und Washingtonhörigkeit kaum Grenzen kennt. Andere Kräfte schätzen das internationale Kräfteverhältnis realistischer ein, sind sich der Vorteile der Entspannungspolitik bewußt und möchten sich ihren außenpolitischen sowie außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum gegenüber den USA erhalten. Wir sehen diese unterschiedlichen Tendenzen sehr wohl und **setzen die Politik der realistischer denkenden und der aggressiven Kräfte des deutschen Imperialismus keineswegs gleich.**"

Nichts Neues also in Sachen Klassenanalyse bei dieser angeblich marxistischen Partei: Die Triebkraft des Großkapitals ist Vernunft oder Unvernunft. Pure Unvernunft treibt einen Teil dieser Leute bedingungslos an die Seite der USA, Vernunft und Einsicht dagegen bringen einen anderen Teil zur „Partnerschaft" mit der UdSSR. Daß die DKP diese auch in diesem neuen Dokument an verschiedenen Stellen als Friedensgaranten hochlobt, versteht sich von selbst.

Die DKP steht auf wider die Unvernunft, die „in der Politik des deutschen Imperialismus insgesamt immer wieder die gefährliche Illusion hervor (treten) ten)" läßt, „durch die bedingungslose Unterstützung der antisowjetischen Globalstrategie Washingtons eigene Expansionsziele durchsetzen und die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren zu können." Der „revolutionäre" Schwanz, den die DKP ihren ganzen Ausführungen anhängt, degeneriert zur Phrase: „Letztendlich ist es die der kapitalistischen Ausbeuterordnung innewohnende Gier nach Höchstprofit und Expansion, ist es die Feindschaft des Großkapitals gegenüber der Sache des gesellschaftlichen Fortschritts, die den Militarismus, das Wettrüsten und den Krieg hervorbringt. Deshalb kämpfen wir für die Überwindung der Macht des Großkapitals."

Geld macht eben blind, und da muß man vorbauen. Wie gut, daß ein Teil des Großkapitals seine blinde Gier schon zu überwinden begonnen hat, und sich entgegen dem Willen der USA weiterhin dem Osthandel zuwendet. Daß die westdeutschen Imperialisten durch diese Geschäfte Riesenprofite machen, daß sie von der Verschuldung zahlreicher Ostblockländer, für die sie eine der größten Gläubiger sind, auf Kosten der Werktätigen dieser Länder ungeheuer verdienen, das verschweigt die DKP. Mit diesen Kapitalisten will die DKP zusammengehen, da sie doch „vernünftig" sind; denn die DKP bietet ausdrücklich „allen vernünftigen und friedliebenden Menschen" ein „**Bündnis**" an. Und dafür macht sie ihre Vorschläge für eine „alternative Sicherheitspolitik": „Unser Land braucht eine Abkehr von den überlebten Militärdoktrinen der Vergangenheit. Es braucht eine Wende zu einer Sicherheitspolitik der Vernunft, die allein auf politische Lösungen, auf friedliche Zusammenarbeit setzt."

So ist es denn kein Wunder, daß die Grundsätze, die für eine solche Politik formuliert werden, unser Volk und die Werktätigen unseres Landes an die Politik bestimmter kapitalistischer Kreise, an die Verhandlungspolitik der imperialistischen Supermächte zu binden suchen.

„Durchsetzung einer alternativen Sicherheitspolitik hier und heute — das erfordert, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie sich aktiv für die **Fortführung der internationalen Entspannung** sowie für die Ingangsetzung von Abrüstungsmaßnahmen auf nuklearem und konventionellem Gebiet einsetzt." Die Verhandlungen darüber führen vor allem USA und UdSSR, daran soll sich nichts ändern; einseitige Schritte der Bundesrepublik zur Lösung von dem US-amerikanischen kontrollierten NATO-Kriegsblock sind nicht vorgesehen.

Die DKP kritisiert ausschließlich die von Reagans Regierung vorangetriebene Liquidation der „Entspannungspolitik" und deren Ersetzung durch einen Kurs der allseitigen Konfrontation gegenüber der Sowjetunion. Aber was sie dagegen setzt, ist keine wirkliche Alternative, sondern das Bemühen, eine bestimmte imperialistische Politik festzuschreiben, von der sich auch die Sowjetunion etwas verspricht.

Die DKP will die Friedensbewegung unseres Landes vor den Karren einer solchen Politik spannen. Sie stellt sich der eigenständigen Entwicklung der Friedensbewegung entgegen, sie stellt sich direkt gegen alle Maßnahmen, die wirklich geeignet wären, in unserem Land eine Politik zu erzwingen, auch eine Regierung zu zwingen, die — wiewohl Regierung eines imperialistischen Staates — sich nicht an der Vorbereitung des akut drohenden Weltkrieges zwischen den beiden imperialistischen Blöcken beteiligt. Das aber kann nur eine Politik sein, die auf Neutralisierung der BRD abzielt. „Friedenskampf ist Klassenkampf" — diese Wahrheit, die unsere Partei zur Grundlage ihres Handelns, ihrer Taktik macht, leugnet die DKP.

Diese Tatsachen werden durch Ausführungen der DKP selbst bestätigt. In einem UZ-Artikel vom 5. März schreibt Kurt Steinhaus unter anderem: „Unsere sicherheitspolitischen Vorstellungen sind die Alternative zur Infragestellung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die gegenwärtige USA-Administration sowie ihre Gefolgsleute in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten. Und es muß uns in der Diskussion mit anderen politischen Kräften vor allem darum gehen, **Diese Prinzipien der friedlichen Koexistenz als entscheidende Leitidee einer realistischen Friedenspolitik darzulegen...** Unser Land darf den Kurs der internationalen Entspannung nicht verlassen, es muß die mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträge nach Buchstaben und Geist einhalten."

Die Friedensbewegung darf und will sich aber nicht auf die Aufrechterhaltung des „Status quo" beschränken, der auch gar nicht aufrechterhalten werden kann, weil die Zeit weitergeht, weil der imperialistische Konkurrenzkampf weitergeht, weil der Imperialismus zum Kriege drängt, auch der sowjetische, der sich heute noch militärisch in Gebieten außerhalb Westeuropas engagiert. Die Friedensbewegung muß, gestützt auf die Kraft der organisierten Arbeiterschaft, die bestehenden Zustände grundlegend verändern.

Aufgrund der unverändert starken Orientierung an den Erfordernissen sowjetischer Politik dürfte der „Friedensplan" der DKP kaum geeignet sein, ihr wesentlich größeren Einfluß zu sichern.

Allerdings bemüht sich die DKP-Führung, bestimmten Kritiken an ihrer Politik Rechnung zu tragen. So hat sie gemerkt, daß ihre Versuche, den konkreten Friedenskampf ausschließlich auf den Kampf gegen die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II zu beschränken, in der bisherigen Form scheitern. So hebt die DKP im Zusammenhang mit ihren „Grundsätzen" weitere Forderungen hervor, die eindeutige Zugeständnisse sind, wie „Schaffung eines atomwaffenfreien Europa!" und „Überwindung der Teilung Europas in sich gegenüberstehende Militärblöcke! Übergang zu einem System der kollektiven Sicherheit, zu einer blockübergreifenden, gesamteuropäischen Friedensordnung!". Das bestätigt aber nur die von der KPD bereits hervorgehobene Tatsache, daß auch die revisionistische Führung zu allen möglichen allgemeinhaltenen Formulierungen gegen die Blöcke bereit sein wird, solange sie nicht konkrete Schritte zu ihrer Verwirklichung angeben muß.

So wird man, wenn man von DKP-Führern eine Konkretisierung der letztgenannten Forderungen verlangt, als erstes hören, daß sie frühestens nach der erfolgreichen Verhinderung der geplanten Raketenstationierungen aktuell würden, und als zweites, daß sie nur verwirklicht werden könnten im Rahmen der „internationalen Entspannung", das heißt wiederum im Ergebnis irgendwelcher Verhandlungen der Supermächte, und das heißt in Wahrheit nie.

Somit sind die „Grundsätze" der DKP alles andere als „das Friedens- und Sicherheitsprogramm einer revolutionären Arbeiterpartei" (Steinhaus). Sie sind das Programm der versuchten Irreführung der Friedensbewegung, der um den Frieden besorgten arbeitenden Menschen, das Programm der Fesselung an den Imperialismus. Sie können nicht akzeptiert werden. Wo die DKP diese „Grundsätze" gemäß ihrer Darstellung, daß sie ein „Angebot zur Diskussion" sein sollen, tatsächlich zur Diskussion stellt, sollte man versuchen, den einfachen Mitgliedern dieser Partei, den von ihr beeinflußten Kollegen den wahren Charakter dieser Politik klar zu machen, um sie für einen wirklichen Friedenskampf zu gewinnen.

Grundsätze einer alternativen Sicherheitspolitik

„Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen! Unser Land darf unter keinen Umständen in fremde Kriegsabenteuer hineingezogen werden!" So heißt es in den Vorschlägen der DKP. Es werden dazu Grundsätze einer alternativen Sicherheitspolitik formuliert:

1. Ausgangspunkt und Hauptkriterium für jede bundesdeutsche Sicherheitspolitik müssen die nationalen Interessen sein.

2. Eine bundesdeutsche Sicherheitspolitik, die sich an den nationalen Interessen orientiert und die infolgedessen die Erhaltung des Friedens zum obersten Grundsatz hat, muß auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beruhen.

3. Eine bundesdeutsche Sicherheitspolitik hat davon auszugehen, daß die Bundesrepublik in den Verträgen mit der Sowjetunion, der DDR, der Volksrepublik Polen und der CSSR sowie in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die bestehenden europäischen Grenzen als endgültig anerkannt und sich zu einer friedlichen Außenpolitik verpflichtet hat, die jeden Gebietsanspruch und jede Aggression ausschließt. Diese Abkommen und die ihnen zugrunde liegenden völkerrechtlichen Normen gilt es strikt einzuhalten und mit Leben zu erfüllen.

4. Die Bundesrepublik braucht eine Sicherheitspolitik, die sich dem Streben nach militärischer Überlegenheit widersetzt, die sich konsequent von dem Grundsatz der gleichen Sicherheit für alle leiten läßt und durch eigene Initiativen aktiv dazu beiträgt, daß bei der Abrüstung Fortschritte erzielt werden, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt wird.

5. Bundesdeutsche Sicherheitspolitik darf nicht dem Versuch der USA Vorschub leisten, ihre europäischen Verbündeten und den NATO-Pakt für ihr Vormachtstreben auszunutzen und in die Konfrontation mit der Sowjetunion zu treiben.

6. Bundesdeutsche Sicherheitspolitik muß darauf bedacht sein, die engen außenwirtschaftlichen Verflechtungen unseres Landes vor imperialistischen Störmanövern zu schützen.

7. Unser Land braucht eine Sicherheitspolitik, die seine Wirtschaftskraft nicht überfordert und die grundlegenden sozialen Interessen der arbeitenden Menschen wahrt.

8. Unser Volk braucht eine Sicherheitspolitik, die ein politisches und geistiges Klima schafft, das frei ist von Kriegs- und Rüstungshysterie, von Antisowjetismus, von revanchistischem und faschistischem Gedankengut.



Auch öffentlich treten Sozialdemokraten gegen die Aufrüstungspolitik der Regierung, gegen die „Nachrüstung" auf. Unser Bild zeigt einen Stand der Jusos beim Aktionstag gegen die AWACS-Stationierung in Geilenkirchen. Die Opposition der Juso-Führung ist allerdings äußerst halbherzig, was sich auch in den Vorbereitungen der Aktivitäten der Friedenskämpfer zum SPD-Parteitag gezeigt hat. An der alternativen Auftaktkundgebung werden allerdings mit Sicherheit auch Jusos teilnehmen. Den Aufruf dazu drucken wir auf dieser Seite ab.



Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 17. April in München

Wir wehren uns gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung!

Nach der Friedensdemonstration in Bonn setzt die Friedensbewegung ihren Weg fort; sie muß nun ihre Forderungen noch deutlicher machen. Am 19. April 1982 beginnt in München der SPD-Parteitag, auf dem nach dem Willen der Parteiführung das Thema „Nach"rüstung ausgeklammert bleiben soll. Wir aber wollen München während dieser Zeit zum Zentrum einer breiten Bewegung gegen Wettrüsten und Kriegsvorbereitung machen. Auch wenn die Verantwortlichen der Antwort ausweichen wollen: In München muß eine Auseinandersetzung mit diesem Thema stattfinden, und die SPD als tragende Regierungspartei eindeutig Position beziehen!

Auch nach Verhandlungsbeginn in Genf haben die USA keinen Zweifel daran gelassen, daß sie „auf jeden Fall 1983" mit der Stationierung von 572 neuen Atomraketen in Westeuropa beginnen wollen, falls bis dahin keine konkreten Verhandlungsergebnisse vorliegen. Ohne Vorwarnzeit könnten diese das Zentrum der UdSSR vernichten, ebenso aber wären wir dann das erste Ziel eines atomaren Vernichtungsschlages. Denn diese neuen Raketen machen die Bundesrepublik zur gefährlichsten amerikanischen Abschußrampe, daß heißt unser Land wäre der erste Trümmerhaufen eines Atomkrieges, ganz gleich von welcher Seite er ausginge. Schon jetzt haben die Supermächte in Europa mehr Atomwaffen stationiert als irgendwo sonst auf der Welt, nur unser Widerstand kann die völlige Abhängigkeit der europäischen Länder von militärischer Großmachtpolitik noch beseitigen.

Wir fühlen uns auch durch die sowjetische Rüstungspolitik bedroht, wehren uns aber vor allem gegen ein neuerliches Anziehen der Rüstungsschraube durch den Westen!

Reagans „Null-Lösung", zur Besänftigung der Friedensbewegung erfunden, ist ein betrügerischer Bluff: Sie verlangt von der Sowjetunion vollständige Abrüstung der landgestützten Mittelstreckenraketen, während die gleichwertigen NATO-Atomwaffen, die in großer Zahl auf U-Booten stationiert sind, nicht angetastet werden sollen. Damit ist das Scheitern der Genfer Verhandlungen bereits vorprogrammiert.

Die wahren Absichten der US-Regierung zeigen sich in der beschleunigten Produktion von biologischen und chemischen Waffen, im Bau der Neutronenbombe, in den neuen MX-Interkontinentalraketen, im B-1-Bomberprogramm und in der Aufrüstung von Unterseebooten und Flugzeugen mit Cruise Missiles.

Mit dem größten Aufrüstungsprogramm aller Zeiten wollen die USA ihre globale Vorherrschaft auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet ausbauen. Dies geschieht auf Kosten von Millionen Armen in Amerika, auf Kosten der gesamten Dritten Welt und auch auf unsere Kosten:

Während Konzerne, die Rüstungsindustrie, umweltzerstörende Projekte (Startbahn West u. a.), Großverdiener und Bauherren weiterhin subventioniert werden, soll einseitig am Sozialetat zu Lasten von Kindern, Kleinverdienern, Arbeitslosen, Rentnern, Auszubildenden und Behinderten gespart werden.

Die Bundesregierung, die maßgeblich am Zustandekommen des NATO-Aufrüstungsbeschlusses beteiligt war, weckt falsche Hoffnungen auf Verhandlungen, bereitet aber dennoch schon die Stationierung der US-Atomraketen vor: 535 Millionen Mark sind im Bundeshaushalt 1982 für Abschußrampen und Silos von Cruise Missiles und Pershing II genehmigt worden?

Wir rufen alle, auch die „Nach"rüstungsgegner in der SPD, die diese Politik nicht mehr hinnehmen und stillschweigend mittragen wollen, zur Großdemonstration am 17. April in München auf.

Wir fordern von der Regierung und der sie tragenden Sozialdemokratischen Partei:

- **Sofortige Aufkündigung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses**
- **Endgültige Ablehnung und Ächtung der Stationierung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen**
- **Kein Waffenexport aus der Bundesrepublik Deutschland**
- **Schritte zu echter Abrüstung mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in Europa**
- **Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO**
- **Abrüstung statt „Nach"rüstung,und beginnen wir in unserem Land**

Lummer bedauert NPD-Verbot in Berlin

Auf einer Versammlung der „christdemokratischen Arbeitnehmerschaft“ im Charlottenburger Ratskeller hat Westberlins Innensenator Heinrich Lummer vor etwa 80 Personen in einer Diskussion einem NPD-Anhänger, der freie politische Betätigung für die Nazi-Partei forderte, entgegnet, er bedaure es ebenfalls, daß die NPD in der Stadt nicht ungehindert wirken könne, „wie dies bei linksextremen Parteien der Fall“ sei. Lummer selbst bestätigte entsprechende Pressemeldungen im Kern mit den Worten: „Ich bedaure, daß in der Frage extremer Parteien in Berlin mit zweierlei Maß gemessen wird. Auf der einen Seite haben wir eine zugelassene linksextreme Partei, auf der anderen Seite eine verbotene rechtsextreme Partei“.

In Westberlin ist die NPD gemäß den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, daß die NSDAP mit allen ihren Gliederungen und Untergliederungen zu vernichten und Sorge zu tragen sei, „daß sie in keiner Form wiederauferstehen kann“, verboten. Eine eindeutige, rechtswirksame Bestimmung, die im gesamten Bundesgebiet gebrochen und mit Füßen getreten wird.

Nach Äußerungen der westlichen Besatzungsmächte nach Bekanntwerden von Lummers ungeheuerlicher Stellungnahme ist an eine Zulassung der NPD nicht gedacht. Es wurde allerdings „hypothetisch“ die Möglichkeit festgehalten, auch linke Parteien zu verbieten! Derartige Absichten, zum „Ausgleich“ für das Verbot von Faschisten auch Antifaschisten verbieten zu lassen und damit dem Geist und den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vollständig entgegenzuhandeln, müssen durchkreuzt werden. Lummer aber muß für seine Förderung der Faschisten zur Verantwortung gezogen werden. Wir unterstützen die Forderungen, daß Lummer als Innensenator abtreten muß!



Auf dem Weg zum Empfang der Faschisten.

Abfuhr für die Wiking-Jugend

KÖLN. — Kölner Antifaschisten verhinderten am 6. März eine Propagandaaktion der neofaschistischen Wiking-Jugend. Am 20. März wollen sie auch das für diesen Tag angesetzte „Gautreffen“ der faschistischen Bande unterbinden.

Eine Aktionseinheit von etwa 15 Organisationen, darunter die KJD, die Gewerkschaftsjugend und die Falken, ging gegen den Versuch der Wiking-Jugend vor, mit einem Propagandastand und ausländerfeindlicher Hetze für die Unterstützung ihrer Organisation zu werben. Als die Nazis mit neun Mann am Standort eintrafen, wurden sie von 60 Antifaschisten empfangen. Bevor sie ihren Tisch aufbauen konnten, wurden sie in eine Seitenstraße abgedrängt. Die Antifaschisten beschlagnahmten ihr Propagandamaterial und forderten sie auf, zu verschwinden; eine Aufforderung, der die Nazis allerdings erst nach Anwendung einfacher körperlicher Gewalt Folge leisteten.

Auch das Gautreffen der Nazis wird nicht reibungslos über die Bühne gehen. Gegenaktionen werden vorbereitet, zu denen unter anderem auch die Schmetterlinge bei einem ihrer Auftritte aufforderten, nachdem sie von KJD-Genossen über die Pläne der Wiking-Jugend unterrichtet worden waren. In einem gemeinsamen Flugblatt fordern die Antifaschisten:

Keine Räume für die Wiking-Jugend!
Verbot und wirksame Bekämpfung aller faschistischen Organisationen!

Ein Geheimagent packt aus

MÜNCHEN. — Bundesnachrichtendienst (BND) und bayrischer Staatschutz sind weiter in Aufregung: der Fall Langemann, die Affäre um den inzwischen suspendierten Leiter des Staatsschutzes Bayern und früheren BND-Agenten, aus dessen Tonbandplaudereien die Zeitschrift „konkret“ eine Artikelserie geschrieben hat, die Einblick in die verbrecherischen Praktiken des westdeutschen Geheimdienstes gibt, sorgt für immer neue Schlagzeilen.

Bundesanwalt Rebmann schaltete sich ein und eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Landesverrats gegen Langemann und wegen Verdachts der Offenbarung von Staatsgeheimnissen gegen den „konkret“-Redakteur Jürgen Saupe. Es sind ja auch heiße Sachen, die da ans Tageslicht kommen: über die weltweiten Verbindungen des BND, von Washington über den Vatikan bis nach Vietnam (zur Zeit des amerikanischen Aggressionskrieges), über das Unauffindbarmachen von belastendem Material über die faschistische Vergangenheit des früheren Bundeskanzlers Kiesinger mit Hilfe des CIA usw. Auch im Inland hat der BND dafür gesorgt, daß verdächtige und politisch unliebsame Personen überwacht und bestohlen wurden, hat sich in die „Spiegel“-Affäre eingeschaltet und belastendes Material verschwinden lassen und vieles mehr. Wir empfehlen unseren Lesern die Lektüre der Serie, die in „konkret“ Nr. 3/82 begann und fortgesetzt werden soll — in der nächsten Nummer mit Material über Franz Josef Strauß.

Bisher sind noch keine direkten Angriffe auf die „konkret“-Redaktion gestartet worden, etwa Verhaftungen oder Durchsuchungen; man sah dazu zu — noch — „keine Veranlassung“. Was nicht heißt, daß solches nicht noch geschieht.

Inzwischen wurde bekannt, daß noch weit brisanteres Material auf den Markt geworfen werden sollte. Der Anwalt des Frank Heigl, mit dem Langemann einen Vertrag über die Verfassung „publizistisch verwertbarer Arbeiten“ über den BND schloß und der die besagten Tonbänder dann der „konkret“ verkaufte, legte einen streng geheimen Bericht des bayrischen Innenministeriums unter Gerold Tandler über die Hintergründe des Oktoberfest-Attentats vom 26. September 1980 vor. Er widerlegte Schutzbehauptungen Langemanns, dieser habe derartige Unterlagen nie offenbaren wollen.

Das ist nun eine Sache, an deren Veröffentlichung größtes Interesse besteht. Zwar sicher nicht im bayrischen Innenministerium oder bei der Bundesregierung, aber bei allen Antifaschisten, die miterleben mußten, wie die bayrischen Behörden und die Bundesanwaltschaft eine Aufklärung des faschistischen Mordanschlages mit allen Mitteln verhindert haben. Heigls Anwalt Glaub verweigert aber bisher die Herausgabe „aus juristischen Gründen“.

Es muß ganz klar gesagt werden: die Praktiken des Geheimdienstes sind kriminell. Hier müßte eingeschritten werden, und nicht gegen diejenigen, die diese Praktiken der Öffentlichkeit zugänglich machen, wie die „konkret“-Redaktion. Im Gegenteil. Alles Material, auch das über das Wies'n-Attentat, das durch den offenbar von seinen Dienstherren enttäuschten Langemann ausgeplaudert wurde, müßte veröffentlicht werden!

„Brüder zur Sonne zur Freiheit!“

Volkskorrespondenz aus Hanau

Die NPD Hessen wollte am 5. März in der Stadthalle von Hanau ihren Haß gegen ausländische Familien und Arbeitnehmer mit einer Veranstaltung unter die Hanauer Bevölkerung bringen. Starredner sollte der hessische Landeshäuptling Deckert sein. Dieser Plan wurde zumindest teilweise von etwa 800 Antifaschisten, die die Stadthalle systematisch abriegelten, durchkreuzt. Dabei mußten die versammelten Antifaschisten nicht nur das Betreten der Stadthalle seitens der Nazis verhindern, sondern auch gegen eine schwerbewaffnete Hundertschaft der Bereitschaftspolizei Front machen.

Vorausgegangen war dieser gelungenen antifaschistischen Demonstration das übliche Gerangele vor den Gerichten. Der Magistrat Hanaus mochte den Nazis die Stadthalle nicht zu diesem Zweck zur Verfügung freigeben. Wie schon so oft, hob ein Verwaltungsgericht dieses Verbot auf, da es sich bei der NPD um eine legale Partei handele. Gleichzeitig wurde aber von der Polizei eine Gegendemonstration einer antifaschistischen Aktionseinheit vor der Stadthalle verboten.

Auf den Treffen der Aktionseinheit waren am Montag, dem 1.3.82, an die 50 Personen, die den Beschluß faßten, den Nazis das Betreten der Stadthalle zu verwehren.

Nach dem provokativen Verbot gegen die Antifaschisten sprang der DGB-Kreis Main-Kinzig hilfreich ein und meldete seinerseits eine Gegenkundgebung an. Diese wurde zwar nicht mehr verboten, aber mit verschiedenen Auflagen belegt. Der Protest gegen die NPD durfte unter anderem nicht vor der Stadthalle stattfinden, aber ein weiter entfernterer Platz wurde dafür genehmigt. Auf diesem Platz vor dem Deutschen Goldschmiedehaus fand dann zwei Stunden vor Beginn der NPD-Veranstaltung die Gegenkundgebung statt. Immer mehr Menschen, angezogen von den Redebeiträgen und dem Spielen einer DGB-Musikgruppe, fanden sich nach und nach vor dem alten Zunftgebäude ein.

So wurden die Reden eines Vertreters des DGB-Kreises, eines türkischen und spanischen Kollegen und eines Mitglieds des Bundesvorstandes der Initiative Ehefrauen von Ausländern vor einem großen Publikum vorgetragen.



Ein großes Aufgebot schwerbewaffneter Polizei stand den Antifaschisten gegenüber

Alle Redner betonten die Einheit deutscher und ausländischer Arbeitnehmer, die Integration ausländischer Familien in Westdeutschland und verurteilten die zunehmenden Tendenzen, die den „Gastarbeitern“ die Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit in die Schuhe schieben wollen. Beendet wurde die Kundgebung mit dem Singen von „Brüder zur Sonne zur Freiheit“.

Inzwischen war es 19.00 Uhr geworden und alle Antifaschisten zogen vor die nahegelegene Stadthalle, die ihre Pforten für die Nazis erst um 20.00 Uhr öffnen sollte.

Die 800 riegelten alle Eingänge der Halle systematisch ab, um ein Eindringen der Faschisten zu verhindern. Allerdings wurde diese Arbeit erheblich durch die eingesetzte Hundertschaft der Bereitschaftspolizei erschwert, die den Nazis eine breite Gasse vor dem Haupteingang verschaffte. Daß es dabei nicht zu Auseinandersetzungen kam, ist nur dem besonnenen Handeln der Antifaschisten zu verdanken. Der Korrespondent des „Roten Morgen“ wurde bei dieser polizeilichen Aktion mit Polizeihunden bedroht und, nachdem er seinen Presseausweis nicht vorzeigen konnte, von zwei Beamten rüde hinter die Absperrung geschleppt.

Doch die Bemühungen der Polizei waren nicht von Erfolg gekrönt: Die Antifaschisten riegelten einfach die Abriegelung der Polizei ein und verhinderten dadurch den Durchgang zur Halle. Nur wenigen Nazis, die teilweise Püffe und andere Behinderungen hinnehmen mußten, gelang es daraufhin, die Stadthalle zu betreten. Es sei denn, daß sie verschwiegene Eingänge für ihre Ausländerhetze benutzten. Insgesamt muß festgehalten werden: Diese antifaschistische Aktion war nicht nur ein Erfolg dahingehend, daß sich viele Menschen Hanaus der Ausländerfeindlichkeit der Nazi-NPD widersetzten, sondern, daß ein DGB-Kreis zu diesem Widerstand aufgerufen hat und gewissermaßen die Schirmherrschaft übernommen hat. Gerade dadurch, so scheint es, sind so viele Menschen diesem antifaschistischen Aufruf gefolgt. Wenn der DGB diese Aufgabe aufgreift, dann werden eben mehr mobilisiert, als andere das erreichen können. Der Aktionseinheit muß allerdings zum Gelingen dieses breiten Widerstandes gegen die Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen ebenfalls ein großer Batzen auf die Habenseite geschrieben werden.

(Nachtrag: Die Versammlung fand nach Abzug der Antifaschisten dann doch statt — aber mit großer Verspätung und nur etwa zwei Dutzend Nazis, alles alte Leute, die sich in dem großen Saal verloren.)

Stellt Thälmanns Mörder vor Gericht!

Fast vierzig Jahre nach der Ermordung Ernst Thälmanns, des Vorsitzenden der KPD, durch SS-Schergen findet sich immer noch kein westdeutsches Gericht bereit, die Mörder vor Gericht zu stellen. Obwohl der Tathergang und die Namen von Beteiligten bereits seit 1948 durch beeidigte Aussagen eines Augenzeugen gerichtsbekannt sind. Auf den wiederholten Beschluß, das Verfahren einzustellen — der letzte datiert vom 25. Januar dieses Jahres — reagierte die Tochter Ernst Thälmanns, Irma Gabler-Thälmann, nun mit der Einleitung eines Klageerzwingungsverfahrens gegen den einzigen heute noch lebenden Mörder, den SS-Stabsscharführer Wolfgang Otto.

Der bisherige Umgang mit den Bemühungen, die Mörder Ernst Thälmanns zur Verantwortung zu ziehen, sind ein großer Schandfleck auf dem ohnehin schmutzigen Weste der bundesdeutschen Justiz.

Bereits im November 1948 machte der Buchenwald-Häftling Marian Zgoda detaillierte Aussagen vor einem Amtsrichter in München. Marian Zgoda war Augenzeuge, als Thälmann in der Nacht vom 17. auf den 18. August 1944 ins KZ Buchenwald gebracht wurde, wo der Verbrennungsofen für seine Leiche bereits angeheizt war. Thälmann wurde von seinen Mördern zum Krematorium geführt und nach dem Durchschreiten einer Tür zum Vorraum des Gebäudes von hinten erschossen. Marian Zgoda gab auch die Namen zweier Mörder an, die er aus einem Gespräch erlauschte: Hofschulte und Otto. Er hörte, wie Hofschulte fragte: „Weißt du, wer das war?“ Und Otto antwortete: „Das war der Kommunistenführer Thälmann!“

Tathergang und absolute Glaubwürdigkeit des Augenzeugen konnten nie in Frage gestellt werden. Dennoch kam es bis heute nicht zum Prozeß. Die Ermittlungsbemühungen der Justiz, so schrieb dieser Tage selbst das konservative Wochenblatt „Die Zeit“, waren „in all den zwanzig Jahren vorwiegend darauf gerichtet, den Beweis für die Nichtverfolgbarkeit der Tat zu erbringen“. Und so wurde auch am 25.1.82 wieder offiziell erklärt, es hätten sich „keine hinreichenden Verdachtsgründe dafür ergeben, daß die Beschuldigten in strafrechtlich faßbarer Weise an der Ermordung Ernst Thälmanns beteiligt waren“. Da hieß es immer: die Tötung sei „nicht grausam“ gewesen, „nicht heimtückisch“, die Mörder hätten „nur einem Befehl Folge geleistet, der durch Führerbefehl legitimiert“ gewesen sei. „Niedere Beweggründe“ hätten nicht vorgelegen. (Vielleicht höhere?) Es ist schon bemerkenswert, was bundesdeutsche Gerichte als „Legitimation“ ansehen!

„Führer, Wolfsschanze 14. VIII. 44“: Ein Auszug aus dem Notizbuch Himmlers. Der letzte Eintrag lautet: „Thälmann ist zu exekutieren“.

Irma Gabler-Thälmann beugte sich nicht dem Vorhalt des Kölner Generalstaatsanwalts, es müsse „bei der Einstellung des Verfahrens sein Bewenden haben“. Der von ihr beauftragte Anwalt Heinrich Hannover prangerte an, daß sich die Staatsanwaltschaft „immer wieder nazistische Argumente zu eigen gemacht“ hat. Das Klageerzwingungsverfahren läuft jetzt. Wolfgang Otto, der bis heute ungestört von seiner Beamtenpension in Geldern im Rheinland wohnt, muß endlich vor Gericht!

Rosenmontag in Krefeld

Ein Wagen fiel aus der Rolle

KREFELD. — Bei der Bevölkerung stieß er auf Zustimmung, bei der politischen Polizei sorgte er für Aufregung: ein Wagen im Krefelder Rosenmontagszug, der aus dem üblichen Rahmen fiel. Ein Wagen der *Volksfront*, mit dem die sogenannten Abrüstungsverhandlungen der Supermächte aufs Korn genommen wurden.

Breschnew und Reagan am Verhandlungstisch in Genf, getarnt als Friedensengel, die Friedenstaube aber mit gebrochenem Genick zu ihren Füßen — das war das Motiv dieses Wagens, der mit einer Höhe von 4,50 Metern der „hervorragendste" des ganzen Zuges war. Eine prima Idee der Krefelder *Volksfrontler*, die mit diesem politischen Beitrag vier Stunden lang an etwa 120000 Menschen vorüberzogen. Kräftige „Helau"-Rufe begrüßten den Wagen überall, was — verstärkt durch die wohltuende Wirkung eines mitgeführten Bierfäßchens — die Stimmung der etwa 50 Mann starken Begleittruppe außerordentlich anhob. Begierig wurden die vom Wagen geworfenen „Kamelle" (für Nicht-Rheinländer: Bonbons) aufgesammelt, und beim Auspacken entstand Heiterkeit: sie waren durch ihre Verpackung gekennzeichnet als „Survivalin" (engl. survive = überleben), ein zweifelhaftes „Mittel gegen akuten und chronischen Sprengkopf". Aus der Gebrauchsanweisung geht allerdings hervor, daß das Bonbon allein nichts hilft, daß nur eine starke Friedensbewegung eine Überlebenschance gegen den Atomtod bietet.

„Survivalin" ist eine ganz witzige und einfallsreiche Idee des DKP-Verlages „pläne", wenn auch aus den „Testfragen" in der Gebrauchsanweisung unschwer der Versuch erkennbar ist, die Sowjetunion im Vergleich mit den USA als friedlich und ihre Atomwaffen zumindest als „harmloser" hinzustellen.

Mit dieser „Polit-kamelle" befaßte sich anschließend auch die politische Polizei und die reaktionäre „Westdeutsche Zeitung", die geradezu bedauert, daß die „Gesinnung der Wagenbauer nicht geprüft" wird. Bei dem Artikelschreiber der WZ geht vor Aufregung alles durcheinander. Im Bemühen, seine Empörung über die *Volksfrontler*, die sich in den Zug „eingeschlichen" haben, kennzeichnet er die *Volksfront* als „dem ehemaligen ‚Kommunistischen Bund Westdeutschlands' nahestehend", als „nach dem Verfassungsschutzbericht maoistisch ausgerichtet" und ähnlich idiotisches Zeug. Man hat also heute wieder Angst, wenn sich Bürger dieses Landes auf die ursprüngliche fortschrittliche Tradition des Karnevals besinnen, und man möchte da gleich wieder zum Mittel der politischen Zensur greifen!

Sollen sich diese Leute ruhig aufregen. Das Beispiel der Krefelder jedenfalls sollte Schule machen.

Die Arbeit, die in diesem Projekt steckt, hat sich gelohnt. Und Arbeit, das sei denen gesagt, die auch einmal etwas Ähnliches bauen möchten, steckt wirklich drin: Etwa 2 Wochen intensiver Arbeit, 102 Meter Dachlatten, 40 Kilo Farbe, jede Menge Nägel, Styropor, Kleister und ähnliches, ein Sack Kreide und einige Kästen Bier waren nötig, um den Krefelder Wagen fertigzustellen.

Jeder Gegner des Rüstungswahnsinns hat Gelegenheit, den Wagen persönlich zu begutachten. Wenn Reagan im Juni nach Bonn kommt, sind die Krefelder *Volksfrontler* mit ihrem Wagen zur Gegendemonstration dabei.



Der Wagen der *Volksfront* auf dem Krefelder Rosenmontagszug.

Betr.: Bedrohung von *Volksfront*-Mitgliedern durch Graue Wölfe

Presseerklärung der Volksfront /Saar

Vor mehr als drei Wochen haben wir an über 15 demokratische Organisationen und Initiativen im Saarland Informationen gesandt über Aktivitäten türkischer Faschisten hier bei uns. Leider bisher ohne jede Reaktion: keinerlei Solidaritätserklärung, geschweige denn die Bereitschaft zur gemeinsamen Aktivität.

Anscheinend ist das antifaschistische Bewußtsein nicht einmal in den politisch „linken" Kreisen richtig ausgeprägt. Oft besteht sogar die irrige Ansicht, durch antifaschistische Gegeninitiativen würde die Bedeutung der Faschisten unnötig hochstilisiert. Schön wär's. Leider belehren uns die Faschisten selbst eines Besseren. Obwohl die antifaschistische Bewegung im Saarland nicht gerade sprüht vor Energie, treten deutsche und ausländische Faschisten immer dreister denn je auf. Drohbriefe an Jugendzentren (Homburg) und Infostände zur „Ausländerbegrenzung" gehören langsam zum alltäglichen Bild und müßten uns schon lange wachgerüttelt haben.

Heute ist es wieder soweit, daß Nazis es offen wagen können, Gewerkschafter und Antifaschisten zu bedrohen und sogar zu töten, wie der Mord an einem Berliner IG-Metall-Mitglied letzten Jahres beweist. Doch um praktische Beispiele zu finden, brauchen wir nicht mehr nach Berlin zu gehen. Im Saarland gibt es derer genug:

In der Saarbrücker Gaststätte Korns Stuben sollte letztes Jahr im Herbst eine Veranstaltung der *Volksfront* stattfinden. Als dies den Grauen Wölfen bekannt wurde, schüchterten sie die Wirtin so ein, daß sie uns den Saal nicht mehr zur Verfügung stellte. Da wir erst im letzten Augenblick davon erfuhren, war unsere Veranstaltung damit geplatzt.

Im Oktober letzten Jahres erhielt ein türkischer Antifaschist einen vierseitigen Drohbrief.

Am 4.1. 1982 wurde die Kontaktadresse der *Volksfront/Saar* telefonisch bedroht. Der Anrufer sprach übrigens ein exaktes Hochdeutsch, was auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Faschisten schließen läßt.

Die bisher letzte Aktion ist noch keine vier Wochen her. Dem Vermieter eines türkischen Kollegen wurde angedroht, seine ganze Pension zu zertrümmern, falls er nicht augenblicklich den Ausländern kündige. Um den Wahrheitsgehalt ihrer Drohung zu unterstreichen, nahm der 40 (vierzig!) Mann starke Schlägertrupp schon mal gerade die zugehörige Gaststätte auseinander.

Wenn es nun die *Volksfront* ist, die zur Zeit solch massiven Angriffen ausgesetzt ist, so zweifellos deshalb, weil wir das Verbot aller deutschen und ausländischen faschistischen Organisationen zu unserem Hauptziel erklärt haben und mit unseren Infoständen und Veranstaltungen letztlich auch die Faschisten selbst auf uns aufmerksam gemacht haben. Obwohl diese Reaktion durchaus verständlich ist, war unsere Hauptabsicht eigentlich, die Front gegen den Faschismus zu stärken. Dies ist uns in der Anfangsphase leider kaum gelungen. Böse Zungen mögen behaupten, wir hätte die Faschisten erst aus der Defensive gelockt. Wir glauben jedoch, eine real bestehende Gefahr klarer herausgestellt zu haben.

Daher hoffen wir zumindest jetzt auf ein Mehr an Solidarität und Bereitschaft zur gemeinsamen Aktivität mit dem klaren Ziel:

Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!

St.-Vinzenz-Hospital:

Lernmittelfreiheit durchgesetzt!

Volkskorrespondenz aus Köln

So, das wäre geschafft; das hat ganz schön Mühe gekostet!!! Vor einem halben Jahr überlegten wir — einige in der ÖTV organisierte Azubis der Krankenpflege — wie wir die Lernmittelfreiheit in dem katholischen St.-Vinzenz-Hospital verwirklichen könnten. Die Rechtslage sieht so aus: In mehreren Gerichtsurteilen ist bestätigt worden, daß auch in der Krankenpflege das Berufsbildungsgesetz (BBiG) zu gelten hat. Das heißt: der Arbeitgeber muß die erforderlichen Ausbildungsmittel stellen.

Also los geht's. Zuerst wurde erstmal ein Flugblatt erstellt, um alle zu informieren.

Den Druck und die presserechtliche Verantwortlichkeit übernahm die ÖTV. Dann wollten wir die Mitarbeitervertretung (MAV) — das kirchliche Modell des Personalrates — einschalten. Skeptische Stimmen wurden laut: Da sitzen doch fast nur arbeitgeberfreundliche Typen drin; das landet doch im Papierkorb! Aber: Wenn viele Azubis das unterstützen, dann können sie sich das nicht mehr leisten. Also verfaßten wir einen Brief, in dem wir die MAV aufforderten, uns zu unterstützen und darüber zu verhandeln.

Das Unterschriftensammeln war gar nicht so einfach. Die einen hatten Angst, die anderen wollten ihre Bücher alle behalten, wieder andere hatten Mitleid mit dem armen Krankenhaus, weil das doch in die Tausende gehen würde. In der Diskussion konnten dann doch noch viele überzeugt werden. 38 von 60 Azubis machten mit.

Dann der erste Erfolg: Die MAV unterstützt uns!!!

Der zweite Erfolg: Nach rechtlichen Überprüfungen in der Angelegenheit — monatelang — werden dem kommenden Unterkurs die Schulbücher sofort gestellt!

Und wir?? Kriegen die jetzigen Azubis kein Geld zurück? Können wir unsere Bücher nicht zurückgeben?

In einem Gespräch mit der Oberin ließen wir durchblicken, daß wir weiter darauf beharren und auch „bei Bedarf" klagen würden. Darauf der dritte Erfolg: Alle Schüler können ihre gebrauchten Bücher zurückgeben, und bekommen den vollen Preis ausbezahlt.

Also ein Erfolg auf der ganzen Linie, an den wir anfangs selbst nicht geglaubt haben, da katholische Krankenhäuser sich bekanntlich sehr schwer tun, wenn es sich um Verbesserungen für ihre Beschäftigten handelt.

Vielleicht ist das St.-Vinzenz-Hospital das erste kirchliche Krankenhaus, welches die Lernmittelfreiheit gewährt, aber hoffentlich nicht das letzte!

Nazi-Anschläge in Witten

Faschistischer Terror gegen Ausländer

WITTEN (Volkskorrespondenz). — Einen regelrechten Terrorfeldzug gegen ausländische Mitbürger in unserer Stadt führten faschistische Elemente in der Nacht auf den 27. Februar in Witten durch. Die Bilanz: Bei drei türkischen Geschäften wurden die Scheiben zertrümmert; in einem weiteren Lebensmittelgeschäft wurde die Scheibe zerschossen; auch in den türkischen Arbeiterverein wurde hineingeschossen; bei zwei Wohnhäusern, in denen vorwiegend Türken leben, wurden die Scheiben eingeworfen; ein türkischer Arbeiter wurde auf der Straße von dem Terror-Trupp überfallen — in letzter Minute konnte er sich in ein nahegelegenes Asylantenheim retten, vor dem Heim beschädigten die Nazis Autos, die Aufkleber „Gegen Ausländerfeindlichkeit" trugen.



Von Faschisten eingeworfene Fensterscheibe.

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit
13. März in Witten
Abmarsch um 11 Uhr vom Rathausmarkt

Am Nachmittag vor diesen Ereignissen war — ganz offensichtlich von den gleichen Tätern — schon das Schaufenster eines SPD-Stadtteilbüros zertrümmert worden. Aber nicht einmal diese letzte Tatsache bewegte den Stadtrat zu irgendwelchen öffentlichen Reaktionen. Da wird tagtäglich vor der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit „gewarnt". Und wenn ein derartiger Terrorakt verübt wird (bei dem ja nur durch glückliche Zufälle Menschen nicht zu Schaden kamen), dann halten es die Stadtbosse nicht einmal für notwendig, den ausländischen Mitbürgern ihre Solidarität auszusprechen, ganz zu schweigen von den notwendigen öffentlichen Protestaktionen.

Für die Haltung dieser Leute ist der folgende Vorfall bezeichnend: Am vergangenen Mittwoch rückte ein Fernsehteam des WDR im Wittener Rathaus an, um einen Film über die Vorgänge für das Regionalprogramm zu machen. Die Journalisten baten Oberbürgermeister Lohmann, ihnen Kontakt zum Arbeiterverein und zu den anderen Geschädigten zu vermitteln. Herr Lohmann mußte passen. Selbst fünf Tage nach den Anschlägen hatte er die entsprechenden Adressen nicht parat. Nur gut, daß er gerade ein *Volksfront*-Flugblatt zu den Terroranschlägen auf dem Schreibtisch hatte. So konnten dann die WDR-Leute die notwendigen Kontakte über die *Volksfront*-Ortsgruppe herstellen. Aber natürlich vergaß es der OB nicht, sich für den (insgesamt sehr guten) Fernsehfilm interviewen zu lassen, wobei er dann in übelster Weise vom Terror von rechts **und links** faselte.

Für den vergangenen Mittwoch hatten *Volksfront* und Arbeiterverein zu einer Versammlung in den Räumen des Vereins eingeladen, bei der über Aktionen beraten werden sollte. Etwa 50 Leute waren gekommen; besonders erfreulich dabei war die Tatsache, daß die meisten der Anwesenden Deutsche waren. Bei allen war die Bereitschaft vorhanden, gegen solche Terrorakte und die Ausländerfeindlichkeit überhaupt aktiv zu werden. Es wurde darüber diskutiert, mit welchen Mitteln man an die Öffentlichkeit treten und beispielsweise in den Betrieben oder auch an Schulen konkrete Aufklärungsarbeit machen könnte.

An konkreten Aktionen wurde verabredet, ein Flugblatt zu erstellen, das überall in der Stadt verteilt und gesteckt werden soll, sowie am nächsten Samstag eine Demonstration zu organisieren. Darüber hinaus wurde die Bildung eines Arbeitskreises vereinbart, der langfristig den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit aufnehmen soll.

Widerstand gegen Arbeitsdienst



Zum Straßenkehren gezwungene Asylanten in Westberlin.

Trotz verschärfter Drohungen haben nur 99 der 200 zwangsverpflichteten Asylbewerber der Anordnung des Westberliner Senats Folge geleistet, am 1. März für das lächerliche Entgelt von 1,25 Mark pro Stunde vier Stunden am Tag Straßenreinigungsarbeiten auszuführen. Den anderen soll, so ließ die Sozialverwaltung verlauten, das monatliche Taschengeld von 50 Mark gestrichen werden. Weitere Maßnahmen, die bis hin zum Entzug der gesamten Sozialhilfe und damit der Existenzgrundlage der betroffenen Menschen gehen sollen, behalte man sich vor.

Die Proteste gegen diese Politik, die die Asylbewerber, denen jede Arbeit zu einem gerechten Lohn für zwei Jahre verboten ist, als billige Arbeitssklaven zu mißbrauchen sucht, mehren sich. Auch in Gewerkschaftskreisen, wo sich sogar der DGB-Vorstand, der in Westberlin bekanntermaßen nicht gerade fortschrittlich ist, dazu veranlaßt sah, gegen den Zwangsarbeitsdienst „erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken vor dem geschichtlichen Hintergrund der Zeit zwischen 1933 und 1945" anzumelden.

Wuppertaler gegen Ausländerfeindlichkeit



Demonstration gegen Ausländerhetze in Wuppertal

WUPPERTAL. — Zu einer Demonstration „Gegen Ausländererlaß und Ausländerhaß" fanden sich am 6. März in Wuppertal etwa 1500 Menschen zusammen.

„In den meisten Wuppertaler Discotheken ist der Eintritt für Ausländer verboten. Bürgerinitiativen gegen Ausländer breiten sich aus. In Rheinland-Pfalz wird ein Volksbegehren angestrebt. Getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder werden diskutiert. In Bielefeld werden drei Türken von ca. 25 Jugendlichen in einer Kneipe verprügelt.

Solche Ereignisse kennzeichnen die Situation der Ausländer in letzter Zeit. In diesem Klima von Diffamierung und Ausländerhaß wirkt der Kabinettsbeschluß der sozialliberalen Koalition wie eine offizielle Legitimation, ja er forciert diese Tendenzen noch."

So beginnt ein Flugblatt, mit der zur Demonstration am 6. März aufgerufen wurde. 1500 Demonstranten forderten bei der vielbeachteten Aktion die Rücknahme des Ausländererlasses und wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Ausländerhaß.

Ob Industrie, ob Bundeswehr — Wir sind nicht das Reserveheer! Aktionen zum Internationalen Frauentag



Bereits am 6. März fand in Köln eine Demonstration aus Anlaß des Internationalen Frauentages statt. Etwa 1500 Menschen, davon an die 1300 Frauen, beteiligten sich an der vom DGB organisierten Demonstration. Selbstverständlich mischte bei dieser gewerkschaftlichen Aktion auch die RGO mit. Genossinnen und Genossen der KPD waren aktiv dabei.



Ein anderes Bild von der Kölner Demonstration. Der Kampf gegen Aufrüstung und Sozialabbau steht auch bei den Aktionen der Frauen im Mittelpunkt.



Frauen in Uniform — Zukunftsvision der Militaristen — das darf nicht Wirklichkeit werden!



In Düsseldorf demonstrierten etwa 3000 Menschen am 6. März

Veranstaltung der KPD — Landesverband Schleswig-Holstein

Der Kampf der werktätigen Frauen

Achtung — Terminänderung!
Freitag, 12. März 1982, 19.30 Uhr in Kiel
Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Str. 309

Es spricht Genossin Karin Wagner vom Zentralkomitee der KPD



Arbeitslose in den USA: das Millionenheer wächst ständig

Von deutschen Unternehmern lebhaft begrüßt

Lohnverzicht der amerikanischen Autoarbeiter

Ein Drittel verlor bereits seinen Arbeitsplatz

DETROIT. — Die Autostädte Amerikas standen in der letzten Woche im Zentrum der Aufmerksamkeit und der Propaganda der westdeutschen Unternehmer. Denn dort war etwas passiert, was sie ihren deutschen Arbeitern schon länger aufzwingen möchten — Lohnverzicht wurde geleistet. Wie kam es dazu und was wird nun passieren?

Der Tarifvertrag, den die United Auto Workers Union (UAW), die Vereinigte Automobilarbeitergewerkschaft, mit der Ford Motor Company geschlossen hat, wird von den amerikanischen Kapitalisten als Signal einer völligen tarifpolitischen Wende angesehen. Wegfallen sollen nach diesem Abkommen der bisher zweimal im Jahr durchgeführte automatische Inflationsausgleich sowie die Zulagen für Sonntagsarbeit, gestrichen werden auch neun Tage vom Jahresurlaub. Auch die Gewerkschaft der Fernfahrer, deren Beruf in den USA von besonderer Wichtigkeit ist, wegen der langen Entfernungen und dem vorsintflutlichen Eisenbahnnetz, hat auf eine der beiden bisherigen Lohnangleichungen im Jahr verzichtet.

Die Tatsache, daß 73 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder bei Ford diesen Verzichtstarif annahmen, hat tatsächlich eine Signalwirkung ausgeübt. Sofort nach Bekanntwerden dieses Abkommens stieß auch der Branchenriese General Motors nach. Falls man nicht zu einem ähnlichen Abkommen gelangen würde, so schreibt Manager Smith, müsse man weitere sieben Zweigwerke schließen und damit 12 000 Arbeitsplätze vernichten. Zwei Faktoren haben vor allem dazu geführt, daß die amerikanischen Automobilarbeiter diesen Einbruch hinnehmen mußten, diesen Generalangriff auf ihren Lebensstandard annahmen.

Zum einen saß ihnen natürlich die Angst vor der Arbeitslosigkeit im Nacken. So sind seit 1978 600 000 der damals 1,9 Millionen Autoarbeiter entlassen worden — ein Viertel von ihnen von General Motors. Und jeder neunte angestellte Fernfahrer wurde in dieser Zeit ebenfalls arbeitslos. Diese dramatische Entwicklung wurde von der Unternehmerpropaganda so radikal ausgenutzt wie noch nie. Überall wurde die Parole verbreitet: „Entweder Verzicht oder Entlassung". General Motors annoncierte während der Ford-Verhandlungen, im Falle einer Weigerung der Gewerkschaften müßten 50 000 Arbeiter entlassen werden.

Parallel dazu wurde auch von zahllosen sogenannten neutralen Gremien diese Propaganda unterstützt. Das wirtschaftliche Institut der Universität von Michigan, seit langem auf die Automobilindustrie spezialisiert — und von dieser auch finanziert — forderte eine Senkung der Lohnkosten um 30 Prozent, dann könnte man wieder mit Japan konkurrieren, dann wären die Arbeitsplätze wieder sicher.

Diese Propaganda wirkte um so mehr, als die Gewerkschaftsführer der USA, mehr noch als in der Bundesrepublik, eine Politik der gewerkschaftlich-unternehmerischen Sozialpartnerschaft zur Religion erhoben haben, daß in diesem Geiste die amerikanischen Arbeiter — außer in bestimmten durch spezielle Probleme geprägten Gebieten — noch intensiver bearbeitet werden als ihre westdeutschen Kollegen. So war es auch von vornherein klar, und die Gewerkschaftsführer betonten dies auch, daß es einen solchen Verzicht geben werde. Dabei legte die Gewerkschaftsführung natürlich die Betonung darauf, was sie als Ausgleich fordern wolle — nämlich die Arbeitsplatzgarantie für zwei Jahre für alle und für dauernd für alle über 15 Jahre Beschäftigten. Dies sind für einen sehr kleinen Teil der Belegschaften gewisse Sicherheiten, für die sie bereit waren, einer faktischen Lohnsenkung zuzustimmen.

Da die automatische Lohnangleichung an die Teuerung in fast allen amerikanischen Industriezweigen die Regel ist, wird jetzt von den Unternehmerverbänden massiv die Forderung nach einer generellen Beseitigung dieser Art der Lohnfindung gefordert, da dies angeblich der Hauptgrund dafür sei, daß es der amerikanischen Automobilindustrie so schlecht gehe.

Tatsache ist aber, daß die Großbanken und die superreichen Finanzclans, die hinter den amerikanischen Monopolen stehen, in den letzten Jahren einen Rekordprofit an den anderen gereiht haben, daß sie Milliarden Dollar auch an den Autofirmen verdient haben, auch wenn diese rote Zahlen geschrieben haben.

Sie sehen jetzt die Chance, noch größere Profite auch mit ihrem — in den letzten Jahren kaum noch erhöhten — in der Autoindustrie angelegten Kapital zu machen und gleichzeitig über die Verteuerung der Waren mehr aus den Arbeitern herauszupressen. Daß sie bei diesem Vorgehen, wie bei all ihren Vorhaben,die entschlossene Unterstützung der amerikanischen Bundesregierung haben, darf man voraussetzen.

Der 5. Kongreß der UDP in Portugal

„Die UDP ist der wichtigste revolutionäre Sammelpunkt"

Mit diesem Satz faßte der Bericht des Nationalrats der UDP an den 5. Kongreß der Organisation die Bedeutung des Kampfes der UDP zusammen. Der Kongreß der UDP stand im Zeichen einer gründlichen Debatte über die Entwicklung seit dem letzten Kongreß und die Erfüllung der Aufgaben, die dort gestellt wurden.

Im Vorfeld dieses Kongresses hatte es Auseinandersetzungen darüber gegeben, ob die UDP ihr Programm und ihre Taktik ändern müsse. Rückschläge bei den letzten Wahlen hatten einige Funktionäre und Mitglieder dazu gebracht, ein Heranrücken an die revisionistische und an die sozialistische Partei zu fordern. Dies wurde entschieden abgelehnt und unterstrichen, daß die UDP der Sammelpunkt aller revolutionären Kräfte ist.

Für die Rückschläge in der Arbeit wurden verschiedene Ursachen genannt wie beispielsweise die nicht ausreichenden Bemühungen darum, die UDP in den Betrieben zu organisieren und — auf politischem Gebiet — die mangelhafte Auseinandersetzung mit reformistischen Bestrebungen und Vorstellungen innerhalb der Organisation.

Dabei hat sich aber trotzdem die grundlegende Politik der UDP, die die Hauptkraft der Opposition gegen alle reaktionären Pläne der Bourgeoisie in der breiten Arbeiter- und Volksbewegung sieht, bestätigt. Und gerade angesichts des Generalstreiks vom 12. Februar konnte die UDP mit ihren zehn Punkten zur Kampfeinheit des Volkes beträchtliches Ansehen hinzugewinnen.

Neben dem Rechenschaftsbericht und der Wahl eines neuen Nationalrats stand vor allem die Verabschiedung einer politischen Resolution im Zentrum der Arbeiten des Kongresses. In dieser Erklärung wird vor allem darauf hingewiesen, daß die Stellung der reaktionären AD-Block-Regierung ständig schwächer wird und daß die Reaktion bereits intensiv nach neuen Möglichkeiten zur Fortsetzung ihres Kurses sucht.

Die breite Volksbewegung und insbesondere der Generalstreik vom Februar haben diese Regierung bis ins Mark erschüttert. Die Schwäche dieses immer breiteren Kampfes, so unterstrich der Kongreß, ist der übermächtige reformistische und revisionistische Einfluß innerhalb dieser Bewegung. Gerade hier soll das 10-Punkte-Programm der UDP (über das wir in einer kommenden Ausgabe näher berichten werden) die Möglichkeit der Kampfeinheit von der Basis her schaffen. Ansätze dazu wurden bereits gemacht.

Durch die selbstkritische Betrachtung der bisherigen Arbeit, die organisatorischen Verbesserungen und die klare politische Ausrichtung hat dieser Kongreß die Grundlage für einen neuen Aufschwung des Kampfes und der UDP geschaffen.

Diesen Eindruck nahmen auch die zahlreichen in- und ausländischen Gäste des Kongresses mit. Aus Portugal selbst waren Organisationen und Gremien verschiedener Parteien anwesend, revolutionäre Soldaten aus zahlreichen Regionen, fortschrittliche Künstler und Journalisten.

Anwesend waren auch Delegationen der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Cabo Verde, der Befreiungsfront von Osttimor, Fretilin, der Republikanischen Konvention aus Spanien und der *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, die von ihrem Vorsitzenden Harry Dubinski vertreten wurde.

Vorsitzender der sowjetischen Gewerkschaften abgelöst

MOSKAU. — Zehn Tage vor dem Kongreß der Gewerkschaften der UdSSR ist der bisherige Vorsitzende des Zentralrats, Schibajew, auf einer Plenarsitzung des Zentralrats abgelöst worden. Dieser Vorgang, der so kurz vor dem Unionskongreß demonstrativ wirken sollte, wurde in der Westpresse zu einer wahren Sensation aufgebauscht. Alle möglichen Gerüchte werden ausgestreut, für die es keine Beweise gibt.

Tatsache ist, daß bereits auf dem 26. Parteitag der revisionistischen KPdSU Leonid Breschnew die Arbeit der sowjetischen Gewerkschaften heftig kritisiert hatte. Die Ereignisse in Polen im Zusammenhang mit immer wiederkehrenden Meldungen über Unzufriedenheit in sowjetischen Betrieben sind der Grund dafür, daß man versucht, Bonbons auszuteilen.

Schibajew, der auf dem 22. Parteitag der KPdSU ins Zentralkomitee der Chruschtschowianer gewählt wurde, hat hier offensichtlich seine Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Bild der Gewerkschaften in der UdSSR in den Augen der ausgebeuteten sowjetischen Arbeiterklasse besser werden solle, nicht erfüllt. Deshalb jetzt diese Absetzung, mit der den anderen Bonzen signalisiert werden soll, daß die führende Schicht der neuen herrschenden Kapitalistenklasse auch sie für austauschbar hält.

In diesem Zusammenhang erst kommt diese plötzliche Absetzung im Zentralrat der Gewerkschaften in Berührung mit zwei anderen Absetzungen im Bereich des Innenministeriums in den letzten Tagen, wo es um Korruption in Fragen der Auslandsreisen und -genehmigungen ging. Das Westgeld der neuen Reichen ist in den Augen vieler Werktätiger eben nicht nur in Polen, sondern auch in der UdSSR ein Zeichen für deren Zugehörigkeit zu einer anderen Klasse. So werden jetzt einige besonders unbeliebte oder in Verruf gekommene Personen ausgewechselt, um eine Kritik am System zu verhindern, aus Angst vor polnischen Zuständen.

Die Ersetzung Schibajews durch den erst auf dem letzten Parteitag zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählten Schlajew jedenfalls signalisiert etwas ganz anderes als die Westpresse spekuliert: vorbeugende Maßnahmen gegen eine wachsende Unzufriedenheit nämlich, nichts anderes.

Bemerkenswert

Mister Watt kriegt Feuer

James Watt, seines Zeichens Innenminister der USA in Reagans Kabinett, kriegt Feuer im Kongreß. Unter dem Kennzeichen „eine klare Politik" war er angetreten, um endlich Naturschutzparks zur Erforschung durch die Ölmonopole freizugeben, Umweltschutzbestimmungen zu beseitigen, damit die armen amerikanischen Milliardäre ein paar Dollars mehr machen und so weiter. Die reaktionärsten republikanischen Parteikreise nennen ihn deshalb den „ehrlichen Watt" — weil er ganz offen für die Multis plädiert.

Dieses Image ist jetzt etwas angekratzt worden. Zum einen wurde bekannt, daß er bei verschiedenen Maßnahmen es nicht für nötig hielt, den Kongreß über seine Absprachen mit den Managern der Multis zu unterrichten, geschweige denn, etwa nötige Genehmigungen zu fordern.

Und als man dann erst einmal anfing, sich den ehrlichen Watt genauer zu betrachten, kamen noch ein paar andere Dinge ans Tageslicht. So zum Beispiel, daß er sich eine kleine Party für rund 21 000 Mark mal eben aus den Steuergeldern bezahlen ließ und ähnliche kleine saubere Geschäfte. Zwei Ausschüsse beschäftigten sich jetzt mit ihm und seinen ehrlichen Praktiken.

Reagans politische „Freunde"

Amerika: Kirche gegen Kapital?

Kirchenführer, die in der letzten Woche schon gegen die Mittelamerikapolitik der Regierung Reagan protestiert hatten und insbesondere gegen einen Einmarsch in El Salvador Stellung nahmen, haben jetzt auch die Bank of America angegriffen. Sie kennen die Geschäfte dieser Großbank, denn ihre Kirchen sind selbst Aktionäre...

Die Bank of America, so ihr Vorwurf, halte das Terrorregime in Guatemala aus. Die 20 000 Todesopfer der mörderischen Junta des Generals Garcia seit dessen Regierungsübernahme im Juli 1978 gehen auch auf das Konto dieser noblen Bank, in der das kalifornische Finanzkapital, der Heimat Reagans, konzentriert sitzt.

Mißmut aufgekommen war durch eine öffentliche Erklärung des Chefs der Niederlassungen der Bank in Guatemala, der die offizielle Ausrufung des Ausnahmezustandes verlangte. „Dann kann man Leute verhaften und vor ein Militärgericht stellen", so der Bankmann wörtlich.

Und das eben ging den kirchlichen Aktionären zu weit, die unterstrichen, daß Guatemala eh schon zu jenen Ländern der Welt gehört, wo die Regierung am meisten mordet und morden läßt. Gewerkschafter, Zeitungsleute und Politiker von Oppositionsparteien werden in Guatemala nicht alt.



Massaker in Guatemala — bezahlt von US-Banken

Bei einer ersten Überprüfung der Bankgeschäfte trat nun die überraschende Tatsache ans Tageslicht, daß der Chef der Junta, General Garcia, als er noch Minister für die Armee war, einen persönlichen Kredit von 750 000 Dollar erhielt und bisher jedenfalls keinen Cent zurückzahlte. So kam denn die Vermutung auf, daß dies das Blutgeld dafür sei, daß er die amerikanischen Multis im Lande vor den Gewerkschaften schützt...

Der Prozeß gegen die spanischen Putschisten

Die Selbstdarstellung der Ehrenmänner

Lauter Ehrenmänner sitzen auf der Anklagebank. Keiner hat etwas Böses gewollt und niemand, vor allem kein Zeuge, traut ihnen etwas Schlechtes, nicht einmal eine Lüge zu. Um wen es sich bei dieser tollen Gesellschaft handelt? Um die Putschisten vom 23. Februar 1981, die der spanischen Demokratie, so beschränkt sie sein mag, ein Ende bereiten wollten: Die Generale del Bosch und Armada und der bekannte Senor Tejero.

Seitdem dieser Prozeß begonnen hat, erweist er sich immer mehr als eine völlige Farce. Dabei sind die ausführlichen Selbstdarstellungen der Angeklagten (bis auf einen Zivilisten lauter hohe und höchste Offiziere) nur der sichtbarste und widerlichste Teil des Spektakels. Del Bosch beispielsweise, alter Franco-Kumpan, im zweiten Weltkrieg Mitglied der blauen Division der Nazi-Wehrmacht, die aus freiwilligen Spaniern bestand. Versehen mit 35 Orden, deren Geschichte — einzeln — während der Verhandlung verlesen wird. Der Mann, der mit Panzern, die er kommandierte, jeglichen Widerstand des Volkes im Blut ersticken wollte, wenn die Putschisten erfolgreich gewesen wären.

Ähnliche stolze Lebensläufe haben alle der Älteren unter den Angeklagten: Krieg gegen die spanische Republik, Kriegsteilnahme bei den Nazis und jahrzehntelang im Generalstab.

Und wer ihnen jetzt ihren edlen Charakter bescheinigt, das sind ihre „Kollegen", die anderen, nichtangeklagten Mitglieder des Generalstabs. Franco-Generale singen Franco-Generalen ein Ehrenlied — das ist die bisher auffälligste Erscheinung des Prozesses.

Aber es gibt noch viel mehr zu sagen zu diesem Prozeß als diese Dinge, über die sich selbst die bürgerliche Presse mokiert. Da wäre nicht nur die Frage zu stellen, warum eigentlich nur 32 Angeklagte, warum nur ein Zivilist, eine Randfigur der spanischen Faschisten?

Möglichst weitgehende Beschränkung auf die bereits Angeklagten, das ist das erste, was im Hintergrund dieses sogenannten Prozesses auffällt. Der König, von verschiedenen Angeklagten der Mitverschwörung beschuldigt, wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Völlig unmöglich ist die einhellige Reaktion der Presse und aller Medien, obwohl beispielsweise die „schöne Königin" Sophie in aller Öffentlichkeit massiv für die Schaffung einer Militärregierung eingetreten ist — und dies sicher nicht gegen den Willen des von Franco gekrönten Juan Carlos.

Weder die anderen Militärs werden also untersucht, noch das Königshaus. Und schon gar nicht die Zivilisten. Beispielsweise jene Freunde des gegenwärtigen Regierungschefs Calvo Sotelo, von denen bekannt ist, daß sie zugleich auch mit Herrn Blas Pinar, dem Chef der Faschistenpartei, befreundet sind und auch mit verschiedenen Mitgliedern des Generalstabs.

Alles dies wird unterlassen, um zu vermeiden, daß ein ganz anderes Bild ans Tageslicht kommt als das bisher allgemein verbreitete. Nicht eine Handvoll halbverrückter Abenteurer oder Ewiggestriger, sondern zumindest ein wichtiger Teil der herrschenden spanischen Oligarchie war an diesem Putsch, seinen Vorbereitungen, seiner Propagierung beteiligt. Und so ist es auch erklärlich, warum im Verlauf des letzten Jahres immer wieder Gerüchte über neue Putschversuche entstanden, mit großem Wahrscheinlichkeitsgehalt übrigens: denn die Kerntruppe derjenigen, die meinen, es gäbe zuviel demokratische Rechte für die Völker Spaniens, ist ja nach wie vor vorhanden.

Und diese Linie der Prozeßführung kommt nicht überraschend, außer den politischen Verhältnissen im allgemeinen hatten auch viele konkrete Tatsachen auf eine solche Vorgehensweise hingewiesen.

So konnte beispielsweise von einer Voruntersuchung überhaupt nicht die Rede sein — es wurden alle Aussagen protokolliert, ohne eine einzige zu überprüfen.

Ebenso wenig wurde auch nur versucht, eine Säuberung in der Armee durchzuführen, oder die Verbindung von Regierungskreisen mit den Putschisten zu überprüfen.

Nach dem Willen der spanischen Reaktion soll dieser Prozeß nicht nur schmerzlos über die Bühne gehen, sondern auch offensichtlich möglichst ohne Beeinträchtigung der militärischen Führung — eine Änderung erzwingen kann hier nur eine demokratische Massenbewegung, denn die Opposition im Parlament, auch die Sozialistische und die Eurokommunistische Partei, spielt dieses Spiel mit.



Streikende Stahlarbeiter in Lüttich, dem Zentrum des Kampfes

Sozialversicherungssystem soll massiv beschnitten werden

Generalstreik auch in den Niederlanden?

Aufrufe zum 12. März

Auch in den Niederlanden versuchen die Kapitalisten die Wirtschaftskrise, die alle Staaten der Europäischen Gemeinschaft erfaßt hat, auf die arbeitenden Menschen des Landes abzuwälzen. Nachdem in Belgien und Portugal die reaktionäre Regierungspolitik bereits Generalstreiks provozierte, scheint nun auch in den Niederlanden eine ähnliche Situation zu entstehen.

Zahlreiche Gewerkschaften verschiedenster Branchen haben für den 12. März zu demonstrativen Streiks aufgerufen, mit denen gegen den auch hier betriebenen allseitigen Sozialabbau protestiert werden soll.

Im Zentrum steht dabei der Widerstand gegen die Aushöhlung des gesamten Systems der Sozialversicherung. Als erstes soll dabei die auch hier erkämpfte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestrichen werden.

Wie auch in der Bundesrepublik ist diese soziale Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung den Unternehmern ein Dorn im Auge. Ohne eine solche Absicherung kann man selbstverständlich viel eher kranke Arbeiter zum arbeiten bringen. Deshalb heißt jetzt die Regierungsplanung: Verringerung der Lohnfortzahlung von 100 auf nur noch 80 Prozent. Es ist klar, daß ein Lohnausfall von einem Fünftel viele Arbeiter dazu zwingen würde, trotz Krankheit zu arbeiten.

Dagegen richten sich nun die Streikaktionen des sozialdemokratischen FNV-Gewerkschaftsbundes, die zunächst noch den Charakter von Warnstreiks haben, aber eben am 12. März zahlreich zusammenlaufen. Da auch der christliche Gewerkschaftsbund CNV aufgrund des Unmuts seiner Mitglieder seine Bereitschaft zur Verteidigung der Lohnfortzahlung ausdrückte, stehen die Zeichen auch in den Niederlanden in Richtung auf einen allgemeinen Streik der Arbeiterklasse gegen die Regierungspolitik.

Von verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien und Organisationen wurde denn auch bereits ausdrücklich die Forderung nach einem echten Generalstreik erhoben.

Allgemeiner Streik in den belgischen Stahlrevieren

100 Prozent Beteiligung in Lüttich

Bereits in den beiden Wochen nach dem belgischen Generalstreik hat es weitere Kampfaktionen vor allem der Stahlarbeiter gegeben. In der ersten März-Woche sind nun in den beiden Stahlzentren Lüttich und Charleroi erneute allgemeine Streikaufrufe ergangen, die diesmal noch stärker befolgt wurden: in Lüttich nahezu ausnahmslos in allen Bereichen, selbst in der Verwaltung und im Einzelhandel.

Dabei ist vor allem zu vermerken, daß immer mehr auch der katholische Gewerkschaftsbund, der sich geweigert hatte, am Generalstreik teilzunehmen, sich an diesem Kampf beteiligt. Offensichtlich hat es seinen Funktionären zu denken gegeben, daß sich über ein Viertel der eigenen Mitgliedschaft am Generalstreik des sozialistischen Gewerkschaftsbundes beteiligte.

Der Grund, weshalb gerade in den Stahlrevieren so heftiger Widerstand geleistet wird, ist zum einen der, daß die Stahlarbeiter ohnehin von den regierungsamtlichen Dekreten zur Wirtschaftspolitik (die ja seit dem sogenannten Vollmachtengesetz keiner Zustimmung mehr bedürfen) am meisten betroffen sind: Eine Lohnkürzung von einem Sechstel war dabei für Zehntausende eingeplant.

Aber jetzt gibt es darüber hinausgehende Forderungen der Unternehmer, die den belgischen Stahlarbeitern noch mehr Lasten aufbürden wollen. Kaum war das brutale Regierungsprogramm verabschiedet, tat sich der EG-Kommissar Davignon, selbst in Belgien äußerst stark „stahlinteressiert", hervor und betonte — unter dem Jubel des Unternehmerverbandes —, daß dieser Plan der Regierung noch lange nicht ausreiche, um die belgische Stahlindustrie auch wirklich zu sanieren. Dafür müßten noch weitere Lohnkürzungen begleitet werden von einer massiven Erhöhung der Arbeitsleistung jedes einzelnen Stahlarbeiters.

Diese Pläne bedeuten in ihrer Konsequenz das Ende des Stahlreviers in Lüttich. Deshalb schlossen sich dort alle Kräfte und Gruppen der Einwohner zum Kampf zusammen, denn auch andere Schichten der Gesellschaft, vor allem das lokale Kleinbürgertum, sind in ihrer Existenz bedroht.

Zum Streik in Lüttich wurde von allen gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam aufgerufen, öffentlich und offiziell. Dies stellt ohne Zweifel einen wichtigen Schritt in Richtung auf einen erfolgreichen Widerstandskampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Belgiens gegen die extrem reaktionäre Politik der konservativen Regierung dar.

Engere Zusammenarbeit zwischen Berlinguer und Ceaucescu angekündigt

Während in der gesamten Presse der scheinsozialistischen Staaten Osteuropas eine heftige Kampagne gegen die einstige „Bruderpartei", die KP Italiens, wegen deren Kritik am polnischen Kriegsrecht läuft, schert die rumänische Führung ein weiteres Mal aus der Moskauer Reihe.

Nach einem Gespräch zwischen dem rumänischen Außenminister und Politbüromitglied Stefan Andrej und dem Generalsekretär der KPI, Berlinguer, wurde öffentlich verlautbart, man werde in Zukunft eine engere Zusammenarbeit anstreben.

Einerseits ist dies ein Schritt, der die Herren in Moskau, Ostberlin und Prag aufregen wird, werden doch die italienischen „Ketzer" unterstützt von einem in der Moskauer Propaganda stets als sozialistisch bezeichneten Staat.

Andererseits und vor allem ist dies aber ein weiterer Beweis dafür, wie wenig es bei der ganzen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Revisionisten wirklich um tiefgreifende Unterschiede, um den Sozialismus gar, geht und wie sehr dabei der eigene Vorteil, das Taktieren und die — geldbringenden — Winkelzüge im Mittelpunkt stehen.

Also: Berlinguer verurteilt die Verhängung des Kriegsrechts in Polen, meint die UdSSR sei heute kein Vorbild für den Sozialismus mehr und preist stattdessen sein Bündnis mit der Reaktion, mit dem Vatikan und dem italienischen Imperialismus als wahren Weg zum Sozialismus an. Mit NATO und allem drum und dran. Darauf kommt dann, fast wörtlich von einem mittelalterlichen päpstlichen Bannfluch abgeschrieben, die Moskauer Antwort. Und flugs kommen die Rumänen daher und knüpfen engere Kontakte mit den italienischen Revisionisten. Nicht, weil sie gegen eine Diktatur über die Arbeiterklasse wären, die bei Ceaucescu wurden schon des öfteren streikende Arbeiter verfolgt. Aber als Signal, daß man wieder auf Distanz gehen will, daß man die kurzfristige wirtschaftliche Ostorientierung mangels Erfolg abbrechen will und zugleich ist.

Wobei sich Berlinguer als wichtiger Makler betätigt. Das ist der Hintergrund der plötzlichen italienisch-rumänischen Annäherung.

Türkische Junta stellt sich immer mehr bloß

Prozeßfarcen in allen Varianten

Was im heutigen türkischen Staat Recht ist, das bestimmt allein die Militärjunta des Generals Evren. Inzwischen gesteht man in Ankara öffentlich ein, daß es rund 50000 politische Gefangene (vor einiger Zeit noch sollte es laut Regierung nur ein Fünftel davon sein) und auch, daß es Folterungen — unbeabsichtigt natürlich — gibt. Aber nicht nur diese Tatsachen verschleißen das Ansehen der „Ordnungsjunta" immer mehr, sondern auch die zahlreichen Varianten von komödienhaften Scheinprozessen.

Während der Prozeß gegen die Faschisten des Alparslan Türkes kaum noch in der westeuropäischen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen wird, weil es einfach nichts Neues zur Kenntnis zu nehmen gibt, weil der Prozeß eigentlich gar nicht geführt wird, werden auf der anderen Seite gegen alle linken und revolutionären Kräfte — in den letzten Wochen verstärkt — Todesstrafen gleich im Dutzend beantragt.

Ein weiterer Höhepunkt dieser Entwicklung war vor anderthalb Wochen die Verhaftung des Vorsitzenden der Rechtsanwaltkammer Istanbul, des Anwalts Apaydin, der Hauptverteidiger der Angeklagten im Prozeß gegen die Funktionäre der DISK-Gewerkschafter ist. Die Begründung der Juntaorgane für diesen beispiellosen Akt war einfach: Apaydin sei Mitglied des Weltfriedensrates.

Die Verhaftung der Verteidigung in einem politischen Prozeß war von jeher Beweis für die Wichtigkeit, die die herrschende Klasse dem betreffenden Prozeß zubilligt. Man will unter allen Umständen, ohne viel Aufhebens die Gewerkschaftsfunktionäre als politische Verbrecher verurteilen und somit die Jagd auf alle Gewerkschafter eröffnen, als Signal für die angestrebte Endlösung der Gewerkschaftsfrage, nämlich deren Zerschlagung.

Daß in diesem Zusammenhang noch weitere dreieinhalb Dutzend prominente Intellektuelle verhaftet wurden, zeigt abermals, wie wild entschlossen die faschistischen Generale sind, in ihrem Sinne, und im Sinne der sie aushaltenden NATO-Staaten (vor allem der Bundesrepublik) aufzuräumen. Von „dem Terrorismus Einhalt gebieten" ist inzwischen nicht mehr die Rede — angesagt ist die brutale Niederschlagung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Bewegung sowie auch jeder Reformbestrebung.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Die kriminellen Praktiken der Neue-Heimat-Bosse

Kritischer Kollege sollte gefeuert werden

Wollte man Heinz Oskar Vetter und seinen Vorstandskollegen glauben, dann ist bei der Neuen Heimat die Welt jetzt wieder in Ordnung: Die fristlose Kündigung von Albert Vietor und einigen anderen NH-Bossen wird als Akt beispielloser Selbstreinigung hingestellt — der Saustall ist ausgemistet, und weitere personelle und sonstige Konsequenzen sind nicht mehr notwendig.

Daß eine solche Darstellung nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat, zeigen die aktuellen Geschehnisse im NH-Konzern selbst. Dort ist keineswegs der frische Wind einer neuen Zeit zu registrieren, und vom Ausmisten kann schon gar nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Ganze Abteilungen der NH sind nun schon seit Wochen damit beschäftigt, verfängliche Unterlagen auszusortieren und — wie es der Prokurist Jürgen Westphäling formulierte — „auf Eis zu legen". Eine Umschreibung für die Absicht, alles belastende Material aus dem Verkehr zu ziehen, bevor die angekündigte Untersuchung im Konzern beginnt.



DGB-Manager Vietor und Hesselbach

Und wer immer diesen Vertuschungsfeldzug stört und im Vertrauen auf Vetters starke Worte sich um eine „Reinigung" der Neuen Heimat bemüht, der muß mit drastischen Repressalien rechnen. Zwei Sachbearbeiter bei der Neuen Heimat Nord bekamen das jetzt am eigenen Leib zu spüren.

Es begann damit, daß Sachbearbeiter Helmut Hansen auf ein typisches Beispiel der im Konzern üblichen Vetternwirtschaft stieß. 1980 hatte das damalige NH-Vorstandsmitglied Rolf Dehnkampf von der Neuen Heimat eine Eigentumswohnung in Hamburg-Bergedorf bezogen — und er hatte sich bei dem Kauf einen Rabatt von 73000 Mark einstecken können. Hansen und sein Kollege Dieter Möller unterrichteten ihren Chef, den oben erwähnten Hauptabteilungsleiter Westphäling, über diesen Vorfall — um „Schaden von der Firma abzuwenden", wie sie sagten.

Westphäling jedoch sah den Schaden ganz woanders. Er befahl dem Sachbearbeiter Möller, sofort die Akte über den Dehnkamp-Rabatt auszulagern. Möller weigerte sich. Daraufhin setzte sich der Abteilungsleiter mit Kurt Jaenecke, dem Geschäftsführer der NH Nord in Verbindung. Und schon am nächsten Tag ließ er Möller und Hansen zu sich kommen, um ihnen zu eröffnen, sie würden den „Betriebsfrieden stören" und „Unruhe in den Betrieb bringen". Die Konsequenz: Er, Westphäling, werde für die fristlose Entlassung der beiden Sachbearbeiter sorgen.

Hansen und Möller informierten den Betriebsrat und ihre Gewerkschaft, die HBV, über diese Vorfälle. Bei den Beschäftigten der Neuen Heimat und bei anderen Gewerkschaftskollegen machte sich Empörung breit. Die Kündigungsdrohung mußte nun zwar zurückgenommen werden, Westphäling mußte sich bei seinen Sachbearbeitern entschuldigen — aber das war auch schon alles. Wenn der DGB-Vorstand ständig von einer Reinigung der NH spricht, so muß das doch zumindest bedeuten, daß Typen wie Jaenecke und Westphäling, die mit fristlosen Kündigungen gegen unliebsame Kollegen vorgehen, selbst vor die Tür gesetzt werden.

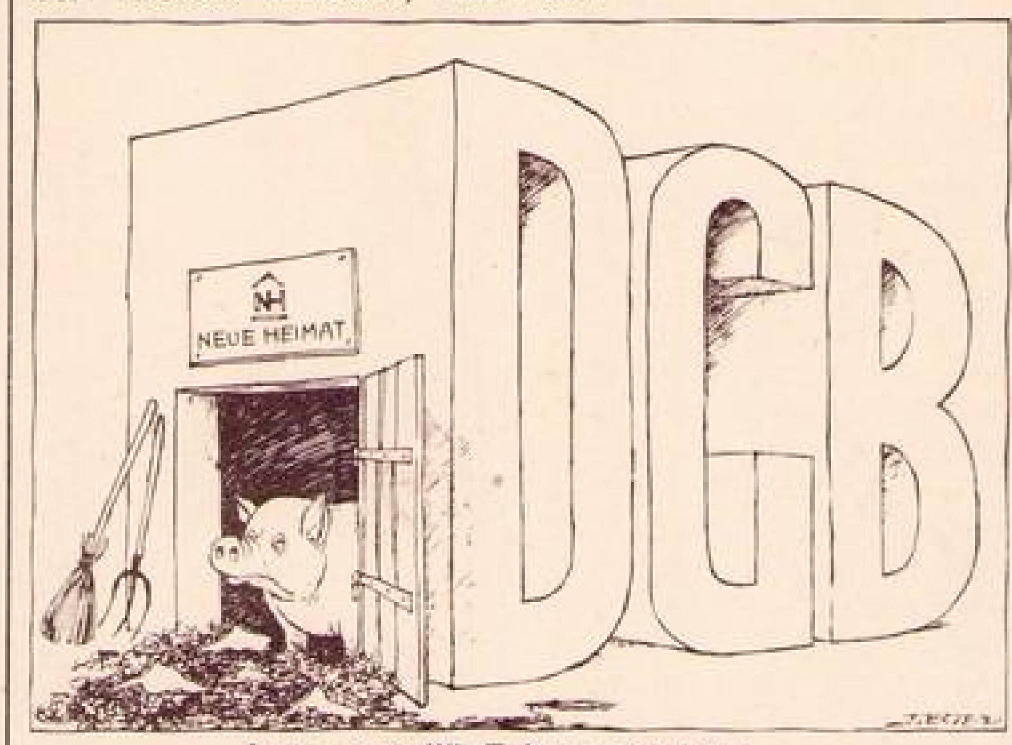
Aber nichts von alledem. Den großen und kleinen Bossen der Neuen Heimat wird vielmehr die Gelegenheit gegeben, weiter daran zu arbeiten, das ganze Ausmaß des Neue-Heimat-Skandals zu vertuschen. Und da gibt es wahrlich viel zu tun. Denn offenbar hat sich nahezu das gesamte obere und mittlere Management nach Kräften bereichert und sich im Laufe der Jahre über die Neue Heimat Haus- und Grundbesitz zugelegt. Ganze Straßenzüge in Hamburg, wie etwa der Lentersweg mit über zehn Mietshäusern, sind im Besitz der NH-Bosse. Welche Ausmaße das angenommen hat, kann man an der Tatsache ermessen, daß selbst Vietors frühere Chefsekretärin, Gertrud Kurth, sich sechs Häuser in Hamburg zulegen konnte.

Wobei es hier offenbar nur einen Grundsatz gab: Je höher die Stellung in der Betriebshirarchie, desto größer die Geschäfte. Und das galt nicht nur für die NH-Manager selbst, sondern auch für „Außenstehende" wie beispielsweise Walter Hesselbach, Boß der DGB-Holding „Betriebsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG". Von Hesselbach ist jetzt bekannt geworden, daß er in den 60er Jahren — damals war er noch Chef der DGB-Bank BfG — einen schwungvollen Handel mit Grundstücken betrieb, die er von der NH kaufte und unter anderem an Vietor-Strohmänner wie den Hamburger Bankier Wölbern mit sattem Gewinn weiterverkaufte.

In Hamburg legte sich auch Hesselbach einen beträchtlichen Hausbesitz zu. Und er verstand es genauso gut wie jeder andere kapitalistische Eigentümer, einen Teil der Baukosten für seine Häuser auf die künftigen Mieter abzuwälzen. Beispielsweise dadurch, daß sie ihm zinslose Kredite zur Verfügung stellen mußten, wenn sie einen Mietvertrag haben wollten.

Die Mieter bei der Neuen Heimat wurden nicht nur durch allerlei Tricks der NH-Bosse ausgenommen, sondern auch regelrecht betrogen. Das zeigt ein jetzt bekannt gewordener Fall. Es geht dabei um die von Vietor-Strohmann Eberhardt betriebene Union Baubedarf GmbH, über die wir im RM schon berichtet haben. Diese Union betrieb für einen großen Teil von NH-Wohnungen die Heizölversorgung. Ihr alleiniger Partner war dabei der Lieferant Haniel. Und so lief das betrügerische Dreiecksgeschäft zwischen NH, Union und Haniel ab:

Haniel lieferte an einen Wohnblock der Neuen Heimat Heizöl im Wert von beispielsweise 19000 Mark, stellte der NH jedoch eine getürkte Rechnung über 20000 Mark aus. Die Neue Heimat kassierte diesen überhöhten Betrag von ihren Mietern und überwies den vollen Betrag von 20000 Mark an die Union. Diese wiederum zahlte Haniel mit der „richtigen" Summe von 19000 Mark aus. Es blieben 1000 Mark hängen, die sich Neue Heimat und Union brüderlich teilten. Und dieses Beispiel bezieht sich ja nur auf einen einzigen Wohnblock. Insgesamt wurden mit diesen kriminellen Praktiken — wie der „Spiegel" letzte Woche schrieb — „alljährlich Millionenbeträge unrechtmäßig von den Sozialmietern eingetrieben."



Aus: „metall", Zeitung der IGM



Skandal in Hamburg

Polizei beschlagnahmt Säbel des Bundespräsidenten

Ärger mit der Polizei bekamen Karl Carstens und einige prominente Persönlichkeiten, die sich in seiner Begleitung befanden. Zu dem skandalösen Vorfall drucken wir im folgenden eine Presseerklärung ab, die uns von der Kunstgruppe Hamburg zugesandt wurde.

„Bundespräsident Dr. Karl Carstens, der sich in Begleitung von Kanzler Schmidt sowie des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Reagan, am Samstag, den 27.2. auf einem Bummel durch die Hamburger Innenstadt befand, stieß dort gegen 11.30 Uhr mit einer offenbar regierungsfeindlich gesonnenen Gruppe von Polizisten zusammen. POK H., der den Bundespräsidenten trotz Immunitätsschutz sofort festnehmen wollte, konnte im Verlauf längerer Dispute, während derer sich Tausende von Hamburgern am Ort des Geschehens zusammenrotteten, dazu bewegt werden, nur den Säbel des Präsidenten — ein altes Erbstück der Familie Carstens — zu beschlagnahmen. Seine Begründung: Der Bundespräsident habe sich des Führens einer Waffe in einer öffentlichen Versammlung schuldig gemacht (Vergehen gemäß Vers.G. §... Abs...).

Die Beteuerungen von seiten des US-Präsidenten, denen auch der deutsche Bundeskanzler vollinhaltlich beipflichtete — bei dem Säbel handele es sich nur um das notwendige Requisit einer Kunstfigur und sowieso sei das Ganze als künstlerische Theateraufführung zu bewerten, mochte sich POK H. nicht anschließen; er drohte vielmehr mit Strafanzeige und war auch erst durch nachhaltiges Insistieren der Regierungschefs dazu zu bewegen, eine Quittung für den Säbel auszustellen. Wie der Pressesprecher des Bundespräsidentialamtes später mitteilte, sieht Prof. Carstens einem eventuellen Prozeß mit Gelassenheit entgegen und wird sich zu gegebener Zeit in dieser Angelegenheit selbst äußern."

Soweit die Pressemitteilung. Völlig verdreht ist dieser empörende staatsfeindliche Akt der Hamburger Polizei in den örtlichen Zeitungen dargestellt worden. Wir zitieren aus des „Hamburger Morgenpost":

„„Ami go home', unter diesen Parolen demonstrierten am Sonnabend rund 800 Menschen in der City gegen das US-Engagement in dem mittelamerikanischen Staat El Salvador. Am Rathaus und am Jungfernstieg kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Knallkörper und Eier flogen, die Beamten stellten einen Degen sicher. Nach einer Abschlußkundgebung an der Moorweide löste sich die Demonstration auf."

„Ein Fall der V-Männer-Szene"

Metin Y., ein 30jähriger Türke, hatte Probleme. Wegen eines Rauschgiftvergehens aus der BRD ausgewiesen und illegal wieder zurückgekehrt, versuchte er, erneut hier Fuß zu fassen. Was tun in einem solch schwierigen Fall? Man wendet sich vertrauensvoll an die Polizei.

Genau das tat der türkische Dealer. Er klopfte beim Stuttgarter Landeskriminalamt (LKA) an, wo man ihn sofort mit offenen Armen empfing, ihm eine Aufenthaltserlaubnis in Aussicht stellte und ihn gleich als V-Mann unter Vertrag nahm. Metin Y. war dort übrigens kein Unbekannter. In gleicher Funktion hatte der Dealer schon früher für das BKA gearbeitet.

Mit einigen Proben Heroin ausgestattet wurde der Türke nach München geschickt, wo er sich auf dem örtlichen Drogenmarkt umtat. Ihm ging es im wesentlichen darum, für sich selbst einen guten Schnitt zu machen: Eine Probe anbieten, eine größere Lieferung versprechen, im voraus kassieren und dann untertauchen.

Kein übler Plan. Er hatte nur einen Haken — alle Dealer, mit denen Y. im Verlauf seiner Münchener Tätigkeit Kontakt aufnahm, waren ebenso V-Leute wie er. Die daraus resultierende Verwirrung wurde dem Türken schließlich zum Verhängnis. Er landete vor dem Landgericht München I. Und die Probleme hatten nun die Richter. Sie mußten feststellen, daß es sich hier „weniger um einen klassischen Rauschgiftfall, sondern mehr um einen Fall aus der sich in München in zunehmendem Maß breitmachenden V-Männer-Szene" handelte.

Metin Y. bekam mildernde Umstände, weil er ja schließlich im Auftrag eines LKA gehandelt hatte. Gegen seine Stuttgarter Auftraggeber dagegen wurde nicht einmal Anklage erhoben.



Sonntag, 14. März
17.45 Uhr, ARD
Flüchtling Strauss, Herbert. Dokumentation von Michael Blackwood über die Flucht eines Juden aus Hitler-Deutschland.

***

Sonntag, 14. März
20.15 Uhr, WDR III
Aus der Geschichte der Arbeit. Unter dem Titel „Auf unsern Knochen ist manch Haus gebaut" berichtet Hanno Brühl in der neuen Folge seine Serie über die Arbeitsbedingungen der Stahlkocher und Bergleute im Ruhrgebiet.

***

Sonntag, 14. März
21.10 Uhr, ARD
Stella. Weiter geht's im Goethe-Jahr: Das „Schauspiel für Liebende" von J.W. Goethe wird in einer Fernseh-Inszenierung von Franz Josef Wild gezeigt. Mit Dietlinde Turban, Judy Winter und Robert Atzorn.

***

Sonntag, 14. März
21.50 Uhr, HR III
Berüchtigt. Hitchcock-Film aus dem Jahr 1946 um eine Nazi-Verschwörung in einem lateinamerikanischen Land. In der jahrelang kursierenden deutschen Fassung waren aus den Faschisten Rauschgifthändler gemacht worden. Erst in den 70er Jahren kam dann die echte Version (die hoffentlich auch vom HR gesendet wird) auf den BRD-Kinomarkt. Mit Cary Grant, Ingrid Bergmann und Claude Rains.

***

Montag, 15. März
22.55 Uhr, ZDF
Die kostbare Stunde. Dem am Dienstag um 22.20 Uhr laufenden Spielfilm "Die Rückkehr nach Marseille" von René Allio wird dieser Dokumentarfilm Allios über Marseille und seine Bewohner vorangestellt.

***



Donnerstag, 18. März
22.05 Uhr, ZDF
Praktisch bildbar. Ein Film von Digne Meller Marcovicz in der Reihe „Das kleine Fernsehspiel". Am Fall des 12jährigen Türken Kemal werden die Probleme der Ausländerkinder in der BRD behandelt.

***

Freitag, 19. März
22.55 Uhr, WDR III
Unternehmen Kalavrita. Erhard Klöss und Eberhard Rondholz beschreiben eine „Vergeltungsaktion" der faschistischen Wehrmacht in Griechenland 1943.

P. P. Zahls Stück „Johann Georg Elser“

Vom Widerstand gegen Hitler

Johann Georg Elser ist einer der antifaschistischen Widerstandskämpfer aus dem Volk, über die die bürgerliche Geschichtsschreibung stets hinweggegangen ist. Joachim Fests umfangreiche Hitler-Biographie beispielsweise, die trotz ihres reaktionären Charakters immer noch als Standardwerk gehandelt wird, erwähnt ihn mit keiner Zeile. Dabei hätte Elsers Tat durchaus die deutsche Geschichte nachhaltig beeinflussen können.



Hansjürgen Gerth (Josef) und Martin Schwab (Elser) in der Bochumger Inszenierung

In mühseliger, über ein Jahr währender Kleinarbeit hatte der schwäbische Kunsttischler eine Bombe konstruiert und in einen Pfeiler des Münchener Bürgerbräuhaus eingebaut. Hier hielt Hitler am 8. November 1939 — wie in jedem Jahr — eine Gedenkrede an den mißglückten Nazi-Putsch von 1923. Auf präzis 21.10 hatte Elser den Zeitzünder seiner Bombe eingestellt. Um 21.07 Uhr aber verließ Hitler mit seinen engsten Paladinen vorzeitig die Veranstaltung. "Wichtige Staatsgeschäfte" hatten ihn unvorhergesehen nach Berlin zurückgerufen. Elsers Bombe tötete sechs bayrische Nazi-Funktionäre und eine Kellnerin.

Diesen Johann Georg Elser also hat Peter Paul Zahl zur Titelfigur seines ersten Theaterstücks gemacht. Sicher hat das Interesse Zahls an dieser Figur auch mit der persönlichen Biographie des Autors zu tun. Der nämlich, ein gelernter Drucker, sitzt seit 1972 im Knast. 1974 wurde er wegen „gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand“ gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Jahre später wurde nach einer Revision der Staatsanwaltschaft dieses Urteil wieder aufgehoben und in gleicher Sache ein neues, ein reines Gesinnungsurteil gesprochen: "Weil Zahl ein Gegner des Staates ist und zur allgemeinen Abschreckung" verhängte das Gericht nun eine Strafe von 15 Jahren.

Nun sollte man aber P.P. Zahl nicht unterstellen — wie teilweise geschehen —, er betreibe mit seinem ersten Theaterstück sozusagen eine Rehabilitation in eigener Sache. Denn ihm geht es zunächst einmal ganz konkret um die Figur des Johann Georg Elser, die er dem Vergessen entreißt. Sein Stück bleibt auch eng dem dokumentarischen Material verhaftet, das Zahl sich — etwa durch das Studium der Protokolle über die Vernehmungen des Attentäters — erarbeitet hat.

Dabei treibt er die Handlung seines Dramas auf drei Ebenen voran: Auf der ersten wird Elser selbst ins Bild gesetzt; wir sehen ihn im Kreis seiner Arbeitskollegen, seiner Familie und seiner Freunde, bei der Vorbereitung des Attentats und schließlich als „persönlichen Gefangenen des Führers“ im KZ Sachsenhausen (wo er 1945, kurz vor der Befreiung, ermordet wird). Auf der zweiten Ebene agieren die oppositionellen Offiziere der Reichswehr, die einen Putsch gegen Hitler vorbereiten und den Staatsstreich dann immer wieder verschieben. Die dritte Ebene schließlich bildet der „Führer“ selbst, der entweder irgendwelche Reden hält oder im Kreis seines Hofstaats die bekannten Monologe (alles Originalzitate Hitlers) vorträgt.

Alfred Kirchner, der die Bochumer Uraufführung des „Johann Georg Elser“ besorgte, inszenierte das auf einer einheitlichen Bühne: Im linken Teil und an der Rampe agieren die Personen aus dem Volk, im rechten Teil auf einer Treppe spielen die Hitler-Szenen und, in einer Art großem Kasten im Hintergrund der Bühne, konspiriren der Offiziere.

Das Bochumer Ensemble (allen voran der hervorragende Martin Schwab als Elser) hat mit dieser Inszenierung wieder einmal seine Qualität unter Beweis gestellt. Es ist ihm gelungen, in weiten Teilen über die grundlegenden Schwächen des Stücks hinwegzuspielen. Und die liegen im wesentlichen darin begründet, daß es Zahl nicht gelungen ist, seinen Stoff zu einem „deutschen Drama“ — so der Untertitel des Stücks — zu verdichten. Er entfaltet zwar eine Fülle von Material, aber das alles bleibt zu sehr im Dokumentarischen stecken. Das Ergebnis: Die Figuren aus dem Volk gewinnen kein wirkliches individuelles Profil, sie sind zu sehr auf bloße Sprachrohre bestimmter Positionen reduziert (Kommunist, Sozialdemokrat, enttäuschter Nazi-Wähler usw.); die drei oben skizzierten Ebenen des Stücks sind nicht zu einer echten Einheit verschmolzen, in der sich die Problematik des Widerstands abbilden würde.

Da ist beispielsweise der Kontrast zwischen Elser und den konspirierenden Offizieren. Hier der nicht organisierte, aber klassenbewußte Arbeiter, der zielstrebig und mit bewundernswerter Präzision sein Werk des Widerstands betreibt. Dort eine Gruppe von zaudernden, opportunistischen und immer wieder die letzte Konsequenz scheuenden Typen. In Kirchners Inszenierung wird dieser Haufen der Verachtung, ja der Lächerlichkeit preisgegeben. Eine solche scharfe Konfrontation zwischen der Tat eines Mannes aus dem Volk und der bürgerlichen Opposition (die ja in der Nachkriegszeit dann als die einzige Form des Widerstands hochgejubelt wurde) ist zunächst einmal notwendig und auch wohltuend.



Hitler-Attentäter Johann Georg Elser

Dadurch aber, daß der klassenmäßige Hintergrund nur ungenügend ausgeleuchtet ist, reduziert sich die Konfrontation auf den Widerspruch zwischen einem Aktivisten und einer Bande von Schwätzern. Schlimmer noch: Auch die Beziehungen von Elser zu seinen Kollegen und Freunden werden auf diesen Widerspruch heruntergebracht. Die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD erscheinen durch ihre „Sprachrohre“ auf der Bühne gleichermaßen als der realen Aktion unfähigen Apparate, die nur Parolen produzieren, das Handeln der Massen aber im Grunde lähmen.

In einem Dialog zwischen Georg Elser und dem Kommunisten Josef wird diese Sicht dann auch noch auf die Zeit vor 1933 ausgeweitet: Zahl läßt Georg seinen Austritt aus dem Rotfrontkämpferbund damit begründen, daß die KPD auch nur geschwätzt und in Ökonomismus gemacht hätte. Eine solche Darstellung verbiegt nicht nur geschichtliche Tatsachen; sie klammert auch die zentrale Problematik des antifaschistischen Widerstands (vor und nach '33) — wie etwa die der Einheitsfront — aus. Am Ende erscheint dann Johann Georg Elser tatsächlich als der große Einzelkämpfer, der sich ganz allein Hitler entgegenstellt, erscheint das heroische Attentat des von der organisierten Arbeiterklasse losgelösten Einzelnen als die einzig mögliche Form des Widerstands gegen die faschistische Diktatur.

Trotz dieser Mängel hat Zahls Stück in der Bochumer Inszenierung aber auch eine Reihe von Glanzpunkten. Das betrifft nicht nur das schon erwähnte Spiel von Martin Schwab, dem es gelingt, die Zahlsche Titelfigur mit wirklichem Leben zu erfüllen. Sehr gut gelungen ist auch die Darstellung des „Führers“ (gespielt von Ulrich Pleitgen). Kirchner hat sich hier genau an die Regieanweisung des Autors gehalten, der forderte: „Der Führer dieses Stückes ist ein smarter Staatsmann, der weiß, was er will — und wie er es durchsetzt.“

Keine Hitler-Maske also, keine dämonische Figur und auch nicht ein Clown in der Art von Chaplins großem Diktator. Pleitgens „Führer“ ist eine Gestalt, wie sie uns heute tagtäglich aus den Fernsehnachrichten entgegenflimmert. Er vermischt typische Hitler-Gesten (wenn er sich etwa beim Lachen die Hand vor die Augen hält) mit Gesten, wie man sie etwa von Helmut Schmidt kennt. Zahl verstärkt diese „Aktualisierung“ noch dadurch, daß er die Reden von Hitler-Pleitgen auf der Bühne und im Zuschauerraum durch Fernsehapparate übertragen läßt. Und an den im Original zitierte Äußerungen Hitlers gestattet er sich eine winzige Korrektur, indem er den „Führer“ statt von Rüstung von Nachrüstung reden läßt.

Das wirkt nun keinesfalls aufgesetzt. Es ist vielmehr so, daß Hitler gerade durch diesen Kunstgriff entmystifiziert wird: Der „Führer“ — aller Dämonie entkleidet — ist sichtbar gemacht als Repräsentant des kapitalistischen Staates. Daß der Faschismus und die „parlamentarische Demokratie“ die gleiche Klassengrundlage haben, ist damit natürlich nur angedeutet worden. Aber immerhin ist auch diese Andeutung geeignet, bei den Zuschauern Denkprozesse auszulösen und sie die Führer „ihres“ Staates mit anderen Augen sehen zu lassen.



Rosel Zech in „Veronika Voss“

„Die Sehnsucht der Veronika Voß“

Faßbinders neuer Nostalgie-Trip

Nach „Maria Braun“ und „Lola“ ist R. W. Faßbinder mit seinem neuen Film nun zum dritten Mal in die 50er Jahre abgetaucht. Und wieder raunt die bürgerliche Kritik ehrfurchtsvoll. Ihr Lieblingskind hat ein neues Meisterwerk vollbracht. Wolfram Schütte („Frankfurter Rundschau“) sieht Faßbinder jetzt gar dabei, „so etwas wie eine ‚Comedie humaine‘ der letzten 40 Jahre deutscher Gesellschaftsgeschichte im Film zu schreiben.“

„Comedie humaine“ (Menschliche Komödie) so hatte einst der große französische Realist Balzac sein vielbändiges Romanwerk bezeichnet, in dem er die gesellschaftlichen Zustände im nachrevolutionären Frankreich auslotete. Ein wahrhaft grotesker Vergleich! Denn weder ist Faßbinder Realist, noch hat er auch nur das Geringste mit „Gesellschaftsgeschichte“ am Hut. Schließlich bezeichnet er selbst seine Filme gerne als Melodramen. Und aus dem Holywood-Jargon in gutes Deutsch übersetzt, bedeutet Melodram ja nichts anderes als Kitsch.

Davon gibt es auch in „Veronika Voß“ wieder reichlich. Die Geschichte dieses Films ist von der Art, wie sie zum Neid der Regenbogenpresse nur das Leben schreiben kann. Faßbinder spielt auf das Schicksal des Kino-Stars Sybille Schmitz an, die in der Nazi-Zeit Triumphe feierte, nach dem Krieg jedoch kaum noch Rollen bekam, die rauschgiftsüchtig wurde und sich schließlich 1955 mit Tabletten das Leben nahm.

Diese Geschichte nun hat Faßbinder in seiner Art aufbereitet: Er hat eine Liebesromanze der Sybille-Veronika mit einem Sportreporter dazugepackt. Dann dem Ganzen noch einen kriminalistischen Anstrich im Stil der Edgar-Wallace-Filme verpaßt. Veronika ist bei einer Nervenärztin untergebracht, die sich darauf spezialisiert hat, betuchte Leute mit Stoff zu versorgen, um sie abhängig zu machen und sich ihr Vermögen anzueignen.

Wie es sich für ein richtiges Melodram gehört, geht die Sache traurig aus. Veronika nimmt die Tabletten; eine andere Freundin des Sportreporters wird von der bösen Ärztin und ihren Mitverschwörern umgebracht. Und dem armen Reporter selbst bleibt auf den letzten Metern des Films dann nichts mehr, als in ein Taxi zu steigen und sich zum Stadion der „Sechziger“ fahren zu lassen. (Kluge Menschen wie die erwähnten Kritiker wissen natürlich, daß damit nicht nur die Münchener Fußballmannschaft gemeint ist, sondern auch auf die 60er Jahre angespielt wird.) Sicher wird unser Reporter oder irgend jemand anderes dort irgendwann einmal ankommen und Faßbinder wird darüber dann einen neuen Film drehen.)

Wenn diese unsägliche Geschichte nun ironisch aufbereitet worden wäre, könnte man sie ja vielleicht noch verkraften. Aber das ist Faßbinders Sache nicht. Da ist nicht die geringste Distanz zu seinem Stoff und zu den 50er Jahren, in denen er spielt, zu spüren. Faßbinder kopiert einfach den damaligen Filmstil — ob er nun Schwarz-Weiß-Material einsetzt oder die damals üblichen Formen der Blende übernimmt.

Wie er in „Lili Marleen“ den Nazi-Kitsch nachfühlend ins Bild gesetzt hat, filmt er in „Veronika Voß“ nostalgisch all die Äußerlichkeiten der 50er ab. Gebrochen natürlich durch den typischen Faßbinder-Stil: die unnatürliche Ausleuchtung, die ständig zuckenden Lichtreflexe, das Aufhängen von Spiegelflächen an allen möglichen und unmöglichen Orten oder den Blick der Kamera durch irgendwelche Scheiben hindurch. Gerade durch diese Mätzchen, in die Faßbinder nun schon seit Jahren verliebt ist, bekommt auch dieser Film wieder etwas extrem Künstliches — was der melodramatischen Geschichte ja durchaus angemessen ist.

„Gesellschaftsgeschichte“ aber wird bei „Veronika Voß“ nicht aufgehellt. Sie dringt in Faßbinders künstliche Kulissenwelt überhaupt nicht ein. Daß dieser Film in den 50er Jahren spielt, kann man denn auch nur an den Autotypen und den Kleidern erkennen, oder daran, daß einmal der Name Fritz Walter fällt.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 10, 12 Mart 1982 | Yıl: 16 | 1 DM



Köln'de anti-faşist eylem:

6 Mart'ta Neofaşist Wiking-Jugend örgütü yabancılara karşı Köln'de bir kışkırtma eylemi yapmak istiyordu. Ama anti-faşistler onların yabancı düşmanlığını kışkırtan eylemlerine yer vermediler. Aralarında KPD'nin Gençlik Örgütü KJD'nin de yer aldığı 15 örgüt bir eylem birliği oluşturdular. Ve eylem günü 60 anti-faşist Wiking-Jugend adlı örgütün masa açacağı yere geldiler. 9 faşist eylem yerine gelince anti-faşistler onlara hakkettikleri cevabı vererek oradan kovdu ve propaganda materyallerine el koydular. Faşistler ayrıca 20 Mart'ta ise Köln'de bölge toplantısı yapmayı amaçlamaktalar. Anti-faşistler onların bu toplantılarının da engellenmesi gerektiğini ortaklaşa çıkardıkları bir bildiride vurgulamaktalar.

İG Metall Yönetimi yüzde 4,2 ücret artışı anlaşmasını onayladı

Gerçek ücretlerin düşürülmesi mücadelesiz kabul edildi

KREFELD. — IG Metall sendika yönetimi Kuzey Ren Westfalye'de toplu sozleşmelere ilişkin yapılan uzlaşma görüşmelerinde tüm metal sektörü için şubat ayında 120 Mark ve mart ayından itibaren ise 12 ay süreyle yüzde 4,2 olan ücret artışı anlaşmasını kabul etmekle gerçek ücretlerin daha düşürülmesi için patronlara yeşil ışık yakmış oldu.

Yapılan 4,2 ücret artışı anlaşması ile metal işçileri kemerleri daha sıkmaya zorlanmış olmaktadır. Çünkü şu an resmi fiyat artışları yapılan bu ücret artışı anlaşmasının yuvarlak olarak yüzde iki oranında üzerindedir. Buna bir de yükseltilen vergileri ve kısıtlanan sosyal hakları da eklemeliyiz. Böylece yapılan toplu sözleşme anlaşması gerçek ücretlerin yuvarlak olarak yüzde 4 oranında düşürülmesi anlamını taşımaktadır. Ayrıca buna henüz devlet tarafından izlenen sosyal hakları kısıtlama politikasının işçi ve emekçiler üzerindeki etki kapsamının ne derece olacağını henüz kesin olarak hesaplayamayız.

Patronların sözcüleri yaptıkları açıklamalarda bu ücret artışı anlaşmasını olumlu bulduklarını açıkladılar. Örneğin Graf Lambsdorff IG Metall'in tutumunu "anlayışlı" bir tutum olarak niteledi. Bazı bankaların başkanları ise yapılan ücret artışı anlaşmasına "iyi" notunu verdiler. Kapitalistlerin ekonomi gazetesi "Handelsblatt" memnuniyetini dile getirerek bu anlaşmanın "olumlu bir uzlaşma olduğunu" yazmaktadır.

Buna karşılık "Frankfurter Rundschau" gazetesi ise açık bir şekilde şöyle yazmaktadır: *"Ekonomik durumun bir değerlendirilmesi yapıldığında varılan anlaşmanın sendikaların yüzde bir adım daha geri attıklarını dile getirdiğini hiç kimse görmemezlikten gelemez. Geçen yıl işçiler yuvarlak olarak yüzde 5 ücret artışı elde ederken, bu yıl varılan yuvarlak olarak yüzde 4 ücret artışı anlaşması ile, yani yüzde 20 daha az ücretle memnun olmaları gerekmektedir"*

Patronlar gerçekten yapılan bu anlaşmayla memnun olmalıdırlar. Çünkü onlar kendileri için tehlikeli olan metal sektöründe hedeflerine hemen hemen kayda değer hiç bir direnişle karşılaşmadan varabildiler. Yapılan bu ücret artışı anlaşması geçen yılki toplu sözleşme anlaşmaları ile kıyaslanacak olursa, bu yıl yapılan anlaşmanın geçen yıla göre resmi fiyat artışlarının oldukça daha altında olduğu demektir. Böylece ücret politikasında sıfıra doğru dönüşümün sağlanması için patronlar bir basamak daha çıkmış oldular. Onlar böylesi bir anlaşmayla gelecek yılda ileri doğru bir adım daha atabilmek için kendilerine zemin yaratmış oldular.

"Handelsblatt" gazetesi patronların böylesi bir anlaşmayı hemen hemen kayda değer hiç bir mücadeleci eylemle karşılaşmadan sağlamalarının önemli bir başarı olduğunu belirtmektedir.

Şimdi ise patronlar Krefeld'de yapılan düşük ücret artışı anlaşmasından güç alarak, diğer alanlarda yapılması gereken ücret artışları anlaşmasının daha da düşük olması gerektiğini belirtmekteler. Hiç şüphesiz patronların bu anlaşmanın ardından böylesi küstahça nidalar atmaları, IG Metall sendika patronlarının mücadeleci hiç bir eyleme başvurmadan izledikleri teslimiyet politikasının bir ürünüdür. Bundan ötürü mücadeleci sendikacılar gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı mücadeleyi kızıştırmaları için daha aktivleşmelidirler.

(„Kampfloser Verzicht auf Reallohnsicherung")

Pfeiffer'in DGB başkanlığı için adaylığı onaylandı

DGB Yönetimi'nde anlaşmazlık mı var?

DÜSSELDORF. — İsmi Neue Heimat skandalına karışan sendikacılardan biri olan DGB Merkez Yönetim Kurulu üyesi Alois Pfeiffer'in, bu yılın mayıs ayında yapılacak DGB Merkezi Kongresi'nde emekliye ayrılan H. O. Vetter'in yerine başkan adayı olarak gösterilmesi kabul edildi. Aynı yönde kararlar son hafta içerisinde DGB Merkez Yönetim ve Yürütme Kurulu tarafından da alındı.

Pfeiffer ve IG Metall Başkanı Loderer'in yanı sıra Neue Heimat yolsuzluğuna karışan baş yöneticilerden biri olan şimdiki DGB Başkanı Vetter kamuoyuna Pfeiffer'in kendisinin yerine adaylığını oy birliği ile kararlaştırıldığını iddia etti. Ne var ki durum hiçte Vetter'in iddia ettiği gibi değil. "Frankfurter Rundschau" gazetesinde Vetter'in bu iddiasının tek tek sendikaların ve aynı zamanda DGB merkezi yönetiminin üyesi olan yöneticiler tarafından tamamen yanlış bir iddia olarak nitelendirdikleri belirtilmektedir.

Gerek DGB Yönetim ve Yürütme Kurulu'nun (ki bu kurul DGB kongreleri arasında en yüksek organdır) toplantılarından önce gerekse de toplantılar esnasında tanınmış sendika yöneticileri Pfeiffer'in Vetter'in yerine DGB başkanlığı için adaylığını koymasını ya da aday olarak gösterilmesini önleme yönünde yoğun girişimlerde bulunmuşlar. Böyle bir tavır takınan DGB yöneticileri arasında ÖTV sendika patronu Heinz Kluncker de yer almaktadır.

"Frankfurter Rundschau" gazetesi DGB'nin yönetim kurulunda olan baş yöneticilerden birinin kendilerine geçen hafta alınan kararla henüz adaylık sorununun çözümlenmediğini açıkladığını belirtmektedir. Ve gerektiğinde bu sorunun merkezi kongrede de ele alınabileceği vurgulanmış.

Schmidt'e karşı eylem

17 Nisan'da SPD Münih'te Merkezi Kongresi'ni yapacak. Bugün aynı zamanda barış yanlısı insanlar Schmidt'in ve Bonn Hükümeti'nin silahlanma politikasını, düzenlenen çeşitli eylemlerle protesto edecekler. Yapılacak eylemlerin esas noktasını ABD atom füzelerinin yerleştirilmesine karşı mücadele oluşturmaktadır.

SPD'nin Gençlik Örgütü JUSO'ların Yönetim Kurulu da bu eyleme çağrı yaptı, ama onlar bu eylemde SPD'nin politikasına karşı kararlı ve esaslı bir eleştirinin yönetilmesini engellemek istemekteler. Bunun için aynı gün saat 12'de başlayacak bir alternativ miting düzenlendi. Bu mitingte Gert Bastian, Petra Kelly ve Alexander Schubart konuşacaklar.

Bu eyleme bir çok JUSO'lu da katılacak. Alternatif eylemin çağrısını partimiz KPD de desteklemektedir. Yapılacak alternativ mitingin ve kültür gösterisinin ardından ise kitle saat 16.30'da başlayacak olan yürüyüşe katılacak.

(„Aktionen gegen Schmidt")

Schleswig-Holstein'de belediye seçimleri

SPD seçimlerde büyük oy kayıbına uğradı

KİEL. — Geçen hafta pazar günü Schleswig-Holstein'da yapılan belediye seçimlerinde SPD'nin yüzde 6 oranında oy kaybı oldu. Buna karşılık CDU ise oyların yüzde 51,1'ni topladı. Ama o da son seçimlere göre oylarında sadece 0,9 bir artış kaydedebildi. "Yeşiller" grupları ise yüzde 4 oy toplayabildiler.

Seçimlerde dikkati çeken önemli noktalardan biri ise son seçimlere göre oy kullananların sayısında yüzde 4 düşüşün olmasıydı. SPD Eyalet Başkanı Jansen partisine her seferinde oy veren seçmenlerin önemli bir bölümünün seçimlere katılmadığını belirtti. Jansen bu seçmenlerin evde kalmalarına gerekçe olarak partisinin "net bir fikir" ortaya koymadığını ileri sürdü. Aksine, SPD düşüncelerini çok açık bir şekilde dile getirmekte ve bir hükümet partisi olarak emekçilerin çıkarına aykırı davrandığını gözle görülebilecek bir şekilde sergiledi.

İşte bu gerçekler dolayısıyla son seçimlerde SPD saflarında başlayan ayrışma bu seçimde daha da açık bir şekilde izlenebildi. SPD'nin kendilerini yanılttığını gören proleter kesim oylamaya katılmadı. SPD'ye oy verenlerin büyük bir bölümü ise bu kez de "Yeşiller"e yöneldi.

Kiel'deki seçimlerde anti-faşistlerin mücadeleyi daha fazla yoğunlaştırmaları gerektiğine dair sinyal yakan diğer bir nokta ise "Liste für Ausländerbegrenzung" adlı faşist insiyatifin yüzde 3,8 oy toplamasıdır ki, bu faşist insiyatif bazı semtlerde ise oyların yüzde 8'ni elde edebildi.

El Salvador'da kitle katliamı

Af örgütü cuntanın katliamını sergiledi

SAN SALVADOR. — El Salvador'da askeri cuntanın yeni katliamları açığa çıkarıldı. Ordu tarafından harabe edilen San Benito bölgesinde, yabancı gazeteciler faşist cuntanın giriştiği vahşice kitle katliamını bilakis kendi gözleri ile gördüler.

Bölge halkı askerlerin gelişinden kaçmayan 9 nüfuslu bir ailenin nasıl hunharca katledildiği üzerine açıklama yapmaktadırlar. Komşu kent olan El Campanario'da ise 14 insan kafatası ve iskeletin çeşitli bölümleri bulundu. Bu bölgede 25 Ocak'ta kiliseye sığınan 30 kişi ve onlarla birlikte 45 kişi daha faşist cuntanın askerleri tarafından kan ve terör estirilerek katledilmişler.

ABD emperyalizminin yardım ve desteği ile hakimiyetini sürdüren faşist cunta, ondan önce aynı bölgenin yakınında bulunan Puenta Pita köyünde de etrafa vahşet saçarak 35 insanı katletti. Bu bölgelerde gerillalar ile ordu arasında şimdiye kadar hiç bir çatışma olmamıştı. Ve katledilenlerin hepsi sivil halktandı.

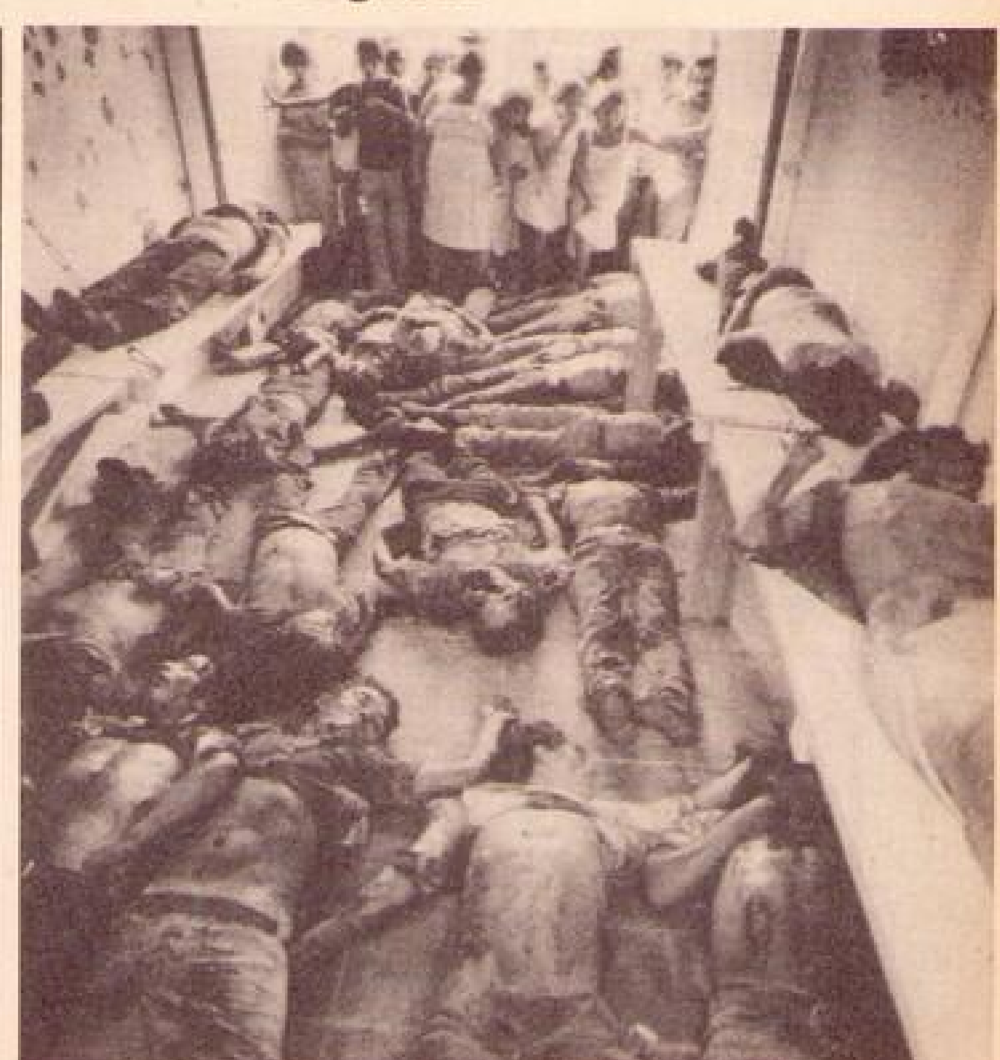
Uluslararası Af Örgütü'nün (Amnesty International) açıkladığı rapora göre sadece geçen yıl içerisinde ABD emperyalizminin yardım ve desteği ile saltanatını sürdüren faşist cunta ve sivil faşist çeteler tarafından toplam olarak 12000 sivil katledilmiş.

(„Neue Massaker in El Salvador")

YÜRÜYÜŞ

El Salvador halkının kurtuluş mücadelesini destekleyelim!

13 Mart'ta, saat 10.30'da Frankfurt Üniversitesi'nin önünde



Faşist cunta halka karşı vahşice katliamlara girişmektedir.

Witten'de

Yabancılara karşı faşist terör

Tüm faşist örgütler dağıtılmalı ve faaliyetleri yasaklanmalıdır!

WITTEN. — Derinleşen buhrana ve artan işsizliğe paralel olarak sürdürülen yabancı düşmanlığı artık sadece duvarlara yazılan yazılarla ya da dağıtılan bildirilerle sınırlı kalmamakta, bir çok bölgede yaşandığı gibi fiili saldırılara da dönüşmektedir. Hükümetin ve eyaletlerin başta biz Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancılara yönelik olarak aldıkları kararlar faşistlerin eline hem bir yasal imkan vermekte hem de onları yabancılara saldırmaları için teşvik etmekte ve cesaretlendirmektedir. Bir çok bölgede Türkiyeli emekçilere saldıran Neonaziler, 27 Şubat'ta da Witten'de seri saldırıya geçtiler.

NPD faşist partisinden tut, tüm resmi ve sivil faşist çeteler geçen yıl da bir çok şehirde yabancılara karşı fiili saldırıya geçtiler. Bu saldırılara karşı tüm hükümet yetkilileri ve devlet makamları sessiz kalmakta, ya da bir çok saldırının ardından olduğu gibi faşist saldırganları göstermelik cezalara çarptırmakta ve kısa bir süre sonra tekrardan serbest bırakmaktalar. Devlet yetkililerin bu sessizliği, bir taraftan sivil ve resmi faşist çetelerin daha da saldırganlaşmasına yol açarken, öte yandan hükümet ve eyalet yetkilileri aldığı kararlarla onları yabancılara yönelik yeni saldırılara girişmeye teşvik etmekte ve hatta kendilerine resmi bir zemin yaratmaktadır. İşte devletin yardım ve desteğini alan faşistler şubat ayı sonunda da Witten'de faşist saldırılara giriştiler. Onlar 27 Şubat günü öğleden sonra ilk önce SPD'nin bölgesel parti bürosuna saldırarak camlarını kırdılar. Bir çok görgü tanığı bu saldırı olayını izlemesine rağmen hiç bir ciddi önlem, makamlar tarafından alınmıyorki, zaten ciddi bir önlem alınmış olsaydı aynı günü bu faşist saldırıyı diğer saldırılar izlemezdi.

Faşistler SPD bürosuna yaptıkları saldırıyla yetinmeyerek ve polisin sessizliğinden de faydalanarak aynı akşamı Türkiyelilere yönelik seri saldırıya geçtiler. Onlar 27 Şubat Cuma akşamı geç saatlerde Türkiyelilerin mağazalarına saldırarak camlarını ve kapılarını kırıyorlar. İki Türkiyelinin evlerinin camlarına havai fişek tabancaları ile ateş ediyorlar. Daha sonra ise Witten ve Çevresi Demokratik İşçi Derneği'ne saldırıyorlar. Aynı akşamı gene üzerinde "yabancı düşmanlığına karşı pullar yapıştırılmış olan arabaları hasara uğratıyorlar. Sivil ve resmi faşist çeteler işten çıkan bir işçi arkadaşa da zincirli sopalı saldırmak istiyorlar; ama o uyanık davranarak bu saldırının farkına önce varıyor ve kaçarak saldırıdan zorla kurtulabiliyor.

Witten'de girişilen bu faşist saldırının ardından polis haberdar edilmesine rağmen hiç bir saldırgan yakalanamıyor. Görgü tanıklarının anlattıklarına göre gündüzün SPD parti bürosuna saldıran faşistlerin arabası ile Türkiyelilerin ev ve dükkanlarının camlarını kıran saldırganların arabasının aynı ve Bochum plakalı araba olduğu belirtilmektedir.

Başta biz Türkiyeliler olmak üzere tüm yabancılara karşı estirilen bu faşit teröre karşı tüm makamlar bir suskunluk içerisindeler. Saldırganların nereden geldiklerinin üzerine henüz bilgi edilemediğini" açıklamaktalar.

Witten Belediye Başkanı Lohman'ın biz yabancılara yapılan bu faşist saldırıya karşı nasıl bir tavır takındığına ilişkin bir örnek verelim: Geçen hafta çarşamba günü WDR televizyon ekibi belediyeye gelerek yöresel televizyon programı için olaylar üzerine film çekmek istediklerini belirttiler. Televizyon ekibi belediye başkanından saldırıya uğrayan Witten Demokratik İşçi Derneği'nin ve diğer dükkan ve şahısların adresini istedi. Ne varki belediye başkanı kimlerin saldırıya uğradığını ve adreslerini bilmediğini söyledi. O üstelik faşist saldırının ardından 5 gün geçmesine rağmen saldırıya uğrayanların kimler olduğunu ve adreslerini bilmiyordu. İşte yetkililerin bu saldırganları bulmak için sarfettikleri çabalara bir örnek.

Fakat o *Volksfront*'un bu saldırı üzerine dağıttığı bildiriyi nasıl olmuşsa masasının üzerine koymuş. Bunun sonucu televizyon ekibi *Volksfront'un* Witten yöresel grubu üzerinden saldırıya uğrayan dernek ve dükkanların adresini aldı. Witten Belediye Başkanının bu faşist saldırıya karşı takındığı tavrın ilginç yanı şu ki, o bir taraftan saldırıya uğrayanların kimler olduğunu bilmezken, öbür taraftan ise WDR televizyon ekibinin çektiği filmde kendisiyle bir röportajda saldırının arkasında hangi güçlerin yattığı bilinmesine rağmen, sağ **ve sol** terörden de söz etmekten öile çekinmedi.

Witten'de girişilen bu faşist saldırıya karşı anti-faşistlerde sessiz kalmadılar. Geçen hafta *Volksfront*, Witten ve Çevresi Demokratik İşçi Derneği bu saldırıya karşı eylemlerin düzenlenmesi için dernek lokalinde bir toplantı yaptılar. Çoğunluğunu Alman anti-faşistlerinin oluşturduğu bu toplantıda yabancılara özellikle de Türkiyelilere yönelik olarak sürdürülen yabancı düşmanlığına karşı aktivleşmenin gerektiğine işaret edildi. Toplantıda ayrıca kamuoyuna hangi araç ve gereçlerle gidilmesi gerektiği, işyerlerinde okullarda ve semtlerde nasıl bir somut faaliyetin sürdürülmesi yönünde düşünce belirtildi.

Bu buluşmada somut olarak bildirinin çıkarılması ve şehirde dağıtılması ve **13 Mart Cumartesi saat 11.00'de Witten-Rathausplatz'ta bir yürüyüşün yapılması kararlaştırıldı.** Bunun yanı sıra yabancı düşmanlığına karşı uzun vadeli olarak mücadelenin sürdürülmesi için bir komitenin kurulması gerektiğine işaret edildi.

Witten'de ve diğer bölgelerde yaşanan olaylar bize, faşistlerin yabancı, özellikle de Türkiyelilere yönelik saldırılarını önümüzdeki dönemde daha da yoğunlaştıracaklarını göstermektedir. Bunun için her tarafta harekete geçerek yabancı düşmanlığına karşı Alman antifaşistleri ile birlikte somut eylemler örgütlemeli ve örgüt ve çetelerin yasaklanması ve saldırganların cezalandırılması talebini ileri sürmeliyiz.

(„Faschistischer Terror gegen Ausländer in Witten")



Faşistler Witten'de Türkiyelilerin evlerine, dükkanlarına ve Demokratik İşçi Derneği'ne saldırarak camlarını kırdılar.

Wuppertal'da yürüyüş:

Yabancı düşmanlığına karşı protesto eylemleri yaygınlaşıyor

WUPPERTAL. — 6 Mart'ta düzenlenen bir yürüyüşle hükümet ve eyalet yönetimlerinin aldığı yabancı düşmanı kararlar ve giderek artan yabancı düşmanlığı protesto edildi.

Geçen hafta cumartesi günü çeşitli Alman ve Türkiyeli örgüt ve kuruluşlarının çağrı yaptığı bir yürüyüş Wuppertal'da düzenlendi. Bu yürüyüşe çağrı yapan bir bildiride, "Yabancılara karşı kurulan insiyatiflerin giderek yaygınlaştığına", "hükümetin ve eyalet yönetimlerinin yabancılara yönelik olarak aldıkları insanlık dışı kararlara" işaret edilmektedir.

Yürüyüşün çağrı bildirisinde ayrıca yabancıların ekonomik krizin sorumluları olarak damgalanmak istendiği ve böylece emekçi halkın buhranın gerçek sorumlularını görmeleri önlenmeye çalışıldığı belirtilmektedir.

6 Mart günü Wuppertal Kerstenplatz'ta başlayan eyleme 1500'e yakın yerli ve yabancı katılarak, artan yabancı düşmanlığını, hükümetin ve eyaletlerin ayabancılara yönelik aldıkları kararları lanetledi ve yabancıların aile bütünlüğünü bölen insanlık dışı kararların geri alınmasını talep ettiler.

Tüm yürüyüş boyunca haykırılan sloganlarla ve dağıtılan bildirilerle yabancı düşmanlığı teşhir edildi, yabancılara yönelik girişilen saldırılara ve yabancı düşmanlığına karşı etkili önlemlerin alınmasının gerekli olduğu vurgulandı.

(„Wuppertaler gegen Ausländerfeindlichkeit")



Wuppertal'da yapılan yürüyüşte "yabancı düşmanlığına karşı etkili önlemlerin alınması" talep edildi.

İlticacıların zorla çalıştırılmasına karşı direniş yükseliyor

BATI BERLİN. — *Senato-nun ilticaci emekçileri günde 4 saat olmak üzere iki hafta boyunca adi 1,25 Mark saat ücretine çalıştırmak istemesi başta ilticacı emekçiler olmak üzere, tüm resmi kuruluş ve örgütlerin direnişiyle karşılaşmaktadır.*

Batı Berlin CDU azınlık hükümetinin aldığı nazi dönemini tekrardan hatırlatan bu karardan şimdilik 200 ilticacı emekçi etkilenmektedir. Böylece CDU Hükümeti'nin sokakları temizlemesi için ilticacıların 1 Mart'ta işbaşı yapması gerektiği kararına sadece 200 ilticacıdan 99'u uydu. İlticacı emekçilerin yarısından fazlası ise bu kararı protesto ederek işe gitmedi.

Bunun üzerine Batı Berlin CDU azınlık hükümetinin Sosyal İşler Bakanı 1 Mart'ta işbaşı yapmayan ilticacıların aldıkları yardımı şimdilik 50 Mark kısıtlama, daha sonra ise tam olarak kesme tehdidi savurmaktadır.

Batı Berlin Senatosunun ilticacıları zorla çalıştırmak istemesine karşı her tarafta protestolar yükseltilmektedir. Senato'nun bu tutumunu, oldukça gerici olarak bilinen Batı Berlin DGB yönetimi bile protesto etmekte ve Senato'nun bu kararının "Nazi Almanyası'nı hatırlattığını" belirtmektedir.

İlticacılara yönelik bu saldırıların geri püskürtülmesi için tüm mücadele metoduna başvurulmalıdır. Çünkü bugün ilticacıların zorla çalıştırmaya tabii tutulmasına gerekçe olarak, onların "sosyal yardım" kasasını "sömürdükleri" ileri sürülmektedir. Aynı gerekçe ile yarın işsizler de çalışmaya zorlanabilinir. Ve daha bugünden bile Federal Çalışma Dairesi işsizlere yönelik saldırıları artırarak bir kalifiyeli işçinin yardımcı bir emekçinin alacağı ücret ile her işte çalıştırılabilinmesi için önlemler almaktadır. Bu işsizlerin zorunlu çalışmaya tabii tutulması yönünde atılan ilk adımdır. Bunun için bugün bir taraftan ilticacı emekçilere iki yıllık çalışma yasağı koyup, böylece onların normal ücretle çalışabilmeleri önlenirken, öte yandan ise gülünç bir saat ücreti ile çalışmaya zorlanmalarına karşı protestolar yaygınlaştırılmalıdır.

Televizyonda bir film

14 Mart Pazar günü saat 21.10'da HR 3. Programında *Hitchcock'un 1946 yılında çevirdiği Hitler faşistlerinin bir Latin Amerika ülkesinde düzenlemeyi amaçladıkları komplo filmi gösterilecek. Şimdiye kadar Almanya'da gösterilen aynı filmde faşistlerin yerine uyuşturucu madde tüccarları geçirilerek revize edilmişti. Faşistlerin komploları üzerine çevrilen bu filmin orijinali ilk olarak 70'li yıllarda gösterildi. Umarırki, bu kez de orijinali gösterilir.*

18 Mart Perşembe günü saat 22.05'te ZDF Programında *Digne Meller Marcovicz'in "Praktisch bildbar" adlı filmi gösterilecek. Bu film yabancı çocukların sorunlarını konu edinmektedir. Filmde 12 yaşındaki Türkiyeli Kemal'in içinde bulunduğu koşullar açıklanarak Federal Almanya'daki çocuk ların sorunu ele alınacak.*

8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü coşkuyla kutlandı

8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü'ne ilişkin Federal Almanya'nın bir çok şehrinde yürüyüşler yapıldı ve toplantılar düzenlendi.



6 Mart'ta Köln'de düzenlenen yürüyüşte kadın emekçiler, kendilerine erkeklere tanınan aynı hakların tanınmasını talep ettiler.

Bu yönde DGB sendikası da 6 Mart'ta Köln'de bir yürüyüş düzenledi. Bu yürüyüşe 1500'e yakın işçi ve emekçi katıldı. DGB'nin düzenlediği bu eyleme katılanların 1300'ü kadın emekçilerden oluşmaktaydı. Kadın emekçilerin enternasyonal mücadele günü olan 8 Mart'a ilişkin olarak düzenlenen sendikal eylemlere RGO (Devrimci Sendika Muhalefeti) ve KPD'li yoldaşlar da aktiv şekilde katıldı ve kadın emekçilerin sorunlarını dile getirdiler.

Köln'deki eylemin yanı sıra aynı gün Düsseldorf'ta da 8 Mar'a ilişkin bir yürüyüş düzenlendi. Bu yürüyüşe 3000'e yakın emekçi katıldı. Yürüyüşte sosyal hakların kısıtlanmasına karşı, barışın korunması için sloganlar haykırıldı ve parkartlar taşındı.

Öte yandan 8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü üzerine bir yürüyüş yapılması için Münih'te de Basım ve Kâğıt Sendikası üyesi Ruth Gruber ve bir çok kadın örgütü çağrı yaptı. Yapılan konuşmalarda kadın emekçilere yapılan ikinci sınıf insan muamelesi mahkum edildi ve kadınların sadece cinsiyetlerinden dolayı toplumsal hayatta aşağılandıkları belirtildi.

Ayın içerikli bir yürüyüş de geçen hafta cumartesi günü Hamburg'ta düzenlendi. Bu yürüyüşe 3000'i aşkın emekçi katıldı ve kendilerine eşit hakların tanınması için talepleri dile getirdiler.

(„Aktionen zum Internationalen Frauentag")



Geçen cumartesi günü Düsseldorf'ta 8 Mart'a ilişkin düzenlenen yürüyüşte kadınların toplumda aşağılanması mahkum edildi.

KPD'nin 8 Mart Uluslararası Kadınlar Günü üzerine düzenlediği "Emekçi kadınların mücadelesi" adlı toplantıya katılalım!

Tarih: 12 Mart 1982, saat , 19.30'da
Yer: Gaststätte Waidmannsruh, Eckernförder Str. 309, Kiel
Toplantıda KPD Merkez Komitesi üyesi Karin Wagner konuşacak.

İşsizliğe karşı mücadele somut olarak sürdürülmelidir!

Bunun için mücadele şiarı: Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftasıdır

Bugün olduğu gibi, tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi bu kadar can alıcı öneme sahip değildi. Ne varki DGB yönetimi işsizliğin daha da büyük boyutlara ulaşmasının önlenmesi için bu talebi gündeme almak yerine bilinçli bir şekilde reddetmektedir.

DGB yönetimi daha önce hükümete işsizliğin önlenmesi için bazı önerilerde bulunmuştu. Ancak burada DGB yönetiminin ileri sürdüğü taleplerin ne derece doğru olup olmadığı üzerine şu an durmak istemiyoruz. Ama şunu da belirtelim ki, biz prensip olarak hükümete yeni iş alanlarının yaratılması için talepte bulunmanın gerekli olduğunu reddetmiyoruz.

Ne varki yeni iş sahalarının açılması ile ilintili olarak her sendikacı şunun bilincinde olmalıdır: işyerlerinin korunması ve yeni iş sahalarının açılması için giderek büyük boyutlara ulaşan işsizliğe karşı mücadele ilk etapta, kapitalistler tarafından işyerlerinin kapatılmasına ya da işyerleri rasyonalleştirilerek yüzlerce işçi ve emekçinin sokağa atılmasına karşı kararlı bir direnişin sürdürülmesi demekir. Her kimki bugün işyerlerinin kapatılmasına ve toptan çıkışlara karşı kararlı bir mücadele cephesinin oluşturulmasını reddediyor ve iş piyasası açısından siyasi bir anlam taşıyan tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi için mücadeleyi sürekli ileri bir tarihe atmaya çalışıyorsa, o işsizliğe karşı önlemlerin alınması için isterse avazının çıktığı kadar bağırsın, bu amacında samimi değildir.

Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi senelerden beri sendika kurullarında, tek tek sendikaların ve DGB'nin merkezi kongrelerinde, fabrikalarda işlerin yorucu olmasına, özellikle de işyerlerinin rasyonalleştirilmesine ve yok edilmesine karşı boşu boşuna önemli bir sendikal talep olarak kararlaştırılıp ileriye sürülmedi.

Alınan bu kararların ne kadar haklı ve doğru olduğunu bugünkü gelişmeler bize çok daha net bir şekilde göstermektedir. Bunun için sadece resmi olarak açıklanan iki milyon işsizleri örnek olarak vermemiz yeterlidir. Bunun için tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebini gerçekleştirmenin ne kadar acil ve yakıcı önemi olduğunu önümüzdeki yıllarda bizi hangi gelişmelerin beklediğini gözönünde bulundursak daha iyi kavrayabiliriz.

Gelişmeler bir taraftan kapitalist buhranın önlenmesi yerine daha derinleştiğini gösterirken, diğer taraftan ise önümüzdeki dönemde yeni teknik dönüşümlerin üretime konulacağını — ki ister sanayii üretimi olsun, ister büro, isterse de kamu hizmetleri olsun, bu her alan için geçerlidir — ve böylece tüm üretim alanlarının elektronikleştirileceğine ve yeni binlerce işçinin sokağa atılacağına işaret etmektedir. Yeni teknik dönüşümün sağlanması ile kapitalistler tüm üretim alanlarında müthiş bir şekilde kârlar elde edeceklerinden dolayı, onlar işyerlerini daha fazla rasyonalleştireceklerdir. Bu da Federal Almanya ve Batı Berlin çapında bir kaç yıl zarfında binlerce işyerinin yok edilmesi ve işsizler ordusunun sıyısının daha da kabarması demektir.

Çeşitli araştırma ensitütleri 80'li yıllarda işsizliğin Federal Almanya ve Batı Berlin çapında 5 milyona ulaşacağını ileri sürmüştüler. Ve bugün bu yönde gerçekten elle tutulur bir dizi veri vardır.

Bunun için sendikaların böylesi bir gelişmeye karşı sessiz kalmaları ya da kayde değer bir adım atmamaları söz konusu olamaz. Kapitalistlerin daha fazla kâr sağlamak için işyerlerini yok etmelerine karşı mücadelenin yoğunlaştırılması artık kaçınılamaz bir hal almıştır. Bu da sendikalarımızın tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebini bir mücadele talebi olarak hemen gündeme almaları demektir. Bu talebin gerçekleştirilmesi için mücadele başlatılmalıdır. Hiç şüphesiz bu talebin gerçekleştirilmesi için mücadelenin başlatılması DGB sendika patronlarının bugünkü sınıf uzlaşıcı çizgileri ile çelişmektedir.

Biz önümüzdki üç ya da dört yıl zarfında ya bu talebi gerçekleştirmeliyiz — ki bunun gerçekleştirilmesi yaygın ve güçlü kitlesel sendikal eylemler düzenlenmeksizin düşünülemez — ya da aksi takdirde işsizliğin milyonlara ulaşmasına ve bununla ilintili olarak çalışan insanların sosyal ve ekonomik durumlarının kötüleşmesine karşı sendikal direnişin ağır bir yenilgiye uğradığını kabul etmek zorunda kalacağız.

Ayrıca kapitalistlerin işyerlerini rasyonalleştirmeleri ile fabrikalardaki iş temposu daha da hızlandırılmakta, bir çok işin tek yanlı ve sinirleri yıpratıcı olmasına yol açmakta, kısacası işçi ve emekçiler üzerindeki kapitalist sömürü daha da artmakta, emekçi insanların iş gücü amansızca yıpratılmakta ve sıhhatleri daha da kötüleşmektedir. İşte sıraladığımız tüm bu gerçek durum ışığında iş saatinin düşürülmesi gerektiğinin acilliyeti daha da gün ışığına çıkmaktadır.

Bu şartlar altında DGB yönetiminin iş sahalarının açılması için, işsizliğin önlenmesi için bol bol lafazanlık yapması ve soyut "iş yaratın!", "artan işsizliği önleyin" vb. şiarları piyasaya sürmesi ve bunların yerine güncel sendikal talep olan tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebini gündeme almaması asla kabul edilemez bir şeydir.

Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası talebi artan işsizliğin önlenmesi doğrultusunda belirleyici bir öneme sahip olmasından ötürü DGB yönetiminin bunu rafa kaldırmasına karşı hiç bir şekilde sessiz kalınmamalıdır. Bu talebin sürekli boş bir istek olarak dile getirilmesine ve arada sırada bazı bölgelerde bu yönde boş naralar atılmasına göz yumamayız. Bu talep boş bir talep ya da arada sırada ileri sürülecek bir talep değildir. Nasıl ki 1978/79 kışında çelik işçileri 6 hafta boyunca greve giderek bu talebin gerçekleşmesi uğruna somut mücadeleyi gündeme aldılarsa, bugünde öyle olmalıdır ve aksi yönü de düşünülemez.

(„Kampfparole 35 — Stunden—Woche")

2 Mart'ta Batı Berlin'in Spandau semtindeki BMW firmasında işçiler uyarı grevine giderek 2,5 saat boyunca tüm üretimi durdurdular. Saat 9'a doğru işçi arkadaşlar işi bırakarak IG Metall sendikasının miting düzenlediği Spandauer Markt'a doğru Enternasyonal Marşı'nın çalgısı altında yürüdüler. Hoparlörlerden sürekli "yüzde üç ücret artışına hayır!", "BMW'de grev", "Buhran esnasında bile bölünmemize izin vermeyeceğiz, yerli ve yabancılar birliği korunmalıdır". vb. sloganlar gür bir şekilde haykırıldı.

Çelik sanayiisinde

Patronların provakasyonları geri püskürtülmelidir!

MÜLHEİM/RUHR. — Kapitalistler provakativ bir tavırla çelik sanayiisinde görüşmeleri başlattılar. Onlar çelik sanayiisinde yapılacak ücret artışı anlaşmalarının diğer işkollarında yapılan anlaşmalara tabii kılınması gerektiği önerisinde bulundular. Tabii ki bunu da ancak IG Metall altı ay boyunca ücretlerin dondurulmasını kabul etmesi durumunda yapacaklarını belirttiler.

Patronlar çelik sanayiisinde başlattıkları toptan çıkışlarla işçi ve emekçiler arasında korku yaratacak bir ortam oluşturduklarını sanarak her türlü provakasyona başvurmayı meşru görmekteler. Ancak patronların bu emellerine ulaşmalarını önlemek yerli ve yabancı çelik işçilerinin elinde olan bir şeydir. Bunun için çelik işçileri onların provakasyonlarına hakkettikleri cevabı vermelidirler.

Çelik sanayiisindeki rasyonalleştirmeden ve kısa devre çalışmadan ağır bir şekilde etkilenen çelik işçilerinin belirli maddi kayıpları olduğundan ötürü şimdi resmi fiyat artışları ile denkleştirilebilecek bir ücret artışına ihtiyaç duymaları daha da büyük bir acillik içermektedir. Bunun için çelik işçileri ücretlenin daha da düşürülmesine izin vermemelidirler. Ücretlerin herhangi bir şekilde düşürülmesini, toplu sözleşme süresinin uzatılmasını öneren hiç bir girişimi IG Metall görüşmeye değer bir konu olarak bile ele almamalıdır.
(„Provokation der Unternehmer zurückweisen!")

Basım sanayiinde

Mahlein mücadeleye çağırıyor

ESSLİNGEN. — Sendika elemanlarının bir konferansında konuşan Basım ve Kâğıt Sendikası Başkanı Leonhard Mahlein, işçi arkadaşları "olağanüstü mücadeleci dayanışmaya" çağırdı.

Mahlein konuşmasında kapitalistlerin sert tutumlarından ötürü zorunlu olarak ücret artışını gerçekleştirmek için Basım ve Kâğıt iş kolunda greve gidileceğini belirtti.

Basım ve Kâğıt Sendikası yüzde 7,5 ücret artışı talep etmektedir. Buna karşılık yapılan bir çok üye ve delege toplantısında ise yüzde 10'nun üzerinde ücret artışı talepleri ileri sürülmüştü.

Gerçek ücretlerin garanti altına alınmasına bile yetmeyen sendikanın talebine karşı basım sanayiisi kapitalistleri kışkırtmaya geçtiler.
(„Mahlein ruft zum Kampf auf")

Kamu sektöründe

Emekçilerin özel kurbanlar olarak seçilmesi reddedilmelidir!

STUTTGART. — ÖTV Şefi Kluncker tekrardan Bonn Hükümeti'nin kamu emekçilerinin ücret ve maaşlarını yüzde bir oranında düşürmek istemesinin kabul edilmeyeceğini vurguladı. Buna karşılık CDU'nun Aşağı Saksonya Eyaleti'nin Ekonomik Bakanı Birgit Breuel "kamu işverenleri grevden bile çekinmeyerek ve en sert önlemlere başvurarak ücretlerin düşürülmesini gerçekleştirmelidirler" diyor.

O Bonn Hükümeti'nin ücretleri geçici olarak düşürümekten vazgeçmesinin sendikalara karşı iflas bayrağını çekmesini ifade ettiğini belirtti.

Tüm bu kışkırtmalar kamu emekçilerinin daha da uyanık olması gerektiğine işaret etmektedir.

Son beş yılda yapılan ücret artışı anlaşmalarında diğer alanlara göre kamu emekçilerinin ücretlerinde sürekli bir düşüş yapıldı ve böylece onlar özel kurbanlar olarak seçildiler. Bunun için şimdi artık buna bir son verilmelidir! ÖTV şefi Kluncker sözüne bağlı kalmaya zorlanmalıdır!

(„Kein Sonderopfer im öffentlichen Dienst!")

HAFTANIN YORUMU

Krefeld'de IG Metall sendika yöneticileri bu yılki toplu sözleşmelerde patronlarla yapılan 4,2 ücret artışı anlaşmasını kabul ettiler. Hiç şüphesiz metal sanayiisinde yapılan bu adi ücret artışı anlaşması diğer sanayii dallarını da etkileyecektir. Yapılan bu anlaşma patronların geçen yıl avazlarının çıktığı kadar talep ettikleri ücret artışlarında sıfıra doğru dönüşüm politikasının ikinci bölümünü oluşturmaktadır.

Şu an resmi fiyat artışları yüzde 6,5 olarak kaydedilmektedir. Buna göre IG Metall sendika patronlarının yaptığı ücret artışı anlaşmasını ele alacak olursak, böylece bu yuvarlak olarak yüzde iki oranında resmi fiyat artışlarının altında bulunmaktadır. İşte bu da patronların ücretlerin dondurulması doğrultusunda attıkları ileri bir adım demektir.

Ücret politikasında sıfıra doğru dönüşümün ikinci bölümü

Patronlar 1981 yılı ücret turlarında yapılan ücret zammı anlaşmasının fazla olduğunu ileri sürdüler ki, yapılan bu anlaşmada o zamanki resmi fiyat artışlarının altındaydı. Şimdi ise 1982 yılı ücret turlarında gene ücretler düşürüldü. Ve aradan fazla bir zaman geçmeden onlar gene eski nakaratı tekrarlayacaklar: "Ücret artışı anlaşması daha az olmalı"

Görüşmeler başlamadan önce IG Metall'ın bazı sendika patronları ücretlerin düşürülmesini önlemek için çeşitli eylemlerin yapılacağı sözlerini bol bol tekrarladılar. Ne varki gelişmeler onların bu sözlerin sahte birer sözden öte bir şey olmadığını gösterdi.

Ücretlerin düşürülmesi, sosyal hakların kısıtlanması ve işsizliğin giderek artması her geçen gün daha da büyük boyutlara ulaşmaktadır.

Ve böyle bir ortamda işçiler arasında yılgınlık, pasiflik başgöstermekte ve korkular giderek yaygınlaşmaktadır. İşçilerde yılgınlığın baş göstermesinde özellikle sendika patronlarına ve onların aldıkları kararlara bir etki yapamama düşüncesi belirli bir rol oynamaktadır.

Ama tüm bu yılgınlıklara rağmen işçilerin belirli bir bölümünde ücretlerin talan edilmesine karşı direnişe geçme eğilimleri mevcuttu ve hala da öyledir. Bu noktayı çeşitli eyaletlerde yapılan uyarı grevleri doğrulamaktadır. Fakat sendika yönetimi bu grevleri yaygınlaştırmak ve desteklemek için en küçük bir çaba dahi harcamadı. Ve sendikanın bu tavrına karşı bir şeyler yapmak ve eylemleri diğer eyaletlerde de yaygınlaştırmak isteyen güçler ise azdı.

Peki bu durumda ne yapılması lazım? Bir yenilginin olduğunu gördük, şimdi eli kolu bağlayıp beklemeli miyiz? Sendika patronlarının sosyal ortaklık siyasetine karşı sessiz mi kalmalıyız? Hayır, hiç bir şekilde. Şimdi sendika patronlarının sınıf uzlaşmacı çizgilerini tarihin çöplüğüne atmak ve sendikalarda sınıf mücadeleci çizgiyi hakim kılmak için daha da aktifleşmeliyiz. Aksi takdirde yerli ve yabancılardan oluşan Almanya'daki işçi sınıfı daha büyük kayıpları göze almaya itilmiş olacaktır. Bunun için işyerlerinin kapatılmasına, ücretlerin tamamen düşürülmek ya da dondurulmak istenmesine karşı işçi sınıfının önünde bir tek alternatif vardır: Bu da işçilerin bugün sendikalar içerisinde dostunu düşmanını tanıması, işçi sınıfının sahte dostlarını ayırdedebilmesi ve dostlarının safında yer alarak mücadeleyi yoğunlaştırması demektir.

Kendisini sadece sendika patronlarının politikasını eleştirmekle sınırlayan bir muhalefet şimdiki koşullar altında yeterli değildir. Şu an her zamandan daha da gerekli olan işçi sınıfına yönelen saldırıları geri püskürtmek için sendikaları sınıfın gerçek mücadele aracı yapmayı amaçlayan, sınıf uzlaşıcı siyasetin yerine sınıf mücadeleci çizgiyi geçirmek için örgütlü mücadele sürdüren bir muhalefete ihtiyaç vardı! Bu muhalefette ancak ve ancak Devrimci Sendika Muhalefeti, RGO olabilir. Bunun için RGO'nun safında yer almak, onun sınıf mücadeleci çizgisini sendikalar içerisinde hakim kılmak biz Türkiyeli sınıf bilinçli işçilerinde bir görevidir. Öyleyse DGB sendikaları içerisindeki muhalefeti güçlendirmek için haydi işbaşına! Çünkü zafer yerli ve yabancılardan oluşan işçi sınıfının bir zaferi olacaktır.